

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 96

9. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

September 1981

Solidaritätspreis DM 3,-

REAGANS AUSSEN- POLITIK

Aus dem Inhalt
dieser Nummer:

CHILE: Repression
und Rezession —
ARGENTINIEN: Krise
ohne Ende —
GUATEMALA: Erklä-
rung der Bischöfe —
DOMINICA: Ein zwei-
tes Grenada? —
EL SALVADOR: Situa-
tion der Häftlinge —
HONDURAS: Wahlen



Neuerscheinung

Zum Inhalt des Buches:

Die Berliner Arbeitsgruppe legt ein Buch vor, in dem auf rund 200 Seiten versucht wird, dem deutschen Leser die bolivianische Realität verständlich zu machen und näher zu bringen. Es wird nicht der Anspruch erhoben, Bolivien und all seine Probleme und Widersprüche in Geschichte und Gegenwart ausführlich darzustellen und zu analysieren. In diesem Buch werden einige wichtige Bereiche herausgegriffen und anschaulich dargestellt. Dieser Überblick eignet sich vor allem als Einführungsliteratur, wird aber sicherlich auch dem Kenner noch eine Reihe wichtiger und interessanter Informationen und Aspekte bieten.

Der erste Teil geht auf die Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur ein. Im Mittelpunkt der Darstellungen stehen der mineralische Rohstoffbereich und die Landwirtschaft sowie die Bergarbeiter und die Campesinos. Der zweite Teil behandelt die politische Entwicklung. Hier wird die Breite der gesellschaftlichen Kräfte im abhängigen Bolivien deutlich. Indios und Militär, Gewerkschaften und Kirche, die Revolution der MNR von 1952 und die Guerilla werden in diesem Kapitel analysiert, und zugleich wird ein Bezug zur gegenwärtigen politischen Entwicklung hergestellt. Relativ breiten Raum nimmt die Aufarbeitung des Demokratisierungsprozesses von 1978-80 ein. Danach wird auf den Putsch vom Juli 1980 und die Entwicklungen, die sich danach ergaben, eingegangen.

Das Buch endet mit einer kurzen Darstellung der Beziehungen zwischen Bolivien und der Bundesrepublik. Ein ausführliches Glossar sowie ein Namensregister und ein Abkürzungsverzeichnis helfen dem Leser, die bolivianischen Bezeichnungen, die im Text vorkommen, zu verstehen.

Mit diesem Buch legen die LN in ihrer Reihe der Länder-Nummern einen deutschsprachigen Überblick in leicht verständlicher Form vor, wie er bisher fehlte.

BOLIVIEN

Ein Volk im
Widerstand



Sondernummer

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

Berlin

September 1981

Solidaritätspreis DM 9,-

INHALTSVERZEICHNIS

Statt »ZU DIESEM HEFT«:	
Aufruf der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN.....	3
I. BERICHTE	4
— CHILE: Repression und Rezession	4
Kongreß chilenischer Journalisten im Exil	7
Zur Ermordung von Hugo Riveros	8
Rettet das Leben von Fernando Espinoza	9
Der Besuch der kalten Dame	10
— ARGENTINIEN: Generäle — was nun?	12
Neutrale rot-weiß-rote Waffenschmiede	16
— BRD — ARGENTINIEN: Bundesverdienstkreuz für einen	
Massenmörder?	18
— BRD — BRASILIEN: Bundesdeutsche Marine —	
»Schutz«-Macht im Südatlantik	20
— URUGUAY: Das Volk wurde nicht gefragt	22
— HAITI: Selbst für Reagan zu viel	23
— PERU: Wenn die Kirche Terroristen heiligspricht	24
— GUATEMALA: Erklärung der Bischofskonferenz	26
— BRD. Vorwärts in den Kalten Krieg!	29
— Rezension: Prinz Malko in El Salvador	31
II. HINTERGRUND:	34
— DOMINICA: Ein zweites Grenada der Karibik?	34
— EL SALVADOR: Zur Situation der Häftlinge	42
FLMN durch Mexiko und Frankreich anerkannt	49
— HONDURAS: Wahlen + Repression = »Stabilität«	50
III. SOLIDARITÄT	58
— Stoppt den Atomexport	58
— ZEITSCHRIFTENSCHAU	60

Impressum

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

Jahrgang 9 der
CHILE-NACHRICHTEN

erscheint monatlich
(mindestens 11 mal im Jahr)

Redaktion:

Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Gisela Sommer

Redaktionsschluß dieser Nummer: 3.9.1981

Abo-Preis: DM 35,—

Zahlung nach Erhalt der Rechnung
Spendenkonto des Chile-Komitees—»Hilfe für Chile«
PSA Berlin West, Eilfriede Kohut, Nr. 380087-108
Bankleitzahl 10010010

Adresse:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

c/o FDCL
Savignyplatz 5
1000 Berlin 12
Tel.: 030/3135065

Vertrieb für Buchhandlungen, Biblio-
theken und Institutionen im Bundesge-
biet über:
con Medien- und Vertriebsgesellschaft,
Postfach 106545,
Westerdeich 38, 2800 Bremen

Der Nachdruck von Artikeln aus den
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
ist mit Quellenhinweis gestattet. Be-
legexemplare erbeten.

Statt »Zu diesem Heft«

Aufruf der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

KOMMT ALLE ZUR DEMONSTRATION AM SONNTAG

DEN 13. SEPTEMBER um 11 Uhr zum OLIVAERPLATZ

Der Anlaß ist der Besuch des US-Außenministers, General Alexander Haig.

PROTESTIERT GEGEN DIE FRIEDENSBEDROHENDE US-AUSSENPOLITIK

PROTESTIERT GEGEN DEN US-KRIEG IN EL SALVADOR UND ANGOLA

General Alexander Haig, derzeitiger Außenminister der US-Regierung Reagan, dem Präsidenten unserer West-Berliner "Schutzmacht", besucht auf Einladung des CDU-Senats unsere Stadt.

General Haigs Biographie entspricht der jetzigen friedensbedrohenden US-Außenpolitik. Er war Truppenbefehlshaber in Vietnam, 1971-73 in die Bombardierung des neutralen Kambodschas verwickelt, mitverantwortlich für die Bombardierung Hanois Weihnachten 1973 ("Ein sehr freudiger Augenblick für mich"), von 1974-79 Oberkommandierender der NATO in Europa, anschließend Präsident der drittgrößten US-Waffenfirma (United Technology Cie/UTC). Und heute: Kalter Krieger, Friedensverächter ("Es gibt Wichtigeres als Frieden"), Spannungspolitiker, Gönner der Militärdiktaturen in aller Welt und gern gesehener Gast des Berliner CDU-Senats.

Seit Cowboy Ronald Reagan US-Präsident wurde, ist unsere Erde zum Wilden Westen erklärt worden. General Haig formulierte das so: "Die ganze Welt ist Sache der NATO". Und die NATO - das sind die USA, die Verbündeten nur noch Vasallen.

Damit werden wir Deutschen, wir Berliner, direkt in die weltweite Wild-West-Politik der USA einbezogen.

Wie sieht diese Politik in der Praxis aus? Im Namen der "westlichen Freiheit" werden zur "Eindämmung des Kommunismus und internationalen Terrorismus" alle terroristischen Militärdiktaturen mit Krediten und Waffen überschüttet. Insgesamt werden diese Regimes mit Waffen im Werte von über 10 Milliarden US-\$ 1981 hochgerüstet. Alle Länder sind dabei, die noch von der Carter-Regierung brutalster Menschenrechtsverletzungen bezichtigt wurden. In Lateinamerika sind dies Chile, Argentinien, Uruguay, Paraguay, Bolivien, Honduras, El Salvador, Guatemala und Haiti.

Der Volkswiderstand in El Salvador soll in einer konzertierten Aktion zwischen den Militärs aus Honduras, Guatemala und El Salvador und mit Unterstützung von US-Militärberatern und Exil-Kubanern aus Florida gebrochen werden. Gegenüber Kuba und Nicaragua werden offene Invasionsdrohungen ausgesprochen ("Es wird nicht möglich sein, die gegenwärtige kommunistische Regierung Nicaraguas anders als durch eine militärische Aktion zu verdrängen").

Der Terrorist Begin wird mit US-Jagdbombern aufgerüstet, um diese im Libanon gegen die Zivilbevölkerung einsetzen zu können. Libyen und Nord-Korea werden mit Militäraktionen provoziert und das Apartheid-Regime in Südafrika ausdrücklich zur Invasion Angolas ermuntert.

Im Namen der "westlichen Freiheit" werden Demokratie und Menschenrechte zur zweitrangigen Sache erklärt.

Wir haben aus der Demonstration am 1. September gelernt: Wir werden am 13. September einen eigenen Lateinamerika/Dritte-Welt-Block formieren. Wir werden nicht auf polizeiliche Provokationen hereinfallen. Wir werden der Hetze der SPRINGER-PRESSE, die offenbar Tote sehen will, nicht Genüge tun. Provokationen in unseren eigenen Reihen werden wir sofort unterbinden! Wir werden diszipliniert aber kreativ demonstrieren! Wir werden uns auch von CDU-Störern, wie sie Senator Blüm in einem Interview angekündigt hat, nicht aus der Fassung bringen lassen!

CHILE

Repression und Rezession

In einem "pliego nacional" genannten Dokument hat der Gewerkschaftsverband CNS die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik scharf angegriffen: als Reaktion läßt die Regierung die Spitze des Gewerkschaftsverbandes verhaften: vier Politiker der Opposition, die sich mit den Gewerkschaftern solidarisieren, werden des Landes verwiesen.

Und kurz darauf erläßt die Regierung ein neues Gesetz, das den Arbeitern weitere Rechte beschneidet.

Der Forderungskatalog »Pliego nacional«

Der "pliego nacional" ist das Ergebnis eines Gewerkschaftskongresses, an dem über 600 Gewerkschaftsvertreter im November 80 in Chile teilnahmen. Eine Kommission erarbeitete in der Folgezeit das Dokument, das die hauptsächlichsten Kritikpunkte der chilenischen Arbeiter zusammenfaßt.

In einem allgemeinen Teil nahmen die Gewerkschafter unter anderem zur gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Lage Stellung.

-"Wir durchschreiten eine Periode, in der die gemeinsame Aktion des Kapitals und der Gewalt uns ein Gesellschaftsmodell aufzwingen, das der großen Mehrheit der Bevölkerung die Früchte der Entwicklung verweigert... Insgesamt all den breiten Schichten, die nicht dem Finanzkapital verbunden sind."

"Als Arbeiter und chilenische Bürger verlangen wir das Recht aller gesellschaftlichen Gruppen- was von der gegenwärtigen Regierung nicht respektiert wird -, an der Erarbeitung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik teilzunehmen."

Scharf werden die Prinzipien der gegenwärtigen ultra-liberalen Wirtschaftspolitik kritisiert und die Aufhebung einer langen Liste arbeiterfeindlicher Gesetze gefordert.

Unterzeichnet ist das Dokument von der Leitung der CNS: eine Reihe von Gewerkschaften und Gewerkschaftsverbänden, und eine Vielzahl von Betriebsgewerkschaften unterstützt es (wobei einige nach der Veröffentlichung unter dem Druck des Geheimdienstes ihre Unterschrift wieder zurückziehen).

Eine zwanzig-köpfige Delegation überbringt das Dokument am 18. Juni Pinochet, der die Annahme verweigert, weil er das "kommunistische Manöver" sofort erkennt: der Innenminister nimmt sich des Falles an und läßt 10 Gewerkschafter verhaften: sie hätten sich die Vertretung von Arbeitern ohne gesetzliche Grundlage angemaßt: ein Prozeß steht ihnen bevor.

Der Gewerkschaftsvorsitzende Manuel Bustos und einer der stellvertretenden Vorsitzenden, Alamiro Guzmán, wurden zuvor schon wegen des gleichen "Delikts" zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt; im

Augenblick befanden sie sich auf freiem Fuß. Ihnen droht jetzt eine neue Anklage, und sie befinden sich im Gefängnis, während die übrigen 8 Gewerkschafter aus der Untersuchungshaft entlassen wurden.



Die Leitung der Coordinadora Sindical; Manuel Bustos 2.v.links

Inhaltlich enthält das Dokument nichts, was nicht schon zuvor und seit langem von der Opposition an der chilenischen Diktatur angeprangert wird. Es ist auch kaum anzunehmen, daß die Gewerkschafter wirklich glaubten, der Diktator werde sich auf einen Dialog mit ihnen einlassen. Doch hat der Forderungskatalog als Ergebnis der Delegiertenversammlung im November und durch seine landesweite Verbreitung durchaus eine politische Funktion, nämlich als ein Versuch, genau die politische Diskussion in Gang zu bringen, die die Diktatur mit allen Mitteln unterbinden will. Offenbar lag auch bei diesem Schritt in die Öffentlichkeit die Reizschwelle für die Regierung, denn den Kongreß selbst hatte sie im November stattfinden lassen, ohne daß Zwischenfälle bekannt geworden wären.

Damals erklärte Manuel Bustos als Ziel, eine breite Bewegung zu schaffen, "die die gesellschaftliche Mobilisierung an allen Fronten vorantreibt, die der Regierung als eine gesellschaftliche Realität gegenübersteht, organisiert und mit der Fähigkeit, Druck auszuüben".

Absurd wird der Vorwurf, die CNS sei als Sprecher der chilenischen Arbeiter in keiner Weise legitimiert (in den Kategorien der Diktatur gesehen), durch folgende Tatsache: der Chef des Geheimdienstes CNI, Gordon, hatte kurz zuvor im Auftrag der Regierung Gespräche mit Manuel Bustos geführt, gerade um die Stimmung unter den Arbeitern und die Dringlichkeit ihrer Probleme klarer einschätzen zu können.

Die Ausweisungen

Gegen die Verfolgung der Gewerkschaftsführer protestierten in einer öffentlichen Erklärung linke und christdemokratische Politiker und Gewerkschafter. Unter den 27 Unterzeichnern wurden 4 herausgegriffen, verhaftet und des Landes verwiesen. Sie hätten wiederholt gegen das Verbot politischer Betätigung verstoßen und mit einer marxistischen Organisation - der CNS - zusammengearbeitet; die übrigen 23 seien hiermit verwarnet.

Die Ausgewiesenen sind der Christdemokrat Jaime Castillo; Orlando Cantuarias und Carlos Briones, beide Minister unter Allende; und Alberto Jerez von der Christlichen Linken und ehemals Senator.

Für Castillo ist es die zweite Ausweisung: inzwischen war ihm die Wiedereinreise gestattet worden.

Die vier wurden nach ihrer Verhaftung an die argentinische Grenze gebracht; in Argentinien wurden sie "bis zur Klärung der Situation" verhaftet: Mexiko hat seine Bereitschaft erklärt, sie aufzunehmen.

Läßt sich die Ausweisung der drei linken Politiker aus der Logik des chilenischen Systems sozusagen auf Anhub verstehen, so ist der Grund bei Castillo nicht gleichermaßen deutlich, zumal er ein erklärter Anti-Marxist ist. Offenbar aber soll jede auch nur denkbare punktuelle Gemeinsamkeit zwischen der Linken und der Christdemokratie schon in ihren Ansätzen geahndet werden.

Pinochets Ermächtigungsgesetz: der Artikel 24

Auf chilenischer Ebene ist Castillo ein prominenter Mann; unter Frei in den sechziger Jahren christdemokratischer Justizminister: jetzt Anwalt und Präsident der chilenischen Kommission zur Verteidigung der Menschenrechte. Er hatte die Möglichkeit, sich in Zeitungsartikeln zu artikulieren: ein bekannter bürgerlicher Politiker. Daß ein Mann wie er ausgewiesen werden kann, ohne daß rechtliche Schritte dagegen möglich sind, zeigt, daß fast 8 Jahre nach dem Militärputsch vom 11. September 73 gegen die Regierung Allendes und trotz der Gültigkeit der neuen Verfassung seit dem 11. März 81 sich de facto in Chile im Hinblick auf staatsbürgerliche Rechte kaum etwas geändert hat.

Denn am selben Tage, also dem 11.3.81, an dem die neue Verfassung einerseits in Kraft trat (mit gleichzeitigen Übergangsbestimmungen, die sie wiederum einschränken bzw. aufheben), erklärte Pinochet "verfassungsgemäß", es bestünde Gefahr, daß der innere Friede gefährdet würde: damit trat Artikel 24 der Übergangsbestimmungen in Kraft. Auf dieser Grundlage und ohne irgendeine Möglichkeit rechtlichen Einspruchs kann Pinochet durch seinen Geheimdienst verhaften lassen, innerhalb des Landes auf drei Monate verbannen oder ins Ausland ausweisen bzw. die Einreise verweigern und Versammlungen verbieten.

Eine Aufstellung der chilenischen Jesuiten-Zeitschrift "Mensaje" vom Juli 81 zeigt, daß die Repression in den ersten fünf Monaten dieses Jahres sowohl zahlenmäßig wie an Intensität die des Jahres 1980 bereits übertraffen hat! Mehr Verhaftungen, mehr Verbannungen, mehr Folterungen. Lediglich die Zahl derer hat abgenommen, die nach ihrer Verhaftung durch den Geheimdienst (und bis zu zwanzig Tagen in dessen Händen!) einem "ordentlichen" Richter vorgeführt wurden - weil nicht einmal nach den Gesetzen der Diktatur irgendein Delikt vorlag.

Der Grund sowohl für die Zunahme der Repression insgesamt wie für die Verfolgung der Gewerkschafter und der jetzt Ausgewiesenen

dürfte mit militanteren Formen des Widerstands seitens der Linken einerseits, mit der Rezession der chilenischen Wirtschaft andererseits zusammenhängen.

Hatte sich die chilenische Wirtschaft nach der Schock-Politik des Jahres 75 von 1979 bis 1980 zu erholen begonnen, und zwar aufgrund des Zustroms ausländischer Kredite, so erlebt sie gegenwärtig bereits wieder eine Rezession. Profitiert das Finanzkapital weiterhin vom gegenwärtigen Modell, so ist der kleine produktive Sektor schon wieder in Bedrängnis. Ein neues Gesetz soll es dem Unternehmer ermöglichen, trotzdem seinen Gewinn weiter zu machen. Es verkürzt ein weiteres Mal die Rechte der Arbeiter, die sie sich in früheren Jahrzehnten erkämpft hatten, und es steht damit im diametralen Gegensatz zu den Forderungen der Coordinadora Sindical, die rechtliche und wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu verbessern. Angesichts der Repression gegen die Gewerkschafter ist nicht abzusehen, wie sich die Arbeiter gegen diese gesetzliche Verschlechterung wehren können.

»Dynamik des Marktes« — das neue Arbeitsgesetz 18018

Um dem Arbeiter die Möglichkeit zu geben, "flexibler" auf die Rezession zu reagieren, so die zynische Erklärung des Arbeitsministers Kast, wird er von einer Reihe gesetzlicher Einschränkungen befreit, so daß er seine Arbeitskraft leichter an den Mann bringen kann (einschließlich der im staatlichen Notstandsprogramm PEM Beschäftigten liegt die Arbeitslosigkeit bei ca 15%).

So ist der Arbeitssuchende nicht mehr an lästige Tarifbestimmungen gebunden, sondern "darf" individuell mit dem Unternehmer seinen Lohn aushandeln. Läßt er sich als Lehrling engagieren, auch wenn er schon 50 ist, braucht er nicht mehr als 60% des Tariflohns zu fordern.

Es hat sich erwiesen, daß ältere Arbeitssuchende mit Anspruch auf mehr Urlaubstage im Grunde benachteiligt sind - statt mit 25 Tagen können sie sich mit 15 begnügen.

Und warum dem Starken Schranken setzen? Galt bisher für Verladearbeiter, daß man ihnen keine Lasten über 80 kg zumuten durfte - warum soll, wer will, nicht härter anpacken dürfen?

Der Unternehmer seinerseits bedarf bei Massenentlassungen nicht mehr wie bisher einer ministeriellen Zustimmung (die unter der Diktatur ohnehin zur Formsache geworden war): er darf ohne Angabe von Gründen entlassen, was er an Arbeitskraft nicht mehr braucht.

Mit diesem Gesetz, das die Arbeitskraft erheblich verbilligen hilft, kann die Rezession für die Unternehmer tatsächlich erträglicher werden.

Kongreß chilenischer Journalisten im Exil

Vorankündigung

Vom 20. bis 22. November 1981 wird in Frankfurt/M. ein Kongreß chilenischer Journalisten im Exil stattfinden. Der Kongreß steht unter der Schirmherrschaft der Deutschen Journalisten-Union (DJU) im DGB, die auch die organisatorische Abwicklung (Einladungen, Unterkunft, Kosten etc.) übernimmt. Der inhaltliche Ablauf der Tagung wird von den chilenischen Veranstalter bestimmt, die bisher u.a. folgende Themen vorgesehen haben:

- Die Unterdrückung der Pressefreiheit in Chile seit dem 11.9.73
- Die Massenmedien als Instrument der faschistischen Diktatur
- Journalismus in Lateinamerika: zur Vorherrschaft der multinationalen Konzerne in den lateinamerikanischen Informationsmedien.

Zur Ermordung von Hugo Riveros

Diejenigen, die ihn persönlich gekannt hatten, traf die Nachricht wie ein lähmendes Geschoß, zumal sie zu diesem Zeitpunkt eher unwahrscheinlich geworden war. Nachdem sich seine Angelegenheit in den letzten Monaten günstig zu entwickeln schien, die Ausreise in die BRD nur noch eine Frage von Tagen, allenfalls von wenigen Wochen gewesen wäre, wurde der Maler Hugo Riveros Gomez (verheiratet, ein Kind) in der Nacht vom 7. zum 8. Juli 1981 von Angehörigen des chilenischen Geheimdienstes auf bestialische Weise ermordet.

Wenige Stunden nach einem positiv verlaufenen Gespräch zwischen dem bundesdeutschen Botschafter und der Familie Riveros, wurde Hugo am Nachmittag des 7. Juli aus seiner Wohnung entführt. In der darauffolgenden Nacht fand man seine Leiche in der Maipo-Schlucht unweit von Santiago. Sein Körper wies deutliche Spuren der Folter auf und war mit Messerstichen und Einschüssen übersät.

Hugo Riveros hat im Jahr 1979 bei uns gelebt. Seine Bilder waren in verschiedenen Galerien, u.a. in Bremen und Berlin, zu sehen. Er kehrte jedoch nach Chile zurück, weil er glaubte, seine Bilder seien dort wichtiger – und wohl auch aus einer tiefen Enttäuschung über das Leben im Exil. Am 20. Oktober 1980 wurde er von CNI-Angehörigen auf offener Straße entführt und blieb mehr als zwei Wochen spurlos verschwunden. Nach zahlreichen Protesttelegrammen aus aller Welt tauchte er dann im Gefängnis von Santiago auf: sein körperlicher Zustand war nach schweren Folterungen sehr schlecht.

Es wurde ein Gerichtsverfahren gegen ihn eröffnet, weil er durch die Ausstellung seiner Bilder in den Elendsiedlungen von Santiago angeblich die innere Sicherheit des Landes gefährdet hätte. Im März 1981 wurde Hugo dank der internationalen Kampagne freigelassen.

Am 6. Juli wurde schließlich das Urteil in seinem Prozeß gefällt: 540 Tage Verbannung! Der Richter gab allerdings zu verstehen, daß er bereit sein würde, die Verbannung in Ausweisung zu verwandeln, damit Hugo Riveros zusammen mit seiner Familie das Land verlassen könne. Das Visum für die BRD lag in der deutschen Botschaft bereit.

Die näheren Umstände der Ermordung von Hugo Riveros zeigen deutlich, wie skrupellos die chilenische Militärdiktatur erneut vorgeht.

Der grundsätzlichen Rückendeckung der Reagan-Regierung sicher (in deren Außenpolitik weder 'Frieden' noch 'Menschenrechte' besonders hochrangige Determinanten sind), braucht sie sich nicht einmal um ihr Image in Ländern wie der BRD zu kümmern. Ganz abgesehen davon, daß das Pinochet-Regime sicher sein kann, von Seiten der deutschen Bundesregierung keine allzu empfindlichen Sanktionen befürchten zu müssen (immerhin hatte Hugo ja 1979 hier im Exil gelebt; und immerhin lag erneut ein Visum für die BRD in der Botschaft in Santiago für ihn und seine Familie bereit).

Iscorti Carstens, ein Freund Hugos, sagte am 11. Juli in einer Trauerrede vor chilenischen Exilanten in Bremen:

"Die gemeine Ermordung von Hugo Riveros hat uns ganz nah getroffen, weil wir ihn kannten und mit ihm zusammen lebten. Sein Leben und sein Tod sind für immer mit unserem Leben verknüpft. Und der Entschluß Hugos, nach Chile zurückzugehen – warum soll man das nicht auch sagen, was sein tragisches Verschwinden begründen könnte –, hat mit uns mehr zu tun, als wir manchmal gedacht haben. Hugo kannte uns und war sehr schockiert von unserer Art, im Exil zu leben. Er erschrak und widersprach, wenn er sah, wie oft die Härte, Unge-

reimtheit und mangelnder Wille unsere Beziehungen als Exilanten beherrschten.

Es ist traurig zu sagen, aber Hugo wurde hier im Exil hin- und hergeworfen. 'Kümmere Dich nicht um den, mach Dir nicht mit dem anderen zu schaffen, weil bla, bla, bla', sagte man ihm fortlaufend. Er runzelte die Stirn und schwieg. Später schrieb er mir aus Chile: 'Die Exilanten werden verrückt. Sie haben Angst vor jeder Form von Leben.' Ohne Zweifel trug das dazu bei, daß er nicht bei uns geblieben ist. Sein Leben, sein Zeugnis möge uns nützlich sein. Unser Leben außer Landes sollte brüderlich sein, Genossen! Manchmal schaden wir uns gegenseitig sehr. Unsere Feinde machen uns kaputt und es gibt Augenblicke, in denen wir ihnen dabei noch helfen.

Die Ermordung von Hugo kennt keine Rechtfertigung. Die Hyänen brachten ihn um, weil sie blutrünstig waren. Hugo war kein politischer Führer, kein Parteikader. Er war nicht mehr als ein Maler, der sich der Sache seines Volkes verschrieben hatte. Sein persönliches Schaffen widmete er nicht mehr dem altersschwachen und verfallenen Muff der Kunstsalons. Er suchte und fand seine Bühne in den marginalen Straßen und Wohnvierteln. Aus der Kunst der Malerei machte er ein lebendiges Instrument. Er konzipierte seine Bilder als Vehikel der Kommunikation in einer bissigen Zeit und ließ in seinen Farben ein ganzes unterdrücktes Volk zu Wort kommen..."

So hat denn der ungeheure Skandal der Ermordung des Malers Hugo Riveros durch Pinochets Repressionsapparat einen dreifachen Aspekt von Schuld. Unsere Wut und Empörung richten sich dabei gegen die chilenische Militärdiktatur, unser Protest gilt der fehlenden bzw. unzureichenden Reaktion der Bundesregierung, und unsere Trauer und Betroffenheit müssen – das gilt gleichermaßen für die Exilanten und für uns, die wir mit ihnen zu tun haben – die eigene Unfähigkeit reflektieren, das politische Exil in ausreichender Weise als eine extreme Lebensform zu akzeptieren, die ein extremes Maß an Solidarität, Brüderlichkeit, ja Nächstenliebe erfordert.

Wer sich in der Lage sieht, etwas zur finanziellen Unterstützung für Hugos Frau und sein 5-jähriges Kind beizutragen, der sollte seine Spende bitte auf folgendes Konto schicken:

Spendenkonto: Encuentro Latinoamericano/Kennwort RIVEROS
Sparkasse Bremen, Konto-Nr. 1098 7410
(BLZ 290 501 01)

Rettet das Leben von Fernando Espinoza!

Der eben geschilderte Fall des Malers Hugo Riveros zeigt, wie dringend und wichtig der folgende Aufruf ist, den wir mit der Bitte veröffentlichen, sich mit Briefen oder Postkarten an die unten angegebenen Adressen zu wenden, um seine Entlassung aus dem Zuchthaus in Victoria (Provinz Malleco) und seine Ausweisung nach Belgien – für das er ein Visum hat – zu erreichen.

Fernando Espinoza ist als politischer Häftling zu 35 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Da ein Einreisevisum für Belgien vorliegt, könnte seine Haftstrafe in Ausweisung aus Chile umgewandelt werden. Stattdessen ist er am 16. Mai 1981 vom öffentlichen Gefängnis in Santiago ins Zuchthaus von Victoria bei Temuco (rund 600 km südlich der Hauptstadt), einem der berüchtigtsten Kerker Pinochets, verlegt worden.

Seine Rechtsanwältin fuhr am 22. Mai nach Victoria, aber die Erlaubnis, ihn zu besuchen, wurde ihr verweigert. Der Gefängnisdirektor teilte ihr mit, daß er sich in Einzelhaft befinde, keinen Zugang zu

Radio oder irgend einem geschriebenen Material hätte und immer noch dieselbe Kleidung wie bei der Ankunft trüge.

In einem Brief vom 31. Mai konnte Fernando Espinoza beschreiben, wie er am Tag seiner Ankunft fast bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen wurde. Während des ersten Monats werden die Häftlinge in Einzelhaft gehalten. Ihre einzigen Besucher sind die Wachtposten, die sie ständig provozieren und wegen des geringfügigsten Vorwandes grausam schlagen. Die Wachtposten sind durch ein entsprechendes Dekret, das dem Disziplinargefängnis von Victoria einen besonderen Status einräumt, von oberster Stelle geschützt. Fernando Espinoza bittet um Gesuche an das Internationale Rote Kreuz, damit dieses das Zuchthaus von Victoria besuchen soll.

Briefe im Hinblick auf eine Umwandlung der Strafe in Ausweisung nach Belgien sind zu richten an:

Señora Ministro de Justicia
Monica Madariaga
Ministerio de Justicia
Santiago de Chile

und an
Mayor Jaime Gonzalez
Director
Carcel Disciplinaria
Victoria
Prov. de Malleco/Chile

Der Besuch der kalten Dame

Reagans Abgesandte Kirkpatrick in Santiago

Wohl selten hat eine diplomatische Visite so sehr einen Wendepunkt in der US-Außenpolitik markiert, wie der viertägige Besuch einer Abgesandten des neuen Western-Helden Ronald Reagan im vergangenen Monat in Chiles Hauptstadt.

Jeane Kirkpatrick, die zuvor schon einige andere lateinamerikanische Länder im Auftrag ihres Chefs bereist hatte, ist Reagans UNO-Botschafterin mit der besonderen Fähigkeit (und Zähigkeit), ausländischen Politikern die Vorteile der neuen US-Politik der Stärke zu erklären. Sie selbst hat schließlich an dieser Masche mitgestrickt.

Ogleich sie der demokratischen Partei angehört und zur Carter-Mannschaft zählte, bis sie dessen wankelmütige Außenpolitik immer schärfer zu kritisieren begann, hat Reagan sie vom Fleck weg engagiert, als er einen Artikel der neokonservativen Politikwissenschaftlerin las, der sich mit der doppelbödigen Menschenrechtspolitik seines Amtsvorgängers auseinandersetzte. Hier fand er genau die Argumente, die er brauchte. Der moralische Anspruch, den Carter mit der Menschenrechtsfrage in die amerikanische Außenpolitik getragen habe, sei unehrlich, weil er nicht gegenüber allen Ländern in gleicher Weise angewandt werde (z.B. nicht bei potentiellen oder tatsächlichen Erdöllieferanten der USA). In seiner politischen Konsequenz sei er sogar ein verhängnisvoller Fehler, da "autokratischen" Regierungen, die aber traditionellerweise treue Freunde der USA seien, dadurch Wirtschafts- und Militärhilfe verweigert worden wäre. "Vor die Alternative gestellt, eine autokratische, gemäßigt repressive Regierung, die jedoch Freund der USA ist, zu unterstützen oder zuzulassen, daß dieselbe Regierung durch in Cuba trainierte, durch Cuba ausgerüstete und von Cuba unterstützte Aufständische gestürzt wird, müssen wir uns dafür entscheiden, der ersteren zu helfen." Die entgegengesetzte Entscheidung würde zudem am Ende zu einer sehr viel repressiveren Regierung führen.

Die erzkonservative Katholikin Kirkpatrick - von der Londoner Times als 'kalte Dame' umschrieben - war es, die eigens die feinsinnige Unterscheidung zwischen "autokratischen" und "totalitären" Regimes

für die theoretische Begründung der neuen US-Außenpolitik unter Reagan bemühte: totalitäre Regimes (womit ausschließlich die kommunistisch regierten Länder gemeint sind) könnten nie zu demokratischen Gesellschaften führen, während einige rechte Autokratien sehr wohl den Weg "in Richtung Demokratie" eingeschlagen hätten. Als Beispiel und Beleg führt die schlaue Diplomatin ausgerechnet Brasilien an...

Mit solch klaren Grundansichten ausgestattet, hat Reagans Botschafterin in Chile offene Türen eingebracht. Pinochets Außenminister René Rojas stellte denn auch am Ende des viertägigen Besuchs zufrieden fest, daß eine "spürbare Änderung" in der nordamerikanischen Haltung gegenüber Chile zu bemerken sei.

In einer abschließenden Pressekonferenz unterstrich die Botschafterin der Stärke noch einmal die wichtigsten Anliegen und Sorgen der neuen Regierung in Washington (und man ahnt förmlich, was und in welcher herzlicher Atmosphäre zwischen Frau Kirkpatrick und der Militärgunta hinter verschlossenen Türen besprochen worden ist):

- Das marxistische Vordringen in Lateinamerika:

"Das Problem wird sich nicht sofort lösen lassen. Vor etlichen Jahren war der Südkegel Lateinamerikas das Ziel der UdSSR, und heute ist es Zentralamerika, besonders El Salvador, Honduras, Guatemala und Costa Rica. Wir haben die UdSSR aufgefordert, den cubanischen Expansionsdrang zu unterbinden..., aber bisher haben wir darauf noch keine zufriedenstellende Antwort erhalten."

- Anwendung des Rezeptes der Militärdiktaturen des Südkegels auf Zentralamerika:

"Ganz offensichtlich existiert eine Reihe gemeinsamer Bande, obwohl die Traditionen in beiden Regionen sehr unterschiedlich sind. In diesem Moment ist es, unter politischem Gesichtspunkt, die Aggression aus derselben Richtung, die beide Regionen am meisten eint."

In ihrer Unterredung mit Pinochet, so fügte sie hinzu, habe man auch über Bolivien und Zentralamerika gesprochen, sowie über die Militarisierung und Cubanisierung Nicaraguas. Eine Zusammenarbeit mit Chile im Hinblick auf diese Situation "könnte sich in Zukunft ergeben".

- Menschenrechte:

Die Politik des Ex-Präsidenten Carter auf diesem Gebiet sei "sehr breit", zu allgemein gewesen, da sie oft die Existenz von geradezu perfekten Gesellschaften erfordert hätte. "Wir hingegen", fügte Frau Kirkpatrick hinzu, "berücksichtigen die Menschenrechte und die Freiheit des Individuums. Wir betonen nachdrücklich das Recht und die Verfassungsmäßigkeit". (Pinochets Diktatorialverfassung ist nach Ansicht von Frau Kirkpatrick offensichtlich ein besonders kunstvolles Instrument, um den Schutz der Menschenrechte zu garantieren, Anm. LN)

Eine Menschenrechtspolitik müsse die Komplexität der Welt in Rechnung stellen. Die größte Bedrohung für all jene Garantien und für die Freiheit gehe vom Kommunismus aus!

Eine Unterredung mit der chilenischen Menschenrechts-Kommission und mit Angehörigen von verschwundenen politischen Gefangenen sei ihr leider aufgrund der vielen Verpflichtungen des offiziellen Besuchsprogramms nicht möglich gewesen...

Pinochet, was willst du mehr??

Ein schönes Geschenk zum 8. Jahrestag des erfolgreichen Militärputsches am 11. September; von Kollege zu Kollege sozusagen.

ARGENTINIEN

Generäle — was nun?

Die beiden vergangenen Monate bescherten Argentinien eine weitere Verschärfung der Wirtschaftskrise, die vor allem die Arbeitslosenzahlen und die Konkurse in die Höhe trieb. Die Gewerkschaften wehrten sich gegen Arbeitsplatz- und Lohnabbau mit Streiks, die in einem "Nationalen Protesttag", der von der CGT ausgerufen wurde, gipfelten. Die Parteien des Landes ergriffen die politische Initiative, indem sie ein Bündnis schlossen, das dem Regime mehr Freiheiten und letztlich Wahlen abringen will.

Obwohl man schon seit Monaten annehmen könnte, der Tiefpunkt der argentinischen Wirtschaftssituation sei erreicht und es könne kaum noch schlimmer kommen, haben die beiden vergangenen Monate eine erneute Verschärfung der katastrophalen Lage gebracht. Infolge der unsicheren Wirtschaftslage und der unklaren Wirtschaftspolitik des Regimes kam es an den Devisenbörsen des Landes zu mehreren Panikkäufen von Dollars, der auf Rekordwerte kletterte. Damit verlor Argentinien weitere Devisenbestände und verfügt derzeit nur noch über 1 Mrd Dollar an Devisen. Diesem Devisenbestand steht eine Auslandsschuld von ca. 30 Mrd. \$ gegenüber, von der die Hälfte kurzfristig bis Ende des Jahres getilgt werden soll. Um die Zahlungsbilanz auszugleichen setzt die Regierung auf den Zufluß von ausländischem Spekulationskapital, das durch die extrem hohen Zinsen in Argentinien angelockt werden soll. Auf's Jahr gerechnet liegen die Zinsen für Kredite bei fast 500 %. Diese hohen Kreditzinsen sind einer der Faktoren, die die nationalen Produzenten ruinieren. Bauern und Industrieunternehmer, die vor einigen Jahren "indexierte", d.h. an Inflation und Zinsentwicklung gekoppelte Kredite aufgenommen haben, stehen heute vor dem Bankrott, weil sie ihre Schulden, die sich durch die Zinssätze vervielfacht haben, nicht mehr zurückzahlen können. Finanzexperten schätzen, daß insgesamt ca. 30% der aufgelaufenen Schulden nicht mehr getilgt werden können. So hat sich denn auch in den ersten sechs Monaten die Konkursmasse um 200% gegenüber dem Vorjahr erhöht, das sich auch schon durch eine sehr große Anzahl von Bankrotten auszeichnete. In der Industrie werden 1981 ca. 400 000 Arbeiter weniger beschäftigt sein als 1974. Die Rezession in der wichtigen Automobilindustrie wirft ein Schlaglicht auf die allgemeine Konjunktur: Von Jahresbeginn bis Ende Mai fiel die Produktion von Kraftfahrzeugen um 32% und der Verkauf sogar um 56,6%. Im Juni wurden statt der durchschnittlichen 30 000 Kraftfahrzeuge nur 12 000 verkauft.

In dieser Situation verlangen alle Sektoren der Landwirtschaft und der Industrie eine Umschuldung der Kredite und weitere Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Situation. Selbst der Verband der argentinischen Großindustrie UIA (Argentinische Industrie-Union), der lange Zeit die Wirtschaftspolitik der Diktatur unterstützt hat, erklärt jetzt: "Das ist nicht nur eine sektorale Krise in der Industrie. Diese Krise ist total, die ganze Wirtschaft krankt an ihr." (FR, 22.7.81) Um die aufgebrachtten Produzenten zu beruhigen, kündigte Wirtschaftsminister Sigaut wieder einmal ein Wirtschaftspaket an. Aber die Verabschiedung der neuen Maßnahmen ließ auf sich warten, da sich die beteiligten Minister nicht einigen konnten - kein Wunder bei einem Kabinett, in dem sozusagen jede Interessengruppe ihren Minister sitzen hat. Während Industrieminister Oxenford eine wirksame Umschuldung der Industrie und eine Erhöhung der Importzölle forderte, wehrte

sich der Landwirtschaftsminister gegen zuviele Subventionen für die Industrie und forderte eine große finanzielle Spritze für die notleidende Landwirtschaft. Der Handelsminister setzte dagegen weiterhin auf die Vorteile des freien Handels mit nur sehr geringen Zollhemmnissen, der den Importeuren von Waren zugute kommt.

Aber schließlich wurden am 19. August doch einige Maßnahmen verkündet, auf die sich die Minister einigen konnten. Beschlossen wurde, daß 50% der nicht-rückzahlbaren Schulden der Industrie und 40% der nicht-rückzahlbaren Schulden der Landwirtschaft mit Hilfe staatlicher Mittel auf mehrere Jahre gestreckt werden, so daß sich die betroffenen Unternehmen nicht für zahlungsunfähig erklären müssen, sondern ihre Schulden in einigen Jahren abzahlen können. Allerdings reicht die davor vorgesehene Summe längst nicht aus, um alle betroffenen Industrieunternehmen zu retten. Den Banken soll ein Entscheidungsrecht zugestanden werden, welche Unternehmen in den Genuß der Umschuldung kommen sollen und welche nicht. Und auch dieses Programm, das nur an einem Teil der Probleme herumflückt ohne eine echte Perspektive zur Verbesserung der Wirtschaftslage zu bieten, soll keineswegs sofort in Kraft treten. Wirtschaftsminister Sigaut wird das Gesetz erst einmal dem "Militärischen Legislativen Beirat" (ein Offiziersgremium, das bei bestimmten Gesetzen ein Mitentscheidungsrecht hat) vorlegen. Die endgültige Entscheidung und das Inkrafttreten der Hilfsmaßnahmen wird damit um weitere Wochen verzögert. Daraufhin trat Industrieminister Oxenford zurück. Er wurde durch Livio Kühl ersetzt, der - wie sein Vorgänger - aus den Reihen der UIA kommt.

Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Bevölkerung sehen beispielsweise so aus: Die Elektrizitätswerke Argentiniens melden einen Rückgang der Strombezieher, weil jeden Monat die Familien vom Stromnetz abgeschaltet werden, die ihre Rechnung nicht mehr bezahlen können. Für sie stellt sich die Alternative: Strom oder Essen. Und die Zahl der Betroffenen steigt, weil die Tarife für öffentliche Dienstleistungen der allgemeinen Inflation recht genau angepaßt werden - im Gegensatz zu den Löhnen. Und die Inflationsraten sind wieder in die Höhe gegangen: im Juni lag die Inflationsrate bei 9,5%, der Anstieg der Großhandelspreise betrug sogar 18,6%.

Das Statistische Amt Argentiniens hat eine Untersuchung durchgeführt über die Anzahl der Arbeitsstunden, die notwendig sind, um einen Warenkorb mit den notwendigen Verbrauchsgütern einer Familie bezahlen zu können. Ergebnis: ein durchschnittlich verdienender Arbeiter muß im Monat für diesen Warenkorb 301 Stunden arbeiten, was einem 12-Studentag entspricht. Ungelernte Arbeiter müssen sogar 421 Stunden im Monat aufbringen, was einem 16-Stunden-Tag entspricht. Legal gilt übrigens ein 8-Stunden-Tag in einer 6-Tage-Woche.

Die Tageszeitung LA PRENSA veröffentlichte am 3. Juli eine geheime Regierungsstudie über die Arbeitslosigkeit, die derzeit offiziell mit 5,5% angegeben wird, was auch schon eine Verdoppelung gegenüber den Zahlen von 1980 ist. Die Studie enthüllt aber ein weit größeres Ausmaß an Arbeitslosigkeit: Neben der offenen Arbeitslosigkeit, gibt es die "verdeckte" Arbeitslosigkeit, von der die Personen betroffen sind, die nur unregelmäßig oder nur wenige Stunden Arbeit haben (in Argentinien gilt statistisch nur der als arbeitslos, der weniger als 10 Stunden im Monat arbeitet). Die Zahl der verdeckt Arbeitslosen liegt der Studie zufolge bei 1,7 Mio. Bei einer wirtschaftlich aktiven Bevölkerung von 10,78 Mio Menschen bedeutet dies, daß 17% von der verdeckten Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Diese Situation hat jetzt auch die sonst nicht eben regimiekritische Argentinische Bischofskonferenz veranlaßt, in einem Dokument "Die Kirche und die nationale Gemeinschaft" ihre Besorgnis über folgende Probleme auszudrücken, die einer schnellen Lösung bedürfen: "Allgemeiner Rückgang des realen Wertes des Lohnes der Arbeiter (...) im Vergleich zu astronomischen und nicht zu rechtfertigenden Gehältern. Preise für Familienwohnungen, die die Höhe eines ganzen Monatsgehalts übersteigen. Steigende Baukosten, die die Erstellung von menschenwürdigen Wohnungen für Familien mit mittlerem Einkommen unmöglich machen."

Streik der Automobilarbeiter und nationaler Protesttag

Die Arbeiter versuchen in dieser Situation durch Streiks ihre Forderungen nach Erhalt der Arbeitsplätze und Erhöhung der Löhne durchzusetzen. Auf der Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf (ILO) erzählte der argentinische Wirtschaftswissenschaftler Villar Araujo den Verlauf des Streiks vom 17. Juni, (1) den die Automobilarbeitergewerkschaft SMATA ausgerufen hatte, um die Arbeiter von MERCEDES BENZ bei ihrem Kampf gegen eine Reduzierung der Belegschaft zu unterstützen. Der Streik sollte in Buenos Aires von einer Versammlung in den Räumen des SMATA-Gebäudes begleitet sein, das sich nur wenige Straßenblocks vom Regierungspalast entfernt befindet. "Die Regierung - so Villar Araujo - ordnete eine polizeiliche Repression an, wie man sie selten in unserem Land gesehen hat. Vom Morgengrauen an blockierten Bataillone von Polizisten den Zugang zur Innenstadt, indem sie Barrikaden errichteten. Polizisten mit Hunden und Kriegswaffen hielten Autos an, kontrollierten die Ausweise und wenn sie jemanden erwischten, der nach einem Arbeiter aussah, nahmen sie ihn fest. Einige Polizeistellen waren mit Verhafteten überfüllt. Die Schlangen von Lastwagen und die Demonstrationzüge der Arbeiter wurden ständig von Hubschraubern aus überwacht. Trotzdem schafften es ca. 1 000 Arbeiter bis zum Sitz der SMATA vorzudringen, wo die Versammlung einstimmig beschloß, zur Plaza de Mayo zu demonstrieren. Die Polizei wartete nicht länger und nahm alle Teilnehmer (insgesamt 1 113) fest. Da die Polizeiwagen nicht ausreichten, konfiszierten sie öffentliche Transportmittel, um die Verhafteten wegzubringen. Insgesamt rechnet man damit, daß im ganzen Gebiet der Hauptstadt ungefähr 4 000 Arbeiter auf die Dienststellen der Polizei gebracht wurden. Später ließ man sie dann wieder frei. Vier Funktionäre der SMATA blieben jedoch in Haft. Die SMATA berief eine Vollversammlung ein, die aber verboten wurde und auch nicht stattfand. Aber die CGT gab ein Kommuniqué heraus, in dem sie Kontakte mit den Parteien, der Kirche und den Unternehmerverbänden über einen "Nationalen Protesttag" ankündigte! (2) Diese Gespräche hatten Erfolg: sowohl einige der oppositionellen Parteien wie auch Unternehmerverbände unterstützten in Erklärungen den Streik, der von der CGT ausgerufen wurde. Die CGT rief dann für den 22. Juni zu einem "Nationalen Protesttag" auf, dem zweiten Generalstreik seit dem Militärputsch von 1976 (der erste Generalstreik hatte im April 1979 stattgefunden). Die CGT forderte: Anhebung der Löhne und die vollständige Wiederherstellung des Rechtsstaats. Die Diktatur drohte allen am Streik Beteiligten mit Verhaftung und Entlassung.



Auch die Arbeiter der BORGWARD-Niederlassung kämpfen durch die Besetzung des Werkes gegen Entlassungen

Die mit der CGT rivalisierenden Gewerkschaftsgruppierungen CNT und Comisión de los 20 sprachen sich gegen den Streik aus, um nicht die Chancen von Gesprächen mit der Regierung zu gefährden. Auch die großen, unter militärischer Verwaltung stehender Gewerkschaften beteiligten sich nicht am Streik mit Ausnahme der Metallarbeitergewerkschaft, die in der Frage der Unterstützung der einen oder anderen Gruppierung in sich gespalten ist, und die zum Teil den Streik unterstützte. So kam es, daß am 22. Juni die Bus- und Eisenbahnarbeiter und Bankangestellten zur Arbeit gingen, während der Streik im Industriegürtel von Buenos Aires zu ca. 50% befolgt wurde. Obwohl sich die führenden Gewerkschafter auf Grund der Drohungen der Militärregierung in die Provinz abgesetzt hatten, wurden 23 Funktionäre verhaftet. Von diesen Gewerkschaftern haben sechs wahrscheinlich ein Gerichtsverfahren zu erwarten, da sie vorerst nur gegen Kautionsfreigabe freigelassen wurden. Insgesamt wurde der Streik landesweit nur von 20% der Arbeiter und Angestellten befolgt, was sich wohl aus der Erfahrung der Repression beim Streik der SMATA und aus der Gespaltenheit der Gewerkschaftsbewegung erklärt.

Politische Initiative der Parteien

Während Viola in der Armee mit den verschiedenen politischen Fraktionen sein Überleben als Präsident aushandelte (vgl. LN 95) - die einen kritisierten seine Wirtschaftspolitik, den anderen ging sein angekündigter "Dialog" mit den Parteien zu weit - ergriffen die oppositionellen und verbotenen Parteien Argentiniens die Initiative.

Die Radikale Partei (UCR) rief in einer Proklamation alle anderen Parteien des Landes auf, sich in einer Art Nationaler Front gegen das Regime zusammenzuschließen, um politische Zugeständnisse zu erkämpfen. Trotz der traditionellen Feindschaft zwischen den Parteien führte der Aufruf der Radikalen nach längeren Verhandlungen zur Gründung eines Parteienbündnisses, das unterdessen die MULTIPARTIDARIA (Zusammenschluß mehrerer Parteien) genannt wird. Diesem Bündnis gehören die UCR, die peronistische Justizialistische Partei, der Movimiento de Integración y Desarrollo (Bewegung für Integration und Entwicklung), der Partido Intransigente und die Christdemokraten an. Sie fordern die Aufhebung des Belagerungszustandes, politische Freiheit und die Respektierung der Menschenrechte. Darüberhinaus verlangen sie ein Mitspracherecht bei der Bestimmung des Nachfolgers von Viola, der 1984 den jetzigen Präsidenten ablösen soll. Viola und einige Minister haben sich seither zu mehreren Gesprächen mit Vertretern des Parteienbündnisses getroffen; bisher wurden allerdings noch keine Ergebnisse bekannt.

Innerhalb der peronistischen Partei hat sich eine Strömung gegründet, die Intransigencia Peronista (Peronistische Unnachgiebigkeit) nennt. Sie versteht sich als eine radikale peronistische Fraktion innerhalb der Partei. Sie spricht sich gegen einen Dialog mit der Regierung aus, wenn dieser nicht klar und eindeutig das Ziel hat, so schnell wie möglich einen Zeitplan zur Durchführung von freien Wahlen festzulegen. Diese Strömung ist es auch, die eng mit der CGT zusammenarbeitet. Beide vertreten den "linken" Flügel des Peronismus, der eine härtere Haltung gegenüber dem Militärregime vertritt als die anderen Parteien und Gewerkschaften. Allerdings wird wohl in nächster Zeit die politische Initiative bei dem weitaus dialogbereiteren Bündnis der Multipartidaria liegen, die hofft, daß das Militär infolge des Scheiterns der Wirtschaftspolitik eine Zusammenarbeit mit zivilen politischen Kräften in Zukunft eher in Betracht ziehen wird.

1) Vgl. LN 95

2) aus EL DIA, Mexico, 9.7.1981

weitere Quellen: EL Clarín, Día a Día, Frankfurter Rundschau, Financial Times, Latin America Weekly Report

Neutrale rot-weiß-rote Waffenschmiede

Erstaunlich ist die Schnelligkeit, mit der das sonst höchst bürokratische Österreich es diesmal geschafft hat, sein bedenkliches Waffengeschäft mit einer Militärdiktatur abzuwickeln. Am 16.6.1981 schloß das viertgrößte Industrieunternehmen Österreichs, die Steyr-Daimler Puch Werke, einen "Nachfolgeauftrag" über 57 Kürassier-Panzer für 3 Mrd. ÖS mit Argentinien ab. Am selben Tag gab es im österr. Fernsehen eine Diskussion über Rüstungsexporte, zu der Steyr Generaldirektor Malzacher (nebenbei auch Oberleutnant der Reserve und Präsident der Offiziersgesellschaft) wegen angeblichen Griechenlandsaufenthaltes merkwürdigerweise nicht erschien. In der Öffentlichkeit kursierten nur Gerüchte, und von einem Geschäft mit Argentinien wußten die Verantwortlichen nichts, bis am 19.6. Innenminister Lenczner das Exportansuchen als letzter unterzeichnete. Innerhalb von 2 Tagen war also der Exportantrag eingebracht, die Stellungnahme der anderen Ressortchefs eingeholt, die Lage in Argentinien geprüft, eine Endverbraucherbescheinigung aus Argentinien eingeholt und der Antrag genehmigt worden. Diesmal ist man besser koordiniert vorgegangen als bei den gescheiterten Panzer-Lieferungen an Chile vor einem Jahr. Seit damals lagen 200 Steyr-Panzer auf Eis und wurden zur Verunsicherung der Arbeiter benutzt. Der Widerstand hatte nur wenig Zeit. Der Vorsitzende der internationalen Transportarbeitergewerkschaft Prechtl protestierte als erster und kündigte Kampfmaßnahmen an. Sämtliche Jugendorganisationen aller demokratischen Parteien, sowie die Linke, Amnesty, Kirchen-, 3. Welt-, Friedens- und Frauengruppen sprachen sich gegen das Geschäft aus. Jedoch die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie hatten nur ein Achselzucken übrig, wußten sie doch, daß in ihren Reihen Argentinien nicht den gleichen Symbolwert wie Chile hat, man also diese Militärdiktatur als würdiger ausgeben konnte, und der Proteststurm ausbleiben würde. Die Finger dreckig machen ließ man sich die Arbeiter bei Steyr. Nachdem die SPÖ-Betriebsräte Pro-Unterschriften für das Argentinien-geschäft in den Betrieben gesammelt hatten, gingen am 23. Juli Teile der Arbeiter gewaltsam gegen die ca. 60-100 Rüstungsgegner vor, die mit einem auf die Geleise gestellten Auto den Abtransport verhindern wollten. Am 25. Juli waren die Panzer außer Landes und rollten weiter nach Thessaloniki, weil sich in Rijeka die Hafnarbeiter geweigert hatten, sie auf Schiffe zu verladen.



Auch dazu werden österreichische Panzer verwendet: Kürassiere im Einsatz gegen demonstrationen Studenten und Arbeiter während des Militärputsches in Bolivien 1982 (Foto: A. Rössler)

Ein großer Dienst am argentinischen Volk sind diese äußerst wendigen und schnellen Kürassier-Panzer, die sich in Bolivien bereits hervorragend im Straßenkampf gegen die Befreiungsbewegung und Opposition bewährt haben.

Die Argumentation der Verantwortlichen für das Geschäft ist bei der momentanen Wirtschaftslage und Entpolitisierung der Arbeiterschaft einfach. Rettung der Arbeitsplätze und Wahrung des Prinzips der bewaffneten

Neutralität, sind die fragwürdigen Phrasen.

Bei Steyr arbeiten rund 2500 Menschen in der Waffendivision und bei der verstaatlichten Vöest (Österreichs größter Betrieb) rund 300 Arbeiter am Kürassier-Panzer. Bereits 25% des Umsatzes der Steyr-Daimler Puch AG und 30% des Vöest-Alpine Umsatzes entfallen auf die Rüstungsproduktion. Österreichs Rüstungsindustrie liegt mit ca. 10 Mrd. ÖS. Umsatz im Jahr in der internationalen Liste von Waffenlieferanten schon an der 21. Stelle. Den Forderungen der Rüstungsgegner nach Umrüstung der Waffenschmiede auf zivile und soziale Güter, unter Hinweis auf Waffenexportklauseln und Neutralitätsbestimmungen im Staatsvertrag, antworten die Regierenden ebenfalls mit einer Auflage des Staatsvertrages: bewaffnete Neutralität. Österreich brauche eine eigene Waffenproduktion, ein Bundesheer, um genügend Material und Menschen im Kriegsfall zur Verfügung zu haben, bis die Hilfe aus dem Ausland komme (Lehre der Geschichte von 1938/39: die Hilfe kommt nicht). Und da derzeit nur 15% der eigenen Waffenproduktion für das Bundesheer Verwendung finden, sei man, um rentabel zu bleiben, auf Exporte angewiesen. Man brauche eben die Devisen und Profite, um die Arbeitsplätze zu sichern. Verschwiegen wird, daß heuer ein Großauftrag Algeriens über 100 Autobusse, und der Wunsch Israels 1000 Steyr-Motoren zu kaufen, von Steyr abgelehnt wurden. Panzer wurden auch nicht etwa Befreiungsbewegungen in Lateinamerika geliefert - die Neutralität erweist sich als höchst parteilich und profitgierig. Begründet wurde die Ablehnung mit der Zahlungsschwäche dieser Länder; verschwiegen wurde, daß Argentinien eines der höchstverschuldeten Länder ist, und heuer durch das deutsch-argentinische Atomreaktorengeschäft noch zusätzlich belastet ist.

Mit moralischen und humanitären Ansprüchen darf man im sozialen "Insel der Seeligen"-Land Österreich nicht mehr kommen - und so resümiert Vöest-Sprecher Summer, daß Österreich wohl seine Arbeiter beschäftigen, nicht jedoch die Welt ändern kann. Ein Grundsatz im internationalen Waffengeschäft, so Summer: "Wer eine Waffe will, der kriegt sie auch." Und - wenn mit dem Völkerrecht, Regierungsabkommen und Staatsvertrag irgendwie vereinbar - aus Österreich.



"Ein immer erdrückenderer "circulus viciosus" (Landesverteidigung - Bundesheer - Waffenproduktion - Waffenexporte) wird fragwürdig, wenn man bedenkt, daß nur ein geringer Prozentanteil der Steyr-Arbeiter den kapitalintensiveren Kürassier produziert und daß 1938 zur Landesverteidigung vom Bundesheer kein einziger Schuß abgegeben wurde." (1)

(1) EPT (Entwicklungspolitische Nachrichten) Heft 7/81 Wien

BRD — ARGENTINIEN

Bundesverdienstkreuz für einen Massenmörder

Am 30. Juni brachten die argentinischen Tageszeitungen die Meldung, daß der Botschafter der Bundesrepublik in Buenos Aires, Dr. Paul Verbeek, den stellvertretenden Leiter des argentinischen Informationsministeriums, Oberst Juan José Masi, mit dem Bundesverdienstkreuz im Rang eines Kommandeurs ausgezeichnet hat. Weiter hieß es, die Auszeichnung sei auf Veranlassung von Bundespräsident Karl Carstens erfolgt. Aber das Überraschendste an der Meldung ist, daß der Botschafter der BRD bei der Ordensverleihung erklärte, der argentinische Militär werde ausgezeichnet in Anbetracht "der Bemühungen Oberst Masis zur Festigung der Beziehungen zwischen beiden Ländern und der Verantwortung, die er bei seinen neuen Aufgaben übernommen hat, hauptsächlich im Hinblick auf die Verteidigung der absoluten Pressefreiheit."

Man kann sich kaum eine größere Verdrehung von Tatsachen vorstellen. Oberst Masi übt in der Diktatur das Amt des Zensors für die Presse und alle sonstigen Publikationen aus; ihm obliegt auch die Zensur des Kinos und des Theaters. Aber nicht nur das. Oberst Masi ist ein bekannter Massenmörder, der zwischen 1975 und 1978 - während der blutigsten Periode der argentinischen Geschichte - als Verbindungsoffizier zwischen den repressiven Kräften des Militärs und dem Generalstab diente.

In einem Protestbrief an Präsident Carstens erklärte die ARCO (Argentinienkoordination): "Allein schon die Tatsache, daß man mit der Auszeichnung eines demokratischen Staates einen Vertreter einer blutigen Diktatur ehrt, stimmt bedenklich. Daß man obendrein einen Mann auszeichnet, der auf diese Weise mit der Repression identifiziert ist, grenzt an reinen Sarkasmus."

Als Botschafter Verbeek die Verdienste von Oberst Masi um die "Festigung der Beziehungen zwischen beiden Ländern" lobte, da verschwiegen, wie diese Verdienste im Einzelnen aussahen: als Militärattache Argentiniens in der BRD - 1976 bis 1980 - betrieb Oberst Masi besonders aktiv den Abschluß des Vertrages über den Verkauf von Leopard I-Panzern und andere Waffengeschäfte zwischen der BRD und der Militärdiktatur.

Angesichts der Proteste der verschiedensten Teile der öffentlichen Meinung der BRD sah sich das Bundespräsidialamt zu folgender Erklärung veranlaßt: "Der argentinische Oberst Juan José Masi ist auf Vorschlag des Bundesministers des Auswärtigen ausgezeichnet worden." Der Sprecher des Auswärtigen Amtes seinerseits erklärte, über Masi seien in Bonn keine "negativen Erkenntnisse" vorhanden.

Damit war die Sache aber noch nicht erledigt. Das Bundespräsidialamt verlangte vom Außenministerium Aufklärung und das wiederum fragte bei Botschafter Verbeek in Buenos Aires um Aufklärung nach. Letzte Woche erklärte Carstens in einem Brief an den früheren argentinischen Senator Hipólito Solari Yrigoyen, der gegen die Auszeichnung protestiert hatte: "An dieser Ordensverleihung ist mehrfach Kritik geübt worden. Das Auswärtige Amt ist bereits um eine Überprüfung gebeten."

Das Ergebnis dieser Überprüfung ist der folgende Brief, den das FDCL vom Auswärtigen Amt erhielt:

"... mit der Verleihung des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland an den früheren Militärattache an der argentinischen Botschaft in Bonn, Oberst Juan José Masi, folgte die Bundesregierung einer internationalen protokollarischen Praxis, nach der Diplomaten einschließlich Militärattachés nach Beendigung ihrer in der Regel mindestens zweijährigen Dienstzeit - und sofern Gegenseitigkeit gegeben ist - mit dem Verdienstorden des Gastlandes ausgezeichnet werden."

Vor der Verleihung ist auch in diesem Fall die übliche Prüfung durchgeführt worden. Dabei haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, die gegen die Verleihung gesprochen hätten.

Vor seiner Tätigkeit als Militärattache in Bonn war Herr Masi von 1976 bis 1977 im Generalstab des argentinischen Heeres für Öffentlichkeitsarbeit zuständig. Von 1971 bis 1976 war er Dozent an der Militärakademie des Heeres.

Seit seiner Rückversetzung nach Argentinien im Januar 1981 ist Herr Masi Unterstaatssekretär im Sekretariat für Presse und Information der Präsidentschaft. Deshalb ist in einer von der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Buenos Aires herausgegebenen Presseerklärung darauf hingewiesen worden, daß unser Botschafter die Ordensverleihung auch zum Anlaß genommen hat, an die große Verantwortung zu erinnern, die Herr Masi in seinem neuen Amt insbesondere im Hinblick auf die Verwirklichung der Pressefreiheit trägt."

Offensichtlich hat sich die Deutsche Botschaft in Buenos Aires keine besondere Mühe gegeben, das tatsächliche Vorleben des Oberst Masi aufzuklären - aber das könnte ja auch möglicherweise die Verleihung argentinischer Orden an bundesdeutsche Diplomaten gefährden! Wer ist auch, daß ein Orden im Voraus verliehen wird, damit der Träger künftig als Oberzensor Argentiniens vielleicht einmal die Pressefreiheit einführt. Ob Botschafter Verbeek bei der Verleihung des Ordens den künftigen Verteidiger der Pressefreiheit wohl nach dem Verbleib der 117 verschwundenen argentinischen Journalisten gefragt hat?

BRD — BRASILIEN

Bundesdeutsche Marine: »Schutz«macht im Südatlantik

Während die norwegischen und dänischen Sozialdemokraten eine Beteiligung am NATO-Manöver "ocean venture 81" im Herbst ablehnten, weil lateinamerikanische Diktaturen einbezogen werden sollen, konnte es der Bundesrepublik gar nicht schnell genug gehen mit dem militärischen Vorstoß in den Südatlantik: bereits Anfang Juni fanden zwischen Rio und Fortaleza die ersten deutsch-brasilianischen Flottenmanöver seit 1936 statt.

Über ein Woche lang, vom 29. Mai bis 7. Juni, übten die deutschen Kriegsschiffe "Hamburg", "Lübeck" und "Glücksburg" mit der brasilianischen Marine im Südatlantik: Schießen, U-Boot- und Luftabwehr, Kommunikation und Austausch von Mannschaften. Bekannt wurden die ersten gemeinsamen Manöver seit der Zeit des Faschismus nur durch die Publicity-Sucht und das Aufwertungsbedürfnis der brasilianischen Militärs.

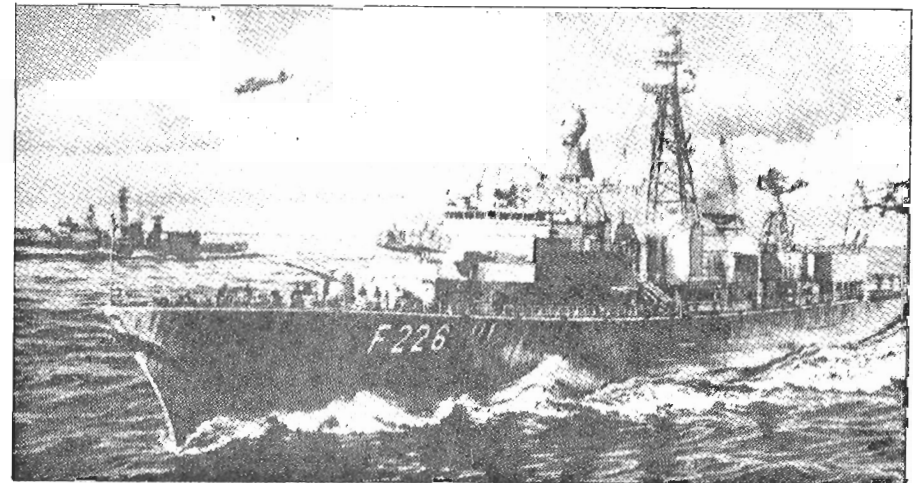
Eine Jubel-Meldung in der brasilianischen Zeitung "O Povo" aus Fortaleza, wo der Zerstörer "Hamburg" für drei Stunden zum Auftanken festmachen mußte (Überschrift: "Brasilianer und Deutsche vereinigen ihre Seestreitkräfte"), gelangte schließlich über das FDCL Berlin in die deutsche Presse (siehe Spiegel Nr. 33/1981). Das Verteidigungsministerium in Bonn reagierte verlegen: Es habe sich nicht um Manöver, sondern um "Ausbildungsübungen" gehandelt. Immerhin wurde so realistisch geübt, daß ein beteiligtes brasilianisches Flugzeug auf dem Wasser zerschellte und die Besatzung ums Leben kam ("O Povo", 8. Juni 1981). Für den Pressesprecher Hans Apels ist derlei militärisches Zusammenspiel "normal bei Staaten, zu denen volle diplomatische Beziehungen bestehen".

Ein kleiner Scherz unseres Verteidigungsministers (vielleicht möchte er ja auch mal mit der Volksmarine in der Ostsee) oder gar programmatische Formulierung eines neuen außenpolitischen Trends? Es gibt Anzeichen, daß der ökonomische Riese Bundesrepublik ein comeback als politische und militärische Weltmacht anstrebt.

Während Norwegen und Dänemark eine Teilnahme am Manöver "ocean venture" wegen der Einbeziehung lateinamerikanischer Terrordiktaturen und wegen Überschreitung des NATO-Gebiets ablehnten, wird die Bundesmarine mitmachen und mit Kriegsschiffen aus den USA, Argentinien, Uruguay und Brasilien in der Karibik kreuzen, (siehe "Spiegel" Nr. 34/1981). Die Übung fügt sich in eine Serie von Kraftdemonstrationen ein, die Reagan den renitenten Ländern der dritten Welt zugedacht hat - nach Libyen nun wohl Kuba, Nicaragua und Grenada. Sie ist aber vor allem Ausdruck der Bestrebungen, die sich gegenwärtig auf die Schaffung einer "Eingreifreserve Südatlantik" mit der Bezeichnung SATO (South Atlantic Treaty Organisation) richten. Das neue Bündnis, das die "harten Diktaturen" der Region einschließen wird, soll die "Lebenslinien Europas und der Bundesrepublik" (CDU-Politiker Kiep) sichern.

Seit der Machtergreifung durch nationale Unabhängigkeitsbewegungen in Angola und Guinea Bissau 1975 ist in den deutschen Medien die Rede von der Bedrohung der Öl- und Rohstoffverbindungen im Südatlantik durch Moskau und seine afrikanischen und karibischen Satelliten. Auf verschiedenen Strategie-Treffen, zuletzt im Mai 1981 in Buenos Aires wurde an einem regionalen Bündnis unter Einfluß der USA und Südafrikas gearbeitet. Gleichzeitig wurde der Aktionsradius der NATO erweitert - für westdeutsche Militärs und die mit dem Blut ihrer Völker befleckten Streitkräfte der Cono Sur-Staaten und Südafrikas eine willkommene Gelegenheit, sich international aufzuwerten und zu finanzieren.

In der Bundesrepublik mußte vorher noch politischer Ballast abgeworfen werden, der aus früheren Erfahrungen mit deutsch-nationaler Weltmachtpolitik resultierte. Dazu gehörten die Rüstungsbeschränkungen, die der Nachfolgestaat des Dritten Reiches mit Unterzeichnung der Verträge der Westeuropäischen Union 1954 eingegangen war. (Voraussetzung für die Zustimmung von Ländern wie Dänemark und Norwegen zur westdeutschen Wiederbewaffnung) Darunter der Verzicht, Kriegsschiffe von mehr als 3.000 to und U-Boote von mehr als 1.800 to Wasserverdrängung zu bauen.



Durchbricht alle Schranken: Bundeswehr-Fregatte F 122

Beide Schranken wurden schon im Juli 1980 auf deutsch-französische Initiative aufgehoben. Gleichzeitig hob der Bundessicherheitsrat die Begrenzung des Operationsradius deutscher Kriegsschiffe im Atlantik (höchstens 24 Fahrtstunden vom Skagerrak) ersatzlos auf.

Die deutsche Presse stimmt die öffentliche Meinung auf die neue Großmachtrolle ein: "Die Bundesrepublik zieht sozusagen endgültig den Kopf aus dem Sand und stellt fest, daß sie beträchtlich außereuropäische Interessen besitzt. Sie sind nicht weltumspannend, aber weltweit, sind nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch" (Frankfurter Rundschau, 19.5.81). Im Südatlantik, an den mit Brasilien, Venezuela, Südafrika und Zaire einige der rohstoffreichsten Länder der Dritten Welt grenzen, scheinen die deutschen Wirtschaftsinteressen besonders ausgeprägt und schutzbedürftig zu sein - was liegt näher, als sie gleich unter den Schutz deutscher Waffen zu stellen?

URUGUAY

Das Volk wurde nicht gefragt

Am 1. September 1981 hat der General Gregorio Alvarez das Amt des Präsidenten von Uruguay für dreieinhalb Jahre übernommen. Damit haben die regierenden Militärs einen vorläufigen Ausweg aus der Krise gefunden, die mit ihrer Niederlage beim Volksentscheid über eine neue Verfassung am 30. November 1980 begonnen hatte.

Gregorio Alvarez ist das, was man eine schillernde Figur nennt. 1971 wurde er als frischgebackener General mit der Leitung des Kampfes gegen die Stadtguerilla der Tupamaros in Montevideo beauftragt, erledigte diese Aufgabe mit militärischer Gründlichkeit und nutzte die mit Foltern erzwungenen Aussagen der Tupamaros, um Beweise für die Korruption der traditionellen Parteien und der Regierung zu sammeln. In einem Ultimatum vom Februar 1973 an die damalige Regierung des Präsidenten Bordaberry setzte er bei den Militärs einige Punkte (so eine Agrarreform) durch, die ihn als progressiv-nationalistisch erscheinen ließen. Nach dem Militärputsch vom Juni 1973 aber, an dem er als Präsident des Rates für Nationale Sicherheit aktiven Anteil nahm, war von diesen Reformen keine Rede mehr. Im Gegenteil fuhr Alvarez nach Chile, um die "neue Demokratie" des Diktators Pinochet zu feiern.

Sein zunächst unaufhaltsam erscheinender Aufstieg wurde 1977 gebremst, als er bei Beförderungen übergangen wurde. Dennoch verbrachte er sein letztes aktives Jahr beim Militär 1978/79 als Befehlshaber des Heeres. In den letzten beiden Jahren stiegen mehrere seiner Anhänger in die 21-köpfige Generalsjunta auf, die Ende Juli nach langen und erbitterten Beratungen beschloß, ihn für die begrenzte Zeit von dreieinhalb Jahren zum Präsidenten zu wählen. Die 23 zivilen Mitglieder, die außer der Junta noch zum Rat der Nation gehören, erhielten die Chance, mit dem Kopf zu nicken. Die stärksten Widersacher von Alvarez hatten sich zu Beginn des Jahres durch einen Finanzskandal selbst ausgeschaltet.

Gleichzeitig mit dem Präsidenten tritt ein 35-köpfiger Staatsrat sein Amt an, dessen Mitglieder zwar aus den traditionellen Parteien stammen, aber von den Militärs ausgesucht wurden. Das Volk wurde nicht gefragt.

Der Ausweg, den die uruguayischen Militärs auf diese Weise aus der Krise gefunden haben, in die sie durch die Niederlage beim Volksentscheid geraten waren, erscheint als sehr vorläufig. Dem neuen Präsidenten wird von allen Seiten Mißtrauen entgegengebracht: von den Massen der Bevölkerung, weil sie seine Beteiligung an der Organisation und Durchführung der Repression kennen, von der Oligarchie, weil er ihre Korruption genau kennt, und von den Militärs, weil sie ihn für so begabt und gerissen halten, daß er sich auf ihre Kosten zum Caudillo machen und seine Präsidentschaft verewigen könnte.

Die selektive Wiederzulassung der traditionellen Politiker zum politischen Geschäft schafft ein neues Dilemma: Wer mitmacht, stellt sich damit dem Nein entgegen, mit dem das Volk längst öffentlich auf die Militärdiktatur geantwortet hat. Die Linke ist zwar frei von diesem Dilemma, zahlt dafür aber mit dem Preis, daß sie weiterhin verfolgt wird.

HAITI

Selbst für Reagen zuviel?

Mit Strafen von 15 Jahren Zuchthaus für den christdemokratischen Parteiführer Silvio Claude und weitere 21 Oppositionelle hat die politische Repression unter dem Regime des auf Lebenszeit gewählten Präsidenten Jean-Claude "Baby Doc" Duvalier einen neuen Höhepunkt erreicht. Die Erbitterung der Bevölkerung, die Wirtschaftskrise und die Korruption der Herrschenden haben ein solches Ausmaß erreicht, daß selbst die US-Regierung Präsident Reagans dem Regime keine Unterstützung mehr angedeihen läßt.

Haiti, einst die reiche "Perle der Antillen", kann einen neuen Superlativ für sich buchen. Es besitzt die einzige rechtsgerichtete Diktatur auf der Welt, die nicht mehr von der Regierung des US-Präsidenten Ronald Reagan eindeutig unterstützt wird. Die Entwicklungs-Organisation der Vereinten Nationen UNDP hat kürzlich festgestellt, daß 155 (einhundertundfünfundfünfzig) Entwicklungshilfe-Organisationen tätig sind, um mit Programmen die Entwicklung dieses Landes, das zu den ärmsten der Welt gehört, zu unterstützen, daß aber alle diese Programme so gut wie keinen Effekt haben. Die eingehenden Dollars fließen bis auf den letzten Cent durch Korruption und Devisenschmuggel auf die Auslandskonten der wenigen Reichen. Der vom State Department ausgesandte General Vernon Walters, der gewöhnlich in bezug auf die Unterstützung von Diktaturen kaum Skrupel hat, kehrte Anfang des Jahres mit einem Bericht nach Washington zurück, der von Abscheu über das Ausmaß der Korruption geprägt war.

Baby Doc ist jedoch weit entfernt davon, kampfflos die Stellung zu räumen. Nach einer ergebnislosen Reise seines Finanzministers und des Zentralbankpräsidenten nach Europa richtete er Mitte August einen weiteren "verzweifelten" Appell an die ganze Welt, ihm mit weiteren Dollars aus der Patsche zu helfen und das Land so "vor dem Kommunismus zu bewahren". Das Schreckgespenst des Kommunismus, das sonst überall und ganz besonders in der Karibik ausreicht, auch die brutalsten Diktaturen zu Waffenbrüdern der USA im Kampf für die Freiheit zu machen, scheint aber in diesem Fall nicht auszureichen. Zu eindeutig ist, daß unter den vielen Oppositionellen innerhalb und außerhalb Haitis politische Figuren bereit stehen, die besser als Duvalier geeignet sind, die politische und wirtschaftliche Struktur des Landes den Bedürfnissen der Bevölkerung etwas und den Bedürfnissen des Auslandskapitals noch etwas mehr anzupassen und so der kaum drohenden kommunistischen "Gefahr" zu begegnen. Der in Caracas lebende Professor Leslie Manigat von den National-Fortschrittlichen Demokraten oder der nach New York verbannte christlich-soziale Parteiführer Grégoire Eugène sind solche Figuren, die das Vertrauen Washingtons genießen.

Um solchen Spekulationen zu begegnen, bleibt Duvalier als einziges Mittel eine ständige Verschärfung der Repression gegen die demokratische Opposition. Am 26. August wurden der Christdemokrat Silvio Claude und weitere 21 Oppositionelle, die seit November 1980 in Haft waren, zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.

PERU

Wenn die Kirche Terroristen heiligspricht...

Die Tatsache, daß auch in Peru Foltermethoden zur Einschüchterung von Gefangenen und zur Erpressung von Geständnissen in den Haftanstalten des Landes Gang und Gäbe sind, ist seit langem bekannt. So berichtete u.a. die peruanische Tageszeitung EL DIARIO im Mai dieses Jahres von Folterfällen in Cusco und Puno.

Das Außergewöhnliche der letzten Meldungen vom Juli 81 besteht darin, daß diesmal die Kirche offiziell durch Kardinal Landázuri Stellung bezog und die Foltermethoden verurteilt. Staatspräsident Belaúnde reagierte **vorerst** mit zynischen Kommentaren, negierte die Meldungen über Folterfälle und beschuldigte die Kirche, gemeinsame Sache mit den Terroristen zu machen. Ein Machtkampf zwischen Kirche und Staat wurde ausgetragen.

Zu den Vorfällen:

Am 1.7.81 veröffentlichte die Comisión Episcopal der Acción Social (CEAS: ein Zusammenschluß peruanischer Bischöfe unter Monseñor Bamarén) ein offizielles Kommuniqué, in dem die Kirche die Guardia Civil (militärische Einheit mit Polizeifunktion) anklagt, Foltermethoden anzuwenden. Angeführt werden die Fälle von:

- Edmundo Cox Beuzeville
- Francisco Bustamante Rodríguez
- Victoriano Mamani Cañahuire
- Pastor Chavez Tejada

Es handelt sich bei ihnen um Untersuchungshäftlinge, denen Verbindungen zu einer "terroristischen Vereinigung" (Sendero Luminoso) vorgeworfen werden. Um "Geständnisse" abzapressen, wurden sie so massiv physischer Gewalt ausgesetzt, daß der Gefangene Cox Beuzeville mit gebrochenem Oberarmknochen und Schulterblattverletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Ärztliche Atteste über die Brüche als Folgen der Folterungen liegen vor. Ebenso wurden Fotografien der Gefolterten und ihrer Verletzungen und persönliche Stellungnahmen veröffentlicht.

Am 5. Juli veröffentlicht EL DIARIO weitere Fälle von Folterungen aus den Polizeistationen von Ayacucho, Puno, Cusco, Sicuani und Andahuaylas. Es handelt sich um Foltermethoden wie Vergewaltigungen festgenommener Frauen, Eintauchen in Wasserbecken oder Exkreme bis fast zum Ersticken, Zufügen von Verbrennungen der Haut durch brennende Zigaretten, Prügel bis zur Bewußtlosigkeit der Betroffenen, usw.

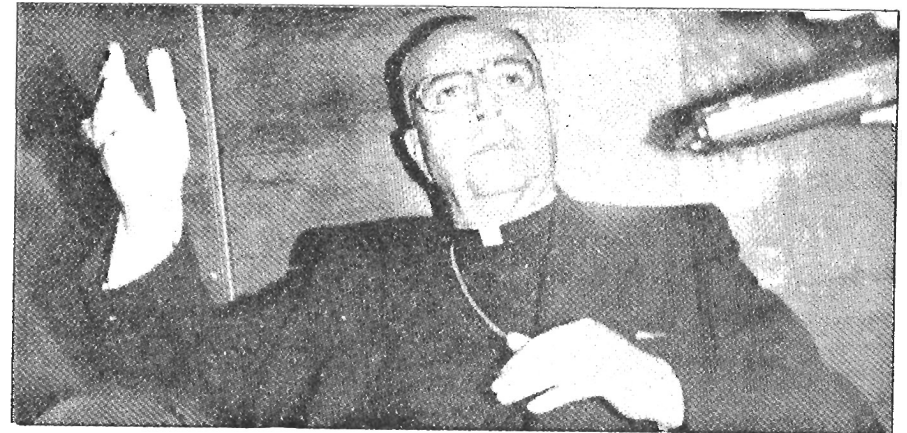
Am 6.7. bezieht Präsident Belaúnde offiziell Stellung zu diesen Vorwürfen, indem er sie als "Spekulationen" vom Tisch wischt und all jene, die von Folterungen in Peru sprechen, als Lügner bezeichnet.

Heftige Reaktionen im Land zugunsten der bischöflichen Stellungnahme (u.a. Stellungnahme aller linken Parteien und Gewerkschaften), Schlag-

zeilen in allen Presseorganen und Publizität in ausländischen Zeitungen, z.B. France Press, bestärken die Bischöfe in ihrer Veröffentlichung. Kardinal Landázuri, als oberste kirchliche Autorität, schaltet sich ein: "Ja, in Peru wird gefoltert!" Zeitungsüberschriften wie: "Lügt die Kirche oder lügt die Regierung?" heizen den Konflikt an. Die oberste Staatsanwaltschaft wird auf Grund der Anklagen der Kirche eingeschaltet, um die Folterfälle zu untersuchen.

Belaúnde stört's nicht; ihn "kostet es nur ein Lächeln, daß die Kirche Terroristen protegiert". "Wenn die Kirche Terroristen heiligspricht, werde ich für sie einen Rosenkranz beten," verlautet Belaúndes zynischer Kommentar.

Monseñor Bamaréns Reaktion auf diese unverschämten Unterstellungen ist die Veröffentlichung weiterer Beweise zu den Foltervorwürfen. Er erklärt, "daß es die Aufgabe der Kirche ist, ihre volle moralische Autorität zur Verteidigung der Menschenrechte einzusetzen, die in den angegebenen Fällen auf das Schärfste verletzt wurden." (8.7.81) Das Episkopat verurteilt geschlossen die ungerechten Verleumdungskampagnen Belaúndes gegen Kardinal Landázuri, der zur Zielscheibe der Regierungskritik geworden ist. (10.7.81)



Kardinal Landázuri bezieht Stellung

Erst am 13.7., als auch konservative Parteien wie z.B. die APRA und Teile der christlichen PPC Landázuri unterstützen, lenkt Belaúnde ein: "Er wollte die Kirche nicht verletzen: alles war nur ein Scherz!" Seine plumpe Ausrede: ohne Zweifel sei er falsch unterrichtet gewesen und natürlich müsse man diesen gemeldeten Fällen nachgehen. Zu guter Letzt beteuert der Präsident: "Wir (bezogen auf Landázuri) sehen uns doch ständig, seit frühester Kindheit sind wir enge Freunde."

Wollte man in Belaúndes Verhalten mehr als schlichte Dummheit sehen, kann man nur fragen: wie sicher fühlt sich der Präsident im Sattel? In einem Land, in dem die katholische Kirche noch so eine starke Position innehat wie in Peru, ist es nicht ratsam, sich mit ihr auf einen Machtkampf einzulassen.

Positiv zu sehen ist, daß durch die Veröffentlichung der Bischöfe, die den progressiven Flügel repräsentieren, auch Traditionelle bzw. sogenannte Liberale wie Kardinal Landázuri zur Stellungnahme gezwungen werden. Nur eine Kirche, die sich für die Einhaltung der Menschenrechte einsetzt, kann glaubwürdig sein.

GUATEMALA

Erklärung der Bischofskonferenz

Nach einer in den letzten Jahren zunehmenden Verfolgung von Priestern, Katecheten und anderen kirchlichen Mitarbeitern - allein im Jahr 1981 wurden mindestens 7 Priester durch das Militär oder durch Todeskommandos der Oligarchie ermordet -, wird die katholische Kirche Guatemalas in jüngster Zeit insgesamt der Zusammenarbeit und aktiven Unterstützung der Volksorganisationen und deren bewaffneten Verbänden beschuldigt. Diese gezielte Kampagne der Militärregierung dient einerseits dazu, die hohe Zahl an ermordeten kirchlichen Mitarbeitern nach außen zu rechtfertigen, andererseits soll die Kirche insgesamt verunsichert werden. Dies ist umso leichter möglich, als sie selbst politisch gespalten ist: der größte Teil der Basis und ein Teil der Bischöfe steht in klarer Opposition zum Regime, während einige höhere Würdenträger, allen voran Kardinal Casariego, mit der politischen Rechten des Landes sympathisieren.

Die folgende Erklärung der guatemalteken Bischöfskonferenz ist vor diesem Hintergrund zu sehen. Sie ist in vielen Aussagen weit weniger klar als z.B. ein Dokument der zentralamerikanischen Jesuitenoberen vom Beginn des vorigen Jahres. Innerkirchliche Taktik und das Bemühen um Ausgewogenheit bestimmen neben einem traditionell kirchlichen Sprachstil die Aussagen der Erklärung, die wir in wesentlichen Auszügen abdrucken.

...
(1) Mit einem ungewöhnlichen Aufwand hat man in den Kommunikationsmedien die Nachricht verbreitet, daß "zwei ausländische Priester", die als Kommandanten einer Gruppe Guerilleros fungierten, in einem Feuergefecht mit den Sicherheitskräften des Landes getötet worden seien. Als Beweis führt man die angebliche Aussage eines Sterbenden an. Unsere besondere Aufmerksamkeit wurde dadurch hervorgerufen, daß Sprecher des Militärs die beiden Personen wiederholt als "Priester" bezeichneten, während zivile Berichterstatte von "Laien" redeten. Wir stellen mit allem Nachdruck fest, daß die Herren Paul Joseph Leger (Kanadier) und Angel Martínez Rodrigo (Spanier) keine Priester waren und keinem religiösen Orden angehörten. Sie waren seit Jahren in unserem Land als freiwillige Mitarbeiter auf dem Gebiet der Sozialarbeit tätig. Obwohl sie während ihrer Tätigkeit als Laienmissionare verdienstvolle Arbeit geleistet haben, hatten sie seit einiger Zeit keine Verbindung mehr mit der pastoralen Arbeit ihrer jeweiligen Diözese.

(2) Große Verwirrung haben auch die in einer mexikanischen Zeitschrift veröffentlichten Erklärungen von Donald McKenna hervorgerufen, der einige Zeit als Priester in der Diözese Quiché tätig war. Diesen Erklärungen zufolge will er einer Guerrillagruppe angehören, die den "genauen Anweisungen eines Bischofs", nämlich des Bischofs Juan Gerardi, gehorcht. In diesem Zusammenhang müssen wir mit allem Nachdruck feststellen, daß ein Priester oder Ordensbruder, der den u.E. falschen Weg geht, sich einer politischen Bewegung oder einer subversiven Gruppe anzuschließen, nicht mehr zum Pastoralkörper gehört und die Kirchenleitung daher auch nicht für seine späteren Handlungen verantwortlich gemacht werden kann. Außerdem kennen wir die Haltung von Monsenor Gerardi Conedera; sein Handeln ist unzweifelhaft am Evangelium ausgerichtet und seine Treue gegenüber der Kirche ist nicht zu bezweifeln. Deshalb weisen wir mit allem Nachdruck die angeblichen Behauptungen von Donald McKenna zurück, mit denen versucht wird, den Bischof von Quiché und Vorsitzenden der guatemalteken Bischöfskonferenz zu diskriminieren.

...
(4) Als Bischöfe bedauern wir zutiefst, daß Personen, die auf die eine oder andere Weise an der pastoralen Arbeit der Kirche teilnahmen, sich entschlossen haben, den Weg des bewaffneten Kampfes zu gehen, um die ungeheuer großen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Probleme zu lösen, die unser Land quälen. Jede terroristische Aktion verdient unsere Verurteilung, und niemals können wir die moralisch unterstützen, die Terrorakte begehen ... In zahlreichen Dokumenten haben wir unsere Haltung in diesem Kontext deutlich zum Ausdruck gebracht; eine Haltung, die von der überwiegenden Mehrheit unserer Priester, Ordensleute und Mitarbeiter geteilt wird. Deshalb ist es ungerecht, die Kirche als Ganzes zu beschuldigen und zu verleumden, wenn einzelne ihrer Glieder ihre Entscheidungen treffen.

(5) Es ist an der Zeit, daß wir dem katholischen Volk Guatemalas und allen Menschen guten Willens einige Dinge zur Kenntnis geben, die die Beziehung zwischen uns und der Regierung erschweren und den Frieden in diesem Land verhindern.

a. Wiederholt haben wir Bischöfe von Guatemala Wege zu einem offenen, gelassenen und von gegenseitigem Respekt bestimmten Dialog mit den Regierenden unseres Landes gesucht. Der Dialog sollte dazu dienen, unklare Situationen zu klären, mögliche gegenseitige Mißverständnisse zu überwinden und mit vereinten Kräften das Wohl des guatemalteken Volkes zu suchen. Es ist schmerzlich, den Eindruck gewinnen zu müssen, daß unsere Bemühungen erfolglos geblieben sind. Auf unser Drängen hin haben uns Vertreter der Zentralregierung zugesagt, den zuständigen Bischof zu benachrichtigen und mit ihm eine alle Seiten zufriedenstellende Lösung zu suchen, wenn gegen irgendeinen unserer Mitarbeiter Verdacht vorliegt oder Anklage erhoben wird. Die guatemalteke Bischöfskonferenz hat darüber hinaus eine aus drei Bischöfen bestehende Kommission gebildet, und die Regierung hat zugesagt, mit dieser Kommission zu verhandeln, wenn Glieder unserer Kirche aus politischen Gründen in Konflikt mit den Behörden geraten. Bis heute ist die Dialogbereitschaft der Kirche praktisch nicht akzeptiert worden. Um unnötige Konflikte zu vermeiden oder bestehende zu lösen, versichern wir unsere weitere bestehende Dialogbereitschaft.

(b) Der Minister für Erziehung hat nach Angaben der Presse angekündigt, daß "alle Priester und Ordensleute durch die Regierung überprüft werden, um festzustellen, ob sie Kontakte zu extremistischen Gruppen haben" (El Diario vom 5.8.1981). Wir fürchten diese Überprüfung nicht - wenn sie objektiv und der Wahrheit verpflichtet durchgeführt wird. Aber wir verstehen sie als einen im höchsten Maße unfreundlichen Akt, mit dem versucht wird, der Kirche illegales Handeln nachzuweisen. Als Staatsbürger und als hier im Lande Ansässige wissen wir, daß wir die Gesetze Guatemalas zu beachten haben. Als Personen und Institutionen verwahren wir uns dagegen, dauerndem Mißtrauen und fortwährender Überwachung ausgesetzt zu sein. ...

(6) Allen, die sich als Christen verstehen, müssen wir mit aller Deutlichkeit sagen, daß die gegenwärtige Situation in Guatemala jeden einzelnen von uns dazu nötigt, sich über sein Christsein Rechenschaft zu geben, so wie es Jesus selbst fordert, wenn er uns sagt: "Niemand kann zwei Herren dienen" (Mt.6,24) und "wer nicht für mich ist, ist gegen mich" (Lk.11,23). Es ist unfaßbar, daß Katholiken, an der Messe teilnehmen und die Eucharistie feiern und sich gleichgültig verhalten, wenn Priester ermordet oder ihre Glaubensbrüder abgeschlachtet werden. Doch es gibt immer wieder Menschen, die diese Geschehnisse gutheißen und sich mit denen verbünden, die ihre Mutter, die Heilige Kirche verleumden. Wir erinnern in diesem Zusammenhang daran, daß jeder, der sich an einem Diener der Kirche vergreift, exkommuniziert wird. Die zukünftigen Generationen werden uns anklagen, wenn es durch unsere Indifferenz und Passivität dazu käme, daß unsere Kirchen geschlossen würden und jede Erziehungs- und Sozialarbeit der Kirche aufhören würde, wenn unser Volk verlassen umherirren würde wie Schafe ohne Hirten.

(7) Zu den schmerzlichen Ereignissen, die wir schon erwähnt haben, müssen wir ergänzend hinzufügen, was in den letzten Tagen geschah: Pater Francisco Stanley Rother aus der Gemeinde Santiago Atitlán ... wurde ermordet, und Pater Carlos Pérez Alonzo SJ ... wurde verschleppt. Wir verurteilen aufs schärfste diese jüngsten Gewalttaten und unterstreichen unsere Solidarität mit den Diözesen Sololá und Oklahoma. Den Brüdern des Jesuitenordens, die einer erbarmungslosen Verleumdungskampagne und fortdauernden Einschüchterungsversuchen ausgesetzt sind, sagen wir unsere Hilfe und Solidarität zu.

Wir können unsere dauernde Sorge um das Leben und die physische Unversehrtheit unserer Priester und Ordensleute und Lehrer nicht verhehlen. Die gegenwärtige Diffamierungskampagne gegen die Kirche, die Tatsache, daß - bis auf geringfügige Ausnahmen - die Verbrechen nicht verfolgt werden, rechtfertigt, ja ermutigt geradezu, daß gegen Mitglieder des Klerus und der religiösen Gemeinschaften Drohungen ausgestoßen und in die Tat umgesetzt werden.

Mitten in diesem unbarmherzigen Kampf, an dem auch die Großmächte dieser Welt teilnehmen, ist die Kirche, die sich allein der Rettung des Menschen verpflichtet weiß, macht- und schutzlos. Sie kennt keine andere Treue als die Treue zu Christus und zu ihren Brüdern. Wir haben keine Waffen, und wir wollen auch keine, denn wir schöpfen unsere Kraft aus einer anderen Quelle: "Jene verlassen sich auf Wagen und Rosse; wir aber denken an den Namen des Herrn, unseres Gottes" (Ps 20,8). Wir können uns keiner Machtmittel bedienen, damit man die Botschaft von der Erlösung hört und ihr gehorcht. Weil "die Wege Gottes nicht die Wege der Menschen sind", fühlen wir die rettende Gegenwart Gottes, des Herrn der Geschichte, auf den wir unsere Hoffnung gesetzt haben, umso deutlicher, je mehr wir selbst in unserer Menschlichkeit scheitern und an die äußerste Grenze unserer Kräfte gelangen.

Deshalb bitten wir nachdrücklich, daß sich Priester, Ordensleute und Gläubige in den Gemeinden, Gruppen, Schulen, religiösen Bewegungen und Familien zu Gebet und Fasten zusammenfinden: daß die Gläubigen häufiger von den Sakramenten der Eucharistie und der Beichte Gebrauch machen, daß sie täglich den Rosenkranz beten ... Das werden die nicht verstehen, die nicht glauben. Wir aber wissen, daß das Gebet wirksamer ist als alle Mächte der Hölle, und daß der Herr die nicht im Stich läßt, die an ihn glauben.

Aus dem Glauben verstehen wir, daß die Kirche in Guatemala eine Zeit der Gnade und der Hoffnung durchlebt. Die Verfolgung war immer ein Beweis für die Treue zu Christus und zu seinem Evangelium. Das Blut unserer Märtyrer wird der Same sein für neue und zahlreiche Christen. Es tröstet uns, daß wir durch unser Leiden einen Beitrag leisten dürfen zur Rettung dieser Welt (vgl. Kol.1,24). Wir Katholiken Guatemalas haben keine Angst und keinen Kleinmut.

Mit innerer Freude hören wir, daß Christus in dieser Stunde der Bitterkeit und des Leidens zu uns sagt: "Fürchte dich nicht, du kleine Herde" (Lk12,53) und "In der Welt habt ihr Angst, aber seid getrost, ich habe die Welt überwunden" (Joh. 16,33).

Bischofskonferenz von Guatemala, 6.8.1981

(Anm. Die Auslassungen sind sehr gering. Punkt 3 z.B. bezieht sich auf zwei Briefe, die in der Guatemalteken Presse erschienen sind, deren Inhalt aber nicht mitgeteilt wird.)

BUNDESREPUBLIK

KAS: Vorwärts in den Kalten Krieg!

In der Konrad-Adenauer-Stiftung, die sich bisher von der aggressiv rechtsorientierten Hanns-Seidel-Stiftung der CSU durch breite Beziehungen zu Christdemokraten aller Schattierungen in Lateinamerika abzuheben trachtete, macht jetzt ein Mann Karriere, der stramm auf Strauß-Kurs marschiert: Klaus Weigelt. Seine christliche Verantwortung als Protestant und Volkswirt läßt ihm keine Ruhe im Kampf gegen den Weltfeind Nummer eins, den Sozialismus aller Schattierungen.

"Christliche Verantwortung für eine humane Weltentwicklung. Lateinamerika, Kontinent der Entscheidung", so heißt ein Buch, das der Volkswirt und Soziologe, Theologe und Pädagoge Klaus Weigelt zusammen mit dem katholischen Politologen Professor Werner Münch 1981 auf den Markt gebracht hat. Das heißt, auf den Markt gebracht haben diese Anbieter der freien Marktwirtschaft das Buch eigentlich nicht; vielmehr wird es in einer Massenaufgabe von der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung an Lehrer und Schüler verteilt.

Münch und Weigelt machen keinen Hehl daraus, worin für sie die Entscheidung besteht, vor die Lateinamerika gestellt ist, und wofür sich Lateinamerika entscheiden sollte: Zwischen der freien Welt und den Kräften des Sozialismus hat Lateinamerika den Weg der freien Welt zu wählen. In diesem Sinne sollen Lehrer und Schüler, weil sie ja einmal zur Elite unserer Demokratie gehören werden, aktiv werden, aber natürlich so, daß kein Zugang zu einer vernünftigen Problemlösung blockiert wird wie etwa bei Boykottlösungen. Originalton: "Was unterscheidet denn eigentlich die heutige Lösung 'Kauft keine Früchte aus Südafrika!' von der Devise der Nationalsozialisten 'Kauft nicht bei Juden!'" (S. 52). Ja, was wohl? Da werden die Antirassisten sogar noch als gefährliche Rassisten entlarvt.

"In Lateinamerika gilt es, den Siegeszug des Kommunismus zu stoppen" (S. 70), das ist die Devise, der alle anderen Überlegungen unterzuordnen sind. Zu diesem Zweck entwerfen die Verfasser eine Entwicklungsstrategie, in der angeblich politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Strategien miteinander integriert sind.

Die politische Strategie beschränkt sich auf die Forderung nach einer von einer vernünftigen Elite getragenen bürgerlichen Demokratie, die sich vorteilhaft absetzen soll gegen "autoritäre Militärdiktaturen und marxistischen Totalitarismus" (S. 75). Worin besteht nun aber die Vernunft der Eliten? Die Antwort erhalten wir, wo es um die wirtschaftliche Strategie geht. Da wird dazu aufgefordert, an die Stelle einer zielorientierten Entwicklungspolitik, die auf Befriedigung der Grundbedürfnisse, Industrialisierung, Wachstum und Verteilung gerichtet ist, endlich eine ordnungspolitisch orientierte Entwicklungspolitik zu setzen, nämlich die, die dem Sozialismus entgegengesetzt ist. Zur einzig

vernünftigen Entwicklungspolitik wird auf diese Weise die Beseitigung aller Fesseln, die die freie Marktwirtschaft an ihrer vollen Durchsetzung hindern. Die autoritären Militärdiktaturen, die eben noch milde wegen ihrer Unterdrückung politischer Freiheiten kritisiert worden waren, erscheinen nun plötzlich als leuchtende Vorbilder, weil sie diese Ordnungspolitik konsequent betreiben, während sich "sozialdemokratische Populisten und Christdemokraten" durch "Fehlen von Sachkompetenz" und "sozialutopisches Wunschenken" hervortun und damit den Ansprüchen Friedrich August von Hayeks, der wieder einmal als Cheideinker des Antimarxismus gerühmt wird, nicht genügen. (S. 97, 115)

Der besondere Zorn der Verfasser gilt natürlich auch der Nord-Süd-Kommission Willy Brandts, weil sie erstens an zielorientierter Entwicklungspolitik festhalte, zweitens keine politischen Bedingungen für wirtschaftliche Zusammenarbeit stelle und drittens zu zeigen versäumt habe, daß der Nord-Süd-Konflikt nur als Teil des Ost-West-Konflikts begriffen werden darf.

Wer ist Klaus Weigelt?

Ist es schon ein Skandal, daß eine derartige Hetzschrift unter einem "human-christlich" erscheinenden Titel aus Steuergeldern gefördert und an den Schulen verbreitet wird, so wird die Sache noch schlimmer dadurch, daß sich Weigelt offenbar mit seinem Beitrag zu diesem Buch für den Posten des Leiters der Politischen Akademie Eichholz der Konrad-Adenauer-Stiftung endgültig qualifiziert hat. Seit 1975 war Weigelt als Landesbeauftragter der Stiftung in Caracas/Venezuela tätig und damit für die Zusammenarbeit mit der lateinamerikanischen Regionalorganisation der Christdemokraten ODCA zuständig. In dieser Eigenschaft pflegte er engste Kontakte zu Aristides Calvani, Generalsekretär der ODCA, ehemaliger Außenminister Venezuelas und heute Koordinator der "Hilfe" für das unterdrückerische Regime in El Salvador.

El Salvador liegt denn auch Klaus Weigelt besonders am Herzen. Als mehrere evangelische Pastoren im Januar 1981 in der Zeitung "El Nacional" in Caracas in einem Aufruf gegen die brutale Gewalt von seiten der Regierung El Salvadors protestierten, schrieb Weigelt sofort für das Gemeindeblatt der dortigen Auferstehungskirche eine scharfe Attacke. Zitat: "Die von den Pastoren vortragene Sicht stimmt (zufällig?) überein mit den Informationen der von Kuba abhängigen, marxistisch-leninistischen Terroristen, die in El Salvador morden." und weiter: "Jesus sagt: Alle, die zum Schwert greifen, werden durch das Schwert umkommen (Mt 26, 52). Analog kann man sagen: Alle, die politisch handeln, werden politisch beurteilt werden. Politisch sind die Pastoren 'trojanische Esel' des linken Terrors in El Salvador. Sie sind gefährlich."

Als darauf einige Antworten erschienen, entblöste Weigelt sein Politik- und Demokratie-Verständnis noch mehr: "Wenn ich für eine demokratische Lebensform bin, nehme ich nicht gegen jede Diktatur Stellung. Vielmehr suche ich Wege der Demokratieentwicklung bei den gegebenen Umständen, denn eine Demokratie erfordert vorbereitete Menschen, und die habe ich häufig in einer Diktatur noch nicht." Schließlich gibt es nach Weigelt "auch noch etwas anderes als Politik: es gibt - gottlob - noch politikfreie Räume. Und glücklich der Mensch, der sich in ihnen aufhalten kann, weil verantwortungsbewußte Leute Politik machen. Denn er kann im Vertrauen auf diese Leute sich von der Politik enthalten und 'neutral' bleiben." Bei Klaus Weigelt werden wir sicher nicht neutral bleiben.

Rezension

"Zwei nackte Füße ragten von der Ladefläche des kleinen Lieferwagens ... " — So der Anfang eines Polit-Thrillers der 'MALKO' Taschenbuchserie Nr. 45, die jenen vielleicht bekannt ist, die in letzter Zeit dazu verurteilt waren, auf öden Bahnhöfen am Kiosk die Zeit totzuschlagen. Und so hat dieser oder jener neben den literarischen Ergüssen der Liebes-, Western- und Krimigeschichten auch die Malko-Serie kennengelernt.

Monatlich berichtet diese Serie von höllischen, gar tödlichen, in jedem Fall aber gehetzten Missionen, Agenten, Guerillas und — sieh an — Waffen für Nikaragua!

Unter dem Titelaufreißer 'Terror in El Salvador', beseelt mit einer abenteuerlich-dunklen, offensichtlich keimfreien, dafür aber kalt bewaffneten Titeldaugenweide gewisser Frauenstereotypie, gerät nun dann der adelige, gewalthassende CIA-Agent Malko in schlüpfrige Schlingen seiner zutiefst verkommenen 'Firma'. Der ehemalige Kollege und nun gejagte Enrico Chaco ging bisher seinen sadistischen Mordgelüsten an der salvadorianischen Opposition nach und suchte sich in den herrschenden Militärsetzen seine Aktionsfreiheit, — gefürchtet und geliebt. Mit zunehmender Seitenzahl steigt nicht nur die Zahl der Opfer, sondern sinkt gleichermaßen das Vertrauen des Lesers in alle auftauchenden Romanfiguren. Doch Malko rückt unbeirrt dem Sadisten langsam auf die feuchte Haut, tragisch garniert von seinen Bettpartnerinnen, die den Verräter- oder Heldentod zu sterben haben. Die Schlingen des CIA scheinen in tiefster Hinterhältigkeit auch Malko selbst würgen zu wollen. Wo sitzt der Verräter?

Fazit: Ein schamlos benutzter, aber heldenhafter Malko, eine ebenso dumme wie ungeschickt arbeitende Linke und das undurchsichtige (Zusammen-) Spiel der Geheimdienste, die das tatsächliche Weltgeschehen gestalten. Wo ist bloß das Volk geblieben? Immerhin: Eine moralische Säuberung des CIA steht bevor, die Linke ist der Prügelknabe der Militärs und ihrer Helfershelfer, und die Lebenssituation der Salvadorianer ist schier unerträglich. Unter bestimmten Blickwinkel ist Band 45 dieser Taschenbuchserie eine zwar nur niveaugebundene, aber im Machtspiel durchaus reale Schilderung der Lebenssituation — mit der sich Geschäft machen läßt. Schade nur, daß Held Malko schließlich seinen Enthüllungsbericht an nur ' ganz wenige, hochgestellte Mitarbeiter des CIA schickte. Ob er dort wohl an der richtigen Stelle liegt? Oder wollte Herr Gerald de Villiers als Autor des Werkes uns den CIA in seiner geistig-personellen Renaissance als wieder salonfähig präsentieren?





Nun ist es ja nicht nur so, daß die Redaktion sich nur auf das Schreiben beschränkt. Hie und da tauchen dann und wann zeichnerische Arbeiten auf, die auch ihren Sinn und Zweck erfüllen sollen.

Die vorliegende Arbeit ist eine malerische Reaktion auf eine Reise, die auch durch El Salvador führte (LN 89). Von Postkartenlandschaft bis zu Menschen hin, deren Haltung, Ausdruck und vor allem - Augen all das ausdrücken, was sich so schwer schreiben läßt.

Eine mehr direkte und vordergründige, aber ebenso penetrante, visuelle Darstellung von dem, worüber auch hier so viel geschrieben wird:

von Unterdrückung und Gewalt



" El pueblo exige la libertad de los presos politicos" -
(Das Volk fordert die Freiheit der politischen Gefangenen)
Titel dieser Arbeit und Parole an so vielen Häuserwänden.

Pulver- und Acrylfarben auf Presspappe
dreiteilig; Gesamtformat 560 x 200 cm
1981

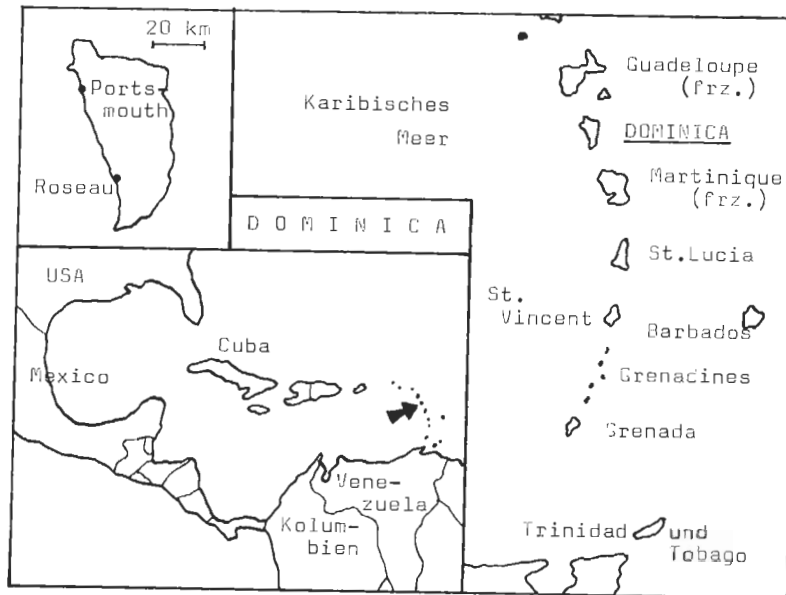
Wer an Leihgabe oder Kauf dieser Arbeit interessiert ist (es ist daran gedacht 10% des VP für den Befreiungskampf in El Salvador zu überweisen), setze sich bitte mit
Klaus KoBak, Wartburgstr. 4, 1000 Berlin 62, 030/7845487
in Verbindung.

DOMINICA

Ein zweites Grenada in der Karibik?

Dominica, nicht zu verwechseln mit der "Dominikanischen Republik", gehört zur Gruppe der sogenannten Windward-Islands der westindischen Antillen und liegt etwa 500 km nördlich der Küste Venezuelas (siehe Grafik). Sie ist die größte der vier Inseln dieser Gruppe, zu der außerdem die ehemals britischen Besitzungen St. Lucia, St. Vincent und das seit zwei Jahren befreite Grenada samt den Grenadines gehören.

Wie die anderen Inseln ist auch Dominica vulkanischen Ursprungs und daher sehr fruchtbar. Hinzu kommt, daß über 350 Flüsse durch den auch in der Trockenzeit ständig fallenden Regen das ganze Jahr über Wasser führen und damit Dominica zur "grünen Insel" der Karibik machen, zu einem Meer von Bananenstauden, Kokospalmen, Mango-, Grapefruit-, Zitronen- und Mandelbäumen. Touristisch ist es der weniger zahlreichen weißen Strände wegen bei weitem noch nicht so erschlossen wie die Nachbarinseln, obwohl die derzeitige rechtskonservative Regierung einige Anstrengungen unternimmt, dies zu verändern.



Die englische Kolonialherrschaft hat dem jungen Staat eine Bananenmonokultur hinterlassen wie dies beispielsweise auch in den mittelamerikanischen "Bananenrepubliken" der Fall ist. Auch in Dominica wird der Bananenmarkt, der etwa 80% des Gesamtexports ausmacht, von einem multinationalen Unternehmen beherrscht, der englischen "Geest-Industries". Von nur untergeordneter Bedeutung ist der Kokos- und

Kakaomarkt sowie die Verarbeitung von Mango-, Guave- und Zitrusfrüchten, obwohl jährlich Früchte in der Größenordnung von mehreren zehntausend Tonnen ungenutzt verfaulen. Die "Geest-Industries" zahlt den dominikanischen Bauern derzeit 19 EC-cents (ca. 14 Pfennig) für das Pfund (454 g) Bananen, welche die Bauern in etwa neunmonatiger mühseliger Handarbeit bis zur Ernte pflegen. In den "boxing-plants" (Verpackungsstationen) werden dann viele der angelieferten Bananen wegen geringfügiger Flecken zurückgewiesen, so daß nur ca. 60% der jeweiligen Ernte auf das Schiff nach Europa kommt; der Rest verrottet ungenutzt. Da die Bananen grün geerntet werden und fast ausschließlich für den Export bestimmt sind, müssen die wenigen reifen Früchte vergleichsweise teuer bezahlt werden.



Bananenverladung in Portsmouth (Dominica)

Zweiwöchentlich werden die Bananen von Containerschiffen der "Geest" nach Europa verschifft. Von dort kommen dann mit den gleichen Schiffen Kunstdünger und hochgiftige Pflanzenschutzmittel nach Dominica zurück, mit denen nicht nur die Bananenstauden behandelt werden. Die Bauern müssen diese Chemikalien kaufen sonst nimmt ihnen die Firma die Bananen nicht ab. Wie überall in Lateinamerika werden diese in USA und Europa längst verbotenen Insektizide entweder von den Bauern selbst in Rucksackbehältern manuell versprüht oder direkt von der Firma mit Sprühflugzeugen über den Bananenpflanzungen abgeladen. Die Piloten öffnen dabei die Düsen der DDT-Tanks oft schon beim Anflug über den Dörfern und verseuchen damit gleichzeitig Menschen, Tiere und pflanzliche Nahrungsmittel. Das von den Dächern der Häuser mit dem nächsten Regen heruntergewaschene Pflanzengift wird von der Bevölkerung in vielen Fällen sogar wieder als Trinkwasser konsumiert weil die Gefährlichkeit dieser Chemikalien von den für deren Anwendung verantwortlichen Stellen bewußt verschwiegen wird. Die katastrophalen gesundheitlichen Schädigungen, wie sie seit Jahren schon beispielsweise unter mexikanischen Landarbeitern zu beobachten sind (1), sind bereits heute voraussehbar.

Verheerende Verwüstungen richtete 1979 der Hurrikan "David" an, der eine ganze Jahresernte vernichtete, zahlreiche Kokosplantagen verwüstete (eine Kokospalme trägt erst nach etwa sieben Jahren die ersten Früchte) und zahllose Menschen obdachlos machte. Er veränderte das Leben auf der Insel schlagartig; die Preise stiegen überproportional und viele Arbeitskräfte verließen und verlassen noch immer das Land, um ihren Lebensunterhalt auf den Nachbarinseln zu verdienen. Die meisten Bauern leben von den Niedrigstlöhnen, die ihnen "Geest" für den Bananenanbau zahlt, die unzähligen Tagelöhner verdienen sich gelegentlich den Großgrundbesitzern für weniger als 10 EC-Dollar (ca. DM 7.50) für einen 12 bis 14-Stunden Arbeitstag.

Die kinderreichen Familien (zehn Kinder pro Familie sind keine Ausnahme) haben meist nicht das Notwendigste an Proteinen in der täglichen Nahrung, denn auch der Fischreichtum der Karibik kommt eher den französischen "Départements" Guadeloupe und Martinique zugute, weil die einheimischen Fischer dort das Dreifache dafür bekommen wie auf Dominica. Die Folge sind Mangelerscheinungen und Krankheiten, für die es nur eine unzulängliche ärztliche Versorgung gibt. Gemüseanbau ist infolge mangelnder Informationen über Anbaumethoden- und Möglichkeiten nur wenig verbreitet. In der Hauptsache werden kohlenhydratreiche Pflanzen wie dashing, yam und tanya angebaut, die, ähnlich Kartoffeln, gekocht werden und zusammen mit importiertem Reis die Grundnahrungsmittel darstellen.

Das nach englischem Muster errichtete Schulsystem ist zwar einigermaßen gut ausgebaut, es fehlen aber vor allem qualifizierte Lehrer (in den unteren Klassen unterrichten meist ältere Schüler). Die Bildungsinhalte sind entsprechend den Lehrplänen der rechtsorientierten Regierung reaktionär-konservativ und verbreiten, wie die vom katholischen Bischof herausgegebene einzige Tageszeitung Dominicas, die heile-Welt-Vorstellungen des als Vorbild gepriesenen "american way of life". Amerikanische Prediger zahlreicher Sekten (wie Baptisten, Methodisten, Christian Science etc.) ergänzen diese einseitig anti-kommunistisch und pro-imperialistisch ausgerichtete Indoktrination der Bevölkerung in Bibelstunden und über den Rundfunk.

Die wenigen Verkehrsverbindungen sind nach wie vor in einem katastrophalen Zustand und die Regierung unternimmt trotz massiver Hurrikan-Hilfe vor allem aus den arabischen Staaten so gut wie nichts, um diese Schäden zu beseitigen. Öffentliche Verkehrsmittel gibt es keine; der Personen- und Warentransport wird überwiegend mit privaten Verkehrsmitteln (LKW, Pick-ups) durchgeführt, deren Besitzer vergleichsweise hohe Fahrtkosten verlangen, um sich die teuren Fahrzeuge und die hohen Treibstoffkosten leisten zu können.

Die Verwaltungsberufe sind den loyalen Mulatten in der Hauptstadt Roseau (ca. 25 000 Einwohner) vorbehalten, das Business wird nach wie vor von der dünnen weißen Oberschicht vornehmlich aus England, in geringerem Maße aus Frankreich und den USA beherrscht. Das Gros der Jugendlichen, die in den nächsten Jahren die Schulen verlassen werden, erwartet Arbeitslosigkeit, denn auch der Arbeitsmarkt auf den anderen Inseln wird zunehmend kritischer. Bereits heute sind fast drei Viertel der Bevölkerung unter 20 Jahre alt; dieser Anteil steigt, denn der Kinderreichtum nimmt zu.

So gewinnt auch auf Dominica die von Jamaica ausgehende Rastafari-Bewegung zunehmend an Sympathie vor allem unter der bewußter werdenden Jugend. Der musikalische Ausdruck dafür ist der aus allen Kofferradios tönende Reggae der Bob Marley, Jimmy Cliff und Peter Tosh sowie die immer lauter werdende Forderung nach Legalisierung von Marijuana. Infolge der massiven Propaganda von Staat und Kirche stoßen die Aktionen der bewaffneten Guerilla zwar auf scharfe Ab-

lehnung in weiten Teilen der erwachsenen Bevölkerung; die Jugendlichen, vor allem im nördlichen Teil der Insel (Portsmouth) sowie in der im Süden gelegenen Grand-Bay-Area zeigen aber bereits unverhohlene Sympathie für den bewaffneten Kampf.

Anfang Februar 1981 haben die "Dreads", wie die Rastas ihrer lang-eingerollten Locken wegen genannt werden, einen der reichen Weißen aus der Hauptstadt Roseau in die Berge entführt, um im Austausch die Freilassung zweier zum Tode verurteilten Genossen zu erzwingen. Die Regierung unter Premierministerin Eugenia Charles von der konservativen "Freedom-Party" verhängte daraufhin den Ausnahmezustand über den Inselstaat und setzte damit entscheidende, verfassungsmäßig garantierte Rechte außer Kraft. Die Polizeiaktionen gegen die mißliebigen Rastafari wurden erheblich verstärkt und führten unter dem Vorwand der Terrorismus-Bekämpfung zu brutalen Übergriffen auf die Bevölkerung. Zur Bekämpfung der in der unzugänglichen Bergregion im Landesinnern vermuteten Guerillaeinheiten wurden nach Augenzeugenberichten französische Kampfhubschrauber aus den benachbarten Martinique und Guadeloupe eingesetzt. Amerikanische CIA-Agenten, getarnt als Peacecorps-Mitglieder oder Sekten-Prediger, koordinieren die psychologische Kriegführung und bereiten die Bevölkerung über die regierungsamtlichen Medien auf den eventuellen Einsatz amerikanischer Spezialeinheiten vor, sollte der Ausnahmezustand eine revolutionäre Entwicklung wie vor zwei Jahren in Grenada nicht verhindern können.

Im Zusammenhang mit der politischen Umwälzung in Frankreich könnte die geografische Lage Dominicas zwischen Guadeloupe und Martinique erstmals von Vorteil sein sofern Mitterands beabsichtigter Kurswechsel in Frankreichs Politik gegenüber den Staaten der Dritten und Vierten Welt auch in der Karibik Früchte zeigt und die bislang praktizierte gute französisch-amerikanische Zusammenarbeit bei der Bekämpfung karibischer Befreiungsbewegungen beendet wird. In der Geschichte war die kleine Insel immer ein Spielball der Kolonialmächte gewesen: insgesamt viermal wechselte sie den Besitz zwischen Frankreich und England, nachdem sie erst 1750 von den Franzosen gegen den erbitterten Widerstand der karibischen Ureinwohner erobert worden war. Heute leben noch etwa 1500 Nachfahren dieses ehemals wehrhaften Volkes auf Dominica, weniger als 100 sind jedoch reinrassige "Caribes", die letzten die es auf den Antillen noch gibt. 1898 wurde Dominica von den Engländern zur "Kronkolonie" deklariert und 1967 ein sogenannter "British Associated State", quasi autonom innerhalb des Commonwealth. Erst am 3. November 1978 wurde es als selbständiger Staat "in die Unabhängigkeit entlassen".

Geografisch gesehen ist Dominica mit ca. 750 km² mehr als doppelt so groß wie Grenada. Die Einwohnerzahl wird augenblicklich auf etwa 80000 geschätzt. Über die politische Entwicklung Dominicas seit seiner Unabhängigkeit 1978 dürfte am ehesten ein Interview mit Rosie Douglas (2) Aufschluß geben, dem Generalsekretär der marxistisch-leninistisch orientierten "Democratic Labour Party (DLP)" Dominicas. Die DLP, die auch weitgehend die Unterstützung der Rasta-Bewegung hat, ist derzeit die einzige Oppositionspartei, die mit zwei Abgeordneten im Parlament vertreten ist. Als stärkste Partei einer Mehr-Parteien-Koalition stellte sie 1979 mit O.J. Seraphine den Premierminister; Rosie Douglas war während dieser Zeit als Senatsmitglied de facto Außenminister, ehe er auf Druck der USA hin abgelöst wurde und die Wahlen vom Juli 1980 einen Erdrutschsieg für die konservative "Freedom-Party" brachten. Die Gründe dafür sind ebenfalls dem nachfolgenden Interview mit Rosie Douglas zu entnehmen.

Bis zu den nächsten Wahlen in vier Jahren hat der Imperialismus noch Zeit, sich über seine Marionettenregierung der Machtmittel Kirche, Rundfunk und Presse quasi legal zu bedienen, um das dominikanische Volk vor den "Gefahren des Weltkommunismus" zu bewahren. Politiker wie Rosie Douglas, die die karibischen Verhältnisse aufgrund ihres jahrelangen Kampfes für Unabhängigkeit und Freiheit dieser Region am besten kennen, geben der jetzigen Regierung aber maximal noch zwei Jahre, ehe sie völlig abgewirtschaftet und den letzten Rest an Unterstützung innerhalb der Landbevölkerung verloren hat. Dominica könnte dann nach Cuba, Grenada und Guyana der vierte fortschrittliche Staat innerhalb des karibischen Raumes werden, sofern eine für diesen Fall drohende Intervention der USA dies nicht verhindert. Es bedarf daher schon jetzt unserer solidarischen Unterstützung für die demokratischen Kräfte dieser kleinen Insel, mag sie uns auch noch so unbedeutend erscheinen. Die Signalwirkung, die bereits die Revolution im noch kleineren Grenada vor zwei Jahren für die Menschen in der Karibik hatte, darf aber keineswegs unterschätzt werden.

Interview mit dem Generalsekretär der "Democratic Labour Party (DLP)" Dominicas, Rosie Douglas, vom 17.3.81 (Kurzfassung):

Mr. Douglas, als Sohn eines der reichsten Männer Dominicas sind Sie Mitbegründer der linksorientierten "Democratic Labour Party". Wie kamen Sie dazu?

R.D.: Ich wurde zu Beginn des zweiten Weltkriegs in eine relativ wohlhabende Familie geboren. Schon von meinen frühen Schuljahren an entwickelte ich allerdings ein kritisches Bewußtsein hinsichtlich der inhumanen Mechanismen des Kolonialismus und war während meiner High-School-Ausbildung in verschiedenen anticolonialen Jugendorganisationen tätig gewesen.

Meine Universitätszeit in Kanada war geprägt vom Kampf gegen Rassismus und nationale Unterdrückung. Ich arbeitete in mehreren demokratischen Organisationen, die sich gegen Apartheid und Kolonialismus wandten und wurde 1969 im Zusammenhang mit meiner anti-imperialistischen Tätigkeit verhaftet und für insgesamt zwei Jahre inhaftiert. In Ketten wurde ich schließlich 1976 nach Jamaica deportiert. Von diesem Zeitpunkt an arbeite ich praktisch ausschließlich für den Kampf um nationale Befreiung als Voraussetzung für eine sozialistische Revolution in dieser Region.

Dominica war bis zu seiner Unabhängigkeit 1978 Teil des Britischen Empire. Können Sie einen kurzen Überblick über die politische Entwicklung der letzten Jahre geben?

R.D.: Im Juni 1979 wurde die Labour-Regierung unter Premierminister Patrick Joyn gestürzt, weil sie der Kollaboration mit südafrikanischen Verbindungsmännern beschuldigt worden war. Die Joyn-Regierung wurde durch eine Interim-Administration ersetzt, die alle Oppositionsparteien umfasste. Premierminister wurde O.J. Seraphine, der Führer der DLP, die die führende Rolle dieser Koalition innehatte. In dieser Krisensituation entstand die "Democratic Liberation Movement Alliance (DLMA)", deren Charakter grundsätzlich anti-imperialistisch war, die durch die große Bandbreite ideologischer Orientierung in ihrer Effektivität jedoch begrenzt war. Mangelnde Zusammenarbeit auf einheitlicher Basis war schließlich Ursache erheblicher Differenzen über strategische und taktische Positionen, was kurz vor den Parlamentswahlen im Juli 1980 zur Spaltung der DLMA führte und die demokratischen Kräfte entscheidend schwächte. Unmittelbare Folge war der Wahlsieg der pro-imperialistischen "Freedom-Party". Die Situation nach diesen Wahlen ist nun gekennzeichnet von einer In-

tensivierung des nationalen Befreiungskampfes. Der Prozeß der Klassentrennung ist fortgeschritten und die Freedom-Party-Regierung sieht sich zunehmend isoliert von der Bevölkerung einschließlich der eigenen Basis. Dieser Prozeß ist nicht aufzuhalten, da der kapitalistische Lösungsversuch für die neokoloniale Krise die sozialen Widersprüche nicht aufheben kann.

Die Wahlen vom Juli 1980 brachten, wie bereits erwähnt, einen Erdrutschsieg für die rechte Freedom-Party (FP). Was führte im einzelnen zu diesem eklatanten Rechtsruck?

R.D.: Bei den ersten Wahlen nach der Unabhängigkeit gewann die FP 17 der 21 Parlamentssitze, 2 Sitze fielen an die DLP, 2 weitere an unabhängige Kandidaten, die sich dann aber der FP anschlossen. Der überwältigende Sieg der FP war möglich geworden weil

- sie vereint blieb, während sich die übrigen Stimmen aufteilten auf: DLP (22%), Labour (15%), DLMA (7%) und Unabhängige;
- die FP erhebliche Unterstützung durch den US-Imperialismus erhielt, die vom US-Botschafter in Barbados, Sally Shelton, übermittelt wurde;
- die Gewerkschaften, durch finanzielle Geschenke geködert, die FP unterstützten;
- die Seraphine-Administration einige unverzeihliche Fehler machte; am eklatantesten war ihre politische Ambivalenz und daraus resultierend die Entlassung mehrerer progressiver Senatoren auf Druck der USA und Frankreichs.

Welche Rolle spielt die einzige Tageszeitung Dominicas, "The New Chronicle", apostrophiert als das "Gewissen der Nation" und wer steckt dahinter?

R.D.: Der "New Chronicle" ist seit über dreißig Jahren die einzige Tageszeitung Dominicas. Sie wird vom Bischof der katholischen Kirche herausgegeben und hat durch ihre religiöse Orientierung eine gewisse Reputation innerhalb der Bevölkerung. In enger Zusammenarbeit mit der lokalen Bourgeoisie versucht die Kirche mithilfe dieses Blattes ein Bellwerk antikommunistischer und imperialistischer Propaganda zu errichten. "The New Chronicle" verbreitet als deren Sprachrohr auch die Weltanschauung der rechtsorientierten Sektion des lokalen Klerus und der karibischen "Conference of Churches".

Dominicas Hauptexportartikel sind Bananen. In Mittelamerika ist der Bananenmarkt fast völlig unter der Kontrolle der nordamerikanischen "United Brands" (früher "United Fruit Company"). Wie sieht es diesbezüglich in Dominica aus?

R.D.: Der Bananenmarkt Dominicas wird wie der Zentralamerikas durch ein multinationales Unternehmen, die "Geest-Industries" kontrolliert. Diese Unternehmen hat seit mehr als dreißig Jahren unsere Bananen aufgekauft und auf dem europäischen Markt vertrieben. Ihr Monopol erlaubt es der Firma, die Preise nach Belieben zu diktieren. Es ist in diesem Zusammenhang wichtig zu erwähnen, daß Dominica Mitglied des "Caribbean Common Market (CARICOM)" ist, der als regionale Einrichtung vom Imperialismus geschaffen wurde und kontrolliert wird. Mehr als 30% des karibischen Handels wird zwischen der Region als Gesamtheit und den ehemaligen kolonialen Metropolen abgewickelt. Exportiert werden in der Hauptsache Rohstoffe, Zucker und Bananen; entsprechend stammen alle Fertigwaren, die in der Region konsumiert werden, aus den Industriestaaten. Heute betreiben die multinationalen Unternehmen der Metropolen Zweigwerke innerhalb des CARICOM-Bereichs und nutzen so die "liberalen" Austauschbedingungen, um ihre Produkte zu verkaufen, indem sie Niedrigstlöhne zahlen und große Summen Kapitals aus der Region exportieren.

Auch in Dominica gibt es mittlerweile eine bewaffnete Widerstandsbe-
wegung, die in jüngster Zeit durch spektakuläre Aktionen für Schlag-
zeilen sorgte. Wie stehen Sie zu Notwendigkeit und Berechtigung des
bewaffneten Befreiungskampfes innerhalb des karibischen Raumes?

R.D.: Bewaffneter Kampf ist ein notwendiger Teil der nationalen Be-
freiungsrevolutionen. Seine Notwendigkeit hängt natürlich von den
objektiven und subjektiven Gegebenheiten in jedem Land ab. In Latein-
amerika und in der Karibik war und ist er vielerorts der einzige Weg
zur Befreiung der unterdrückten Massen (z.B. Nicaragua, El Salvador,
Grenada). Der Imperialismus unterstützt offen diese Unterdrückung
durch seine Marionettenregimes in dieser Region und fordert dadurch
den bewaffneten Widerstand geradezu heraus. Es ist die Gewalt wirt-
schaftlicher und sozialer Unterdrückung, die die Menschen zwingt,
sich zu verteidigen. Der bewaffnete Kampf ist eine Defensivmaßnahme
zur Verteidigung der Menschlichkeit, die hier seit Jahrhunderten mit
Füßen getreten wird.

Welche Informationen haben Sie über Aktivitäten des CIA in Dominica?

R.D.: Der CIA operiert überall in der Karibik. Seine Aktivitäten ha-
ben sich entsprechend dem Anwachsen revolutionärer Entwicklungen
während der letzten Jahre wesentlich verstärkt. Dominica als das un-
terentwickeltste Land mit einer zunehmend breiter werdenden anti-
imperialistischen Bewegung und demzufolge das für revolutionäre Ak-
tivitäten "anfälligste" genießt seit geraumer Zeit die besondere
Aufmerksamkeit des CIA. Bislang geschah die insbesondere durch die
US-Botschaft in Barbados, durch die "Inter-American-Foundation",
verschiedene Hilfsprojekte wie z.B. das "American Institute for Free
Labour Development (AIFLD)", durch Infiltration von Gewerkschafts-
führung, Polizei und Armee sowie durch bezahlte Agenten, die über
das Peacecorps oder als Prodigier obskurer Sekten oder einfach als
Geschäftsleute und "Berater" eingeschleust werden.

Hatte bzw. hat die Revolution in Grenada irgendwelche Auswirkungen
auf die politische Entwicklung innerhalb des karibischen Raumes?

R.D.: Die Revolution in Grenada war ein Meilenstein im Befreiungs-
kampf der Menschen in der englischsprachigen Karibik. Sie erschüt-
terte den Glauben, daß parlamentarische Demokratie nach westlichem
Muster der einzig gangbare Weg sei. Diese vom britischen Imperialis-
mus geschaffene Struktur zur Verteidigung seiner Klasseninteressen
wurde durch ein System von Volksherrschaft ersetzt, das in Grenada
schrittweise ausgebaut wird. Die Revolution in Grenada hat ihre Wurzeln
im langen und opferreichen Kampf der karibischen und lateiname-
rikanischen Völker gegen Sklaverei und Kolonialismus. Es ist die
Fortsetzung des Kampfes, den Simon Bolivar, José Martí und Che Gue-
vara begonnen hatten. Natürlich war diese Revolution ein Schlag ins
Gesicht des Imperialismus, da seine Signalwirkung die ganze Region
erfaßte. Der Imperialismus hat nicht länger das Monopol in diesem
Raum. Es gibt eine Regierung, die für die unterdrückten Massen der
karibischen Völker sprechen kann. Grenada folgt Cuba und Nicaragua
in der Verbreitung neuer Horizonte des Sozialismus innerhalb dieser
Hemisphäre.

Wie würde Ihrer Ansicht nach der US-Imperialismus mit Ronald Reagan
an der Spitze auf eine revolutionäre Veränderung der Situation in
Dominica reagieren?

R.D.: Präsident Reagan hat sich durch seinen antikommunistischen
Kalter-Kriegs-Kreuzzug offen auf militärische Intervention festge-
legt, um den Sieg progressiver Kräfte in dieser Region zu verhindern.

Wir sind jedoch überzeugt, daß Intervention nur dort erfolgreich
sein wird, wo es keine ausreichende breite Unterstützung für die
fortschrittlichen Kräfte gibt. Die Geschichte zeigt, daß jede
fremde Einmischung an der nationalen Einheit aller demokratischen
und patriotischen Kräfte scheitern wird, wie hoch auch immer der
Preis und wie unvorstellbar die Opfer sein mögen (siehe Vietnam,
Angola, Algerien, Nicaragua usw.). Dies unterstreicht die Wichtig-
keit ideologischer Führung, disziplinierter Organisationen und brü-
derlicher Verbündeter, um einen solchen Kampf erfolgreich zu beste-
hen.

Brauchen Sie die Unterstützung durch anti-imperialistische Gruppen
in Westeuropa und haben Sie bereits irgendwelche Kontakte zu Komit-
tees, die die Befreiungsbewegungen in Lateinamerika und der Karibik
unterstützen?

R.D.: Die Unterstützung und die Solidarität demokratischer Kräfte
in den Metropolen ist eine notwendige Ergänzung jedes Kampfes für
nationale Befreiung in seinen Anfangs- und fortgeschrittenen Pha-
sen. Es ist offensichtlich, daß Mittel/Südamerika und die Karibik
in diesem Jahrzehnt eine wesentliche Rolle im weltweiten Kampf ge-
gen den Imperialismus spielen werden. Viele der Avantgard-Organi-
sationen sind noch im Anfangsstadium dieses Kampfes und brauchen
die Solidarität der sozialistischen Staaten und der Unterstützungs-
komitees in den kapitalistischen Ländern. In Dominica hatten wir
zwar immer Kontakt zu nordamerikanischen Gruppen, doch an Kontakten
zu europäischen Organisationen mangelt es bisher. Es erscheint mir
deshalb wichtig, Beziehungen zu westeuropäischen Organisationen und
fortschrittlichen Parteien anzuknüpfen und Informationen über die
Situation im karibischen Raum weiterzutragen. Solche Beziehungen
wären von gegenseitigem Interesse, da eine zunehmende Aktivität
westeuropäischer Unternehmen in der Karibik zu verzeichnen ist. In
gleichem Maße ist ein Ansteigen des Tourismus aus Westeuropa, be-
sonders aus Westdeutschland, zu beobachten. Die gegenwärtige Phase der Entwicklung in dieser Region ist sehr
wichtig, um die Grundlage für eine sozialistische Revolution zu
legen. Während der Imperialismus in den vergangenen Jahren schwere
Rückschläge hinnehmen musste, bedeutet das Wiedererstarken reakti-
onärer Elemente besonders in den USA eine ernsthafte Gefahr für
die revolutionären Bewegungen nicht nur im karibischen Raum.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. "Stern" Nr. 24 vom 4.6.81, S. 72 ff.
- 2) Rosie Douglas ist gleichzeitig Vorsitzender der "Northern District
Agricultural Processing Cooperative Society (NDAP)", einer Koope-
rative von ca. tausend Bauern, die im Norden der Insel den Bau ei-
ner Konservenfabrik plant, um zum einen der Verschwendung hochwer-
tiger Früchte wie Mangos, Guavas und Grapefruits ein Ende zu setzen
und zum anderen über 150 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Ein aus-
führlicher Wirtschaftsplan ist bereits erstellt, es fehlen aller-
dings die notwendigen Investitionsmittel, um ein derartiges Projekt
ohne Beteiligung amerikanischer Firmen durchzuführen. Ende April 1981 hat R. Douglas Frankreich, England und die BRD be-
sucht, um neben politischen Gesprächen auch entsprechende Verhand-
lungen mit verschiedenen Organisationen zu führen. Als technischer
Berater der Kooperative wäre ich über wertvolle Hinweise bezüglich
potentieller Geldgeber sowie über Spenden für dieses Projekt außer-
ordentlich dankbar:
J. Walter, Litzenhardtstr. 1, D-7500 Karlsruhe; Konto-Nr. 1.354.159
Badische Beamtenbank Karlsruhe (Stichwort: Dominica-Hilfe).

EL SALVADOR

Zur Situation der Flüchtlinge

Im folgenden drucken wir eine Studie des Rechtshilfeamtes des Erzbistums von San Salvador ab, die im März dieses Jahres fertiggestellt wurde.

Die offizielle Repression, die das salvadoreanische Volk erlebt, hat eine lange und schmerzliche Geschichte in unserem Land.

Jeder Salvadoreaner hat wenigstens einen Bruder oder Schwester, Gatten oder Ehefrau, Sohn oder Tochter oder einen anderen nahen Verwandten, der ermordet, gefangen genommen wurde, der verschwand oder von den Sicherheitsorganen gefoltert wurde. Die Regierungsjunta hat vergeblich versucht, das Volk einzuschüchtern, indem sie die Bevölkerung rücksichtslos massakrierte. Die grausame Repression reicht von der Ermordung von Alten, Frauen und Kindern bis zum Niederbrennen bescheidener Hütten, dem Abschlagen von Haustieren, dem Diebstahl von Geld und Lebensmitteln und zur Zerstörung jeglicher Art von Habe. Der Gipfel der Barbarei wurde erreicht, als Kirchen beschossen und die heilige Eucharistie entweiht wurde - Symbole der Religiosität unseres Volkes.

Die Repression betrifft alle Sektoren des salvadoreanischen Volkes. Und infolge dieser Repression in der Stadt und auf dem Land sahen sich Tausende von Arbeitern, Bauern, Studenten, Lehrern, Mitgliedern von kirchlichen Gemeinden, Priestern und Nonnen gezwungen, aus ihrem Heim zu fliehen und / oder ihre Arbeitsplätze zu verlassen.

Angeichts der Verschärfung der Repression und der straffreien Verletzung der Menschenrechte in unserem Land, haben Tausende von Salvadoreanern Zuflucht in anderen Ländern gesucht. Dies ist das bekannte Problem der "externen" Flüchtlinge. Diese Menschen haben sehr große Probleme, weil man ihnen nicht den offiziellen und international anerkannten Status von "Flüchtlings" zugestanden hat. Diese Schwierigkeiten sind allerdings geringer als die Angriffe und die sonstigen Widrigkeiten, denen die Flüchtlinge innerhalb des Landes ausgesetzt sind. Flüchtlinge denen es nicht gelungen ist, die Grenze zu überschreiten. Wir bezeichnen die Flüchtlinge, die in El Salvador bleiben müssen als "interne" Flüchtlinge. (...)

Die Flüchtlinge - innerhalb und außerhalb unserer Grenzen - sind in der Mehrheit einfache Bauern, die bei der Flucht aus ihrer Gemeinde ihr Stückchen Land aufgeben mußten und nun ohne Haus, ohne Arbeit, ohne Nahrungsmittel, ohne Kleidung sind.

Diese bittere Wirklichkeit der Repression enthüllt die Demagogie der "Reform"projekte der Regierung, insbesondere der Agrarreform, die auf nationaler und internationaler Ebene breit publiziert wurde. Dieses demagogische Projekt ist nichts als eine Fassade, die die Morde und die unbarmherzige Menschenjagd auf dem Lande - betrieben von den Sicherheitsorganen, dem Heer und Mitgliedern von ORDEN - verbergen soll. Für die salvadoreanischen Bauern hat diese "Reform" nur die gewaltsame Vertreibung von ihrem Land, die Flucht in die Berge, das Niederbrennen ihrer Hütten und Maisfelder, Massaker und Tod bedeutet. Das Agrarprojekt war und ist also ein Vorwand, eine

und dient einem unerreichbaren Ziel: der Zerschlagung der starken und gut organisierten Bauernbewegung in El Salvador.

Externe und interne Flüchtlinge

a) EXTERNE FLÜCHTLINGE

Es sind dies die Tausende von Salvadoreanern, die die Grenze unseres Landes überschritten haben, um dem von der Junta ausgelösten Terror zu entkommen. Die Mehrheit von ihnen befindet sich in den übrigen zentralamerikanischen Ländern und Mexiko, wo sie den größten Überlebensschwierigkeiten ausgesetzt sind.

Ihr Hauptproblem ist die Zuerkennung des Status als "Flüchtlinge".

Dabei muß man bedenken, daß die Mehrheit dieser Menschen nur über sehr geringe finanzielle Mittel und geringe berufliche Spezialisierung verfügt, was die Suche nach Arbeit erheblich erschwert. Der Flüchtlingsstatus würde ihnen die Suche nach einer Beschäftigung zur Sicherung eines minimalen und menschenwürdigen Auskommens erleichtern.

Für Honduras gibt die Hohe Kommission der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (ACNUR) die offizielle Zahl von 19 000 Flüchtlingen an. Die tatsächliche Zahl ist 60 000. Die Mehrzahl sind Bauern. Sie sind notdürftig an der Grenze zu El Salvador untergebracht. Aber die Lebensbedingungen und die Verfolgungen, denen sie trotz ihres Aufenthaltes außerhalb von El Salvador ausgesetzt sind, erschweren ihnen die Abwicklungen der entsprechenden amtlichen Prozeduren zur Erlangung des Flüchtlingsstatus.



Küche in einem Flüchtlingslager in San Salvador

In Nicaragua werden die Flüchtlinge am besten betreut und auf offizieller Ebene empfangen. Trotz der schweren Wirtschaftsprobleme, die das Bruderland bei seinem Wiederaufbau hat, werden die salvadorianischen Flüchtlinge direkt von den Vereinten Nationen über das Sozialministerium betreut. Allen wird der Flüchtlingsstatus gewährt. Die nicaraguanische Regierung stellt ihnen Räume für ihren Aufenthalt, bzw. Wohnraum, Nahrungsmittel, Medizin und Kleidung zur Verfügung. Außerdem werden ihnen - da sie Bauern sind - auf Hacienden und Bauernhöfen Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten zugewiesen. Für Arbeiter gibt es Projekte für Heimwerkstätten für Schneider, Schuhmacher und Tischler. In Nicaragua gibt es ca. 10 000 Flüchtlinge.

In Costa Rica sind die Flüchtlinge in der Mehrzahl Angestellte, Studenten oder kleine Händler. ACNUR gibt offiziell die Zahl von 4 000 Flüchtlingen an. Die tatsächliche Zahl liegt bei 20 000. Die Regierung von Costa Rica weigert sich, ihnen den Flüchtlingsstatus zuzuerkennen und verhindert außerdem, daß unsere Landsleute Solidaritätsaktionen für die Sache des salvadorianischen Volkes durchführen.

In Panama werden die Flüchtlinge vom Christlichen Solidaritätskomitee für El Salvador betreut. Die Regierung hat ihnen einige Räume zur Verfügung gestellt, obwohl auch hier das Problem der Anerkennung des Flüchtlingsstatus besteht. Die tatsächliche Anzahl von Flüchtlingen in Panama liegt bei 15 000.

Viele Salvadoreaner sind auch nach Mexiko und Belize geflohen. ACNUR nennt für Mexiko die offizielle Zahl von 4 000 Flüchtlingen, in Wirklichkeit liegt die Zahl bei 70 000. In Belize leben 10 000 Flüchtlinge. In beiden Ländern haben die Salvadoreaner Schwierigkeiten mit der Anerkennung als Flüchtlinge.

b) INTERNE FLÜCHTLINGE

Ausschließlich zum besseren Verständnis werden wir die internen Flüchtlinge in drei Kategorien einteilen:

Zur ersten Kategorie gehören Bauern, die von den Streitkräften evakuiert wurden, und deren Familienangehörige Elemente des Heeres, der Sicherheitsorgane einschließlich der paramilitärischen regierungsfreundlichen Terrororganisationen sind. Diese "Flüchtlinge" wurden frühzeitig von der Regierung gewarnt, daß in ihrer Zone Militäroperationen - "Säuberungsoperationen", wie die Regierung sagt - bevorstehen. Diese Familiengruppen - ihre Zahl beträgt zwischen 10 000 und 15 000 - werden in verschiedenen Orten versorgt, wie z.B. in Guazapa, La Bermuda, Suchitoto, Perquin, etc. Sie kommen aus verschiedenen Orten und genießen den Schutz der Regierung, der zivilen und militärischen Autoritäten sowie des salvadorianischen Roten Kreuzes und des Internationalen Roten Kreuzes. Sie erhalten Gemüse, andere Lebensmittel, Medikamente und Kleider, die durch Schenkungen von verschiedenen Regierungen und humanitären Organisationen ins Land gelangen.

Die zweite Kategorie setzt sich aus der bäuerlichen Zivilbevölkerung zusammen, die vor den Militäroperationen flieht, die in ihren Wohngebieten durchgeführt werden. Diese Menschen fliehen in andere ländliche Gebiete nur mit ihren eigenen Mitteln und unter größten Mühen, auf der Suche nach Schutz in den Häusern anderer Bauern. Diese Flüchtlinge kommen aus ständigen Konfliktzonen wie Chalatenango, San Vicente, Morazan, Cinquera, etc. Sie bilden die große Mehrheit der Flüchtlinge innerhalb des Landes. Sie erhalten Hilfe von der katholischen Kirche und humanitären Organisationen wie Caritas und der Salvadoreanischen Ökumenischen Gesellschaft für Humanitäre Dienste und Hilfe (A.S.E.S.A.H). Ihre Zahl überschreitet 100 000.

Die dritte Kategorie von Flüchtlingen umfaßt diejenigen, die nach San Salvador gekommen sind, nachdem sie alles verloren hatten - die Angehörigen und die materiellen Güter in ihren Wohngebieten. Sie sind in Räumen des Erzbistums untergebracht und werden von diesem und der Salvadoreanischen Ökumenischen Gesellschaft und der Caritas versorgt. Ihre Zahl schwankt je nach Umständen zwischen 3 000 und 4 000. Die Mehrheit gehört ländlichen christlichen Gemeinden an. Auf diese Gruppe von Flüchtlingen werden wir uns im Folgenden beziehen:

Lebensbedingungen in den Flüchtlingslagern von San Salvador

Zurückblickend bestand die erste Notsituation, der wir uns stellen mußten, im massiven Exodus von Bauern, die - durch die barbarischen und blutigen Militäroperationen der Streitkräfte in ihren Wohngebieten gezwungen - von Landkreis zu Landkreis, von Dorf zu Dorf zogen, bis sie zur Hauptstadt kamen. Das Datum ihres Aufbruchs stimmte nicht zufällig mit dem Datum von blutigen repressiven Aktionen und militärischen Aktionen überein.

Besonders stark stieg die Zahl der Flüchtlinge seit dem 7. März 1980, dem Tag der Verkündung der Agrarreform. Zu diesem Akt der Verkündung der Agrarreform war der Märtyrer Erzbischof Oscar A. Romero eingeladen worden; er weigerte sich, daran teilzunehmen, weil er der Ansicht war, daß dieses Projekt auf dem Rücken des Volkes entworfen worden war und einem oligarchisch-imperialistischen Plan entsprach, der viel weitgehender war, als daß er sich hätte zusammenfassen lassen mit der Parole: Reformen - Repression. "Nichts werde diesen Reformen nutzen, wenn sie mit Blut erkaufte werden", klagte der Prophet an.

Das Dekret über die Agrarreform und das Dekret über die Verhängung des Ausnahmezustandes wurden die juristischen Instrumente, die dazu dienten, die Repression gegen das Volk zu decken und zu legalisieren, die sich - nach den unserem Büro vorliegenden Daten und Beweisen - bereits in einen wahrhaftigen und abscheulichen VÖLKERMORD verwandelt hat.

Seit dem ersten Exodus der Bauern in die Hauptstadt vereinbarten einige christliche Gruppen und Institutionen, bei der Suche nach einer direkten Lösung des Flüchtlingsproblems gemeinsam vorzugehen. Man begann - vor allem auf internationaler Ebene - Geld, Kleider, Gemüse und Medikamente zu sammeln.

Die erste Flüchtlingsgruppe kam - wie bereits gesagt - am 7. März 1980 ins Erzbistum von San Salvador. Es waren 32 Menschen, die aus Cinquera, Departement Cabanas, kamen. Einige Tage später kam eine zweite Gruppe aus der Siedlung Monte San Juan, Departement Cuscatlan. Dann kam eine dritte Gruppe aus Cojutapeque.

Der Zustrom von Flüchtlingen zur Erzdiözese war so groß, daß er nach fünf Tagen bereits 800 Menschen überschritt. Sie kamen aus den Departements, die in jener Zeit von der Repression am härtesten betroffen waren: Cuscatlan, Cabanas und Chalatenango. Bald kamen hunderte von Flüchtlingen aus allen Teilen des Landes nach San Salvador.

Angeichts des immer größeren Flüchtlingsstroms stellte die Erzdiözese weitere Räumlichkeiten zur Verfügung. (... Es folgt eine Aufzählung der Pfarren etc., in denen Flüchtlingslager eröffnet wurden, Anm. d. Red.) Weitere Gebäude könnten als Zuflucht dienen, aber die Angst vor der Repression oder die Unsicherheit in diesen Räumen hat den Zugang zu ihnen verhindert.



Improvisierter Unterricht in einem Flüchtlingslager in San Salvador

Die Lebensbedingungen in den von der Erzdiözese San Salvador zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten sind unmenschlich. Die Ernährung ist beschränkt auf zwei Rationen Tortilla und Bohnen pro Tag, was zu einer gefährlichen Unterernährung führt. Dadurch sind bis heute 19 Flüchtlinge gestorben. Die Wasserknappheit erzeugt schwere hygienische Probleme: Auftauchen und Ausbreitung von Krankheiten, fehlende Sauberkeit, schlechte Zubereitung von Speisen etc.

Hinzu kommt, daß die Mehrheit der Flüchtlinge (...)provisorisch unter den Bäumen oder in offenen Fluren und unter freiem Himmel schlafen muß - ohne Schutz vor Kälte, Wind und Regen. Denkt bitte daran, daß fast alle Flüchtlinge Alte und Kinder sind.

Die Gesamtheit der Flüchtlinge leidet unter schweren moralischen und psychischen Problemen infolge der schweren Lebensumstände und besonders infolge des Terrors, der in ihrem Denken stets präsent ist und gegen den sie - wie sie sehr gut wissen - keine Garantie haben, selbst wenn sie sich unter dem tatsächlich oder derzeit scheinbaren Schutz der Kirche befinden.

Außerdem ist es für einen Bauern schwierig, in einem Gebäude zu leben, ohne frei aus- und eingehen zu können; dies geht deshalb nicht, weil die Zivilagenten der Sicherheitsorgane, die die Flüchtlingslager ständig überwachen, eine Gefahr für die Flüchtlinge darstellen. Bei mehr als einer Gelegenheit wurde diese potentielle Gefahr zu kaltblütigem Mord oder zur ungerechtfertigten Festnahme.

Alle Flüchtlinge möchten gern nach Hause und an ihre Arbeitsplätze zurückkehren, weil sie sich gegen diese totale Abhängigkeit wehren. Die Repression aber, die in den Zonen herrscht, aus denen sie kommen, macht die Erfüllung dieses Wunsches unmöglich.

Ein weiteres Problem besteht darin, daß alle Personen, die die Flüchtlinge betreuen, selbst Opfer der Repression sind. Einige Ärzte, die regelmäßig die Flüchtlingszentren besuchten, wurden festgenommen. Andere wurden bedroht. Die Festnahme, Folterung, Vergewaltigung und Ermordung der vier US-amerikanischen Nonnen durch die Sicherheitsorgane war zum Teil Ergebnis ihres großartigen Einsatzes für die Flüchtlinge. Die Festnahmen und Angriffe, die die Geschäftsführerin der Caritas der Erzdiözese, Frau Carmen Gonzales, sowie vier Angestellte dieser kirchlichen Institution erlitten haben, sind die jüngsten Beispiele der Verfolgung, die die Regierungsjunta gegen alle Personen durchführt, die die Flüchtlinge unterstützen.

Wir möchten hier auch auf die Darstellung Bezug nehmen, die der Ingenieur Duarte in der nationalen Radio- und Fernsehkette und in der Presse abgegeben hat. Dieser Herr hat "angezeigt", daß die Flüchtlingszentren "Lager des Guerrillatrainings" seien, "daß in den Flüchtlingszentren Waffen und Munition versteckt werden" und "daß die Subversiven, die Guerrillaaktionen durchführen, aus den Flüchtlingszentren kommen".

Mit dieser Kampagne - mit dem größten Zynismus betrieben und auf Lügen aufgebaut - rechtfertigt die Regierungsjunta die Räumung des Zufluchtsortes Domus Mariae am 16. Februar dieses Jahres, rechtfertigt sie die Militarisierung, die Plünderungen und die willkürliche Festnahme von Flüchtlingen. Aber schlimmer noch: sie bereitet damit die Bedingungen vor, um in Zukunft noch massivere Vergehen gegen die Flüchtlinge rechtfertigen zu können.

Repression gegen Flüchtlinge

- kombinierte Kräfte dringen in das Gebäude von Domus Mariae, Mejicanos ein (20.8.1980)
- kantonale Militärpatrouillen besetzen den Lagerraum der Caritas der Erzdiözese in Aguilar (6.10.1980)
- beim Verlassen des Refugiums Domus Mariae, Mejicanos wurde der Flüchtling Francisco Antonio Castilla Hernandez, 22 Jahre alt, von Zivilagenten festgenommen. Sie nahmen ihn in unbekannter Richtung mit. (6.10.1980)
- Das Heer besetzt das Refugium Domus Mariae, Mejicanos (10.10.1980)
- Besetzung von Domus Mariae, wobei versucht wird, die noch intakten Reste des Senders der Erzdiözese von San Salvador zu zerstören (Okt. 1980)
- die Umgebung des alten Gebäudes des Erzbistums von San Salvador wird von geheimnisvollen Fahrzeugen besetzt, in denen bewaffnete Leute sind, die mehrere Personen, die aus dem Gebäude kommen, Personen, die ins Gebäude hineingehen und Betreuer der Flüchtlinge festnehmen (3. - 9.11.1980)
- Männer in Zivil dringen gemeinsam mit Angehörigen des Heeres und der Sicherheitsorgane unter dem Kommando von nordamerikanischen Militärs gewaltsam in den Zufluchtsort der Schule San Jose de la Montana ein. Verhören, bestehlen, bedrohen und schlagen mehrere Flüchtlinge. (19.11.1980)

- Elemente der Sicherheitsorgane und der Nationalgarde nehmen drei nordamerikanische Nonnen fest, vergewaltigen, foltern und ermorden sie und eine Laienmissionarin derselben Nationalität. Die Schwestern Ida Ford und Maura Clark vom Orden Maryknoll arbeiteten mit den Flüchtlingen in Chalatenango. Die Schwester Dorothy Kazel des Ursulinerordens und die Missionarin Jean Donovan arbeiteten mit den Flüchtlingen von Zaragoza, La Libertad. (3.12.1980)
- In den frühen Morgenstunden umzingeln ein Panzerfahrzeug, Elemente des Heeres und der Nationalpolizei das Flüchtlingslager der Schule San Jose de la Montana, dringen in das Zentrum ein und bedrohen die Flüchtlinge. (27.12.1980)
 - Soldaten der Kaserne San Carlos nehmen in Domus Mariae den Flüchtling Marcial Cruz, 18 Jahre alt, wohnhaft in Cojutepeque, fest. In der Kaserne San Carlos wird der Gefangene vom Kanzler des Erzbistums besucht. Die Offiziere sagen dem Priester, daß er sich um den Flüchtling nicht zu sorgen brauche. Am 9.1.1981 wird seine gefolterte Leiche zusammen mit weiteren Leichen aufgefunden. (31.12.1980)
 - das Flüchtlingszentrum Domus Mariae, Mojicanos wird besetzt und durchsucht. Alle Flüchtlinge werden bedroht und minutiös erfaßt. (11.1.1981)
 - Um 7 Uhr morgens dringen ein Panzerfahrzeug, 2 Lastwagen und hundert von Militärangehörigen in das Refugium der Pfarrei von Soyapango ein. Die Pfarrei und Refugium bleiben 15 Tage lang militärisch besetzt. Die Flüchtlinge werden evakuiert und an einen anderen Ort überführt. (11.1.1981)
 - Ein Flüchtling wird von mehreren Zivilagenten an der Bushaltestelle von Divino Salvador del Mundo ermordet, wenige Augenblicke nachdem er das Flüchtlingszentrum der Schule San Jose de la Montana verlassen hatte. Die Mörder fahren einen Pick-Up F - 1739, blaue Farbe. (12.1.1981)
 - Mehr als 50 Soldaten besetzen und durchsuchen das Refugium San Roque, Barrio San Jacinto, San Salvador. Mit Schüssen öffnen sie eine Tür und bleiben eine Stunde. Die Klinik wird geplündert. (13.1.81)
 - Durchsuchung und Verwüstung des Büros der Caritas der Erzdiözese. Die Geschäftsführerin, Carmen Gonzalez, Sabina Waydee Fernandez, der Lagerist, Lucio Sanchez und Francisco Garcia und Humberto Gonzalez Romero werden festgenommen. (24.1.1981)
 - Agenten in Zivil nehmen den Flüchtling Alonso Quijada, 36 Jahre alt, fest sowie einen weiteren, der zufällig in das Refugium der Basilica kommt. Sie werden an einen unbekannten Ort gebracht. (11.2.1981)
 - Agenten in Zivil, schwerbewaffnet, sowie Angehörige der Nationalpolizei kommen in mehreren Fahrzeugen zum Refugium der Schule San Jose de la Montana. Sie halten es für zwei Stunden umzingelt und ziehen sich dann zurück.
 - Um 15 Uhr 30 kommen 5 Lastwagen mit Soldaten zum Refugium Domus Mariae. Sie durchsuchen es, schlagen die Flüchtlinge und stehlen die Medikamente, die für die Flüchtlinge bestimmt sind. Sie nehmen vier Personen fest und bleiben bis 18 Uhr im Refugium. (16.2.1981)
 - Um 6 Uhr morgens kommen mehrere Lastwagen mit Soldaten zum Flüchtlingslager Domus Mariae. Sie verschaffen sich gewaltsam Zutritt, schlagen Türen ein und brüllen Beleidigungen gegen die Flüchtlinge. Innerhalb von weniger als 48 Stunden ist dies der dritte Überfall. Sie rauben die wenige Habe, die die Flüchtlinge nach den früheren Überfällen noch haben und stoßen wieder Drohungen aus. (17.2.81)
 - Männer in Zivil, schwer bewaffnet, umzingeln und besetzen das Refugium der Schule San Jose de la Montana. Nach einer Stunde ziehen sie sich zurück. (11.3.1981)
 - 15 Angehörige von kommandierten Einheiten des Heeres und der Nationalpolizei dringen gewaltsam um 9 Uhr morgens in das Lager Domus Mariae ein. Sie nehmen einen Flüchtling fest, damit er ihnen die Namen weiterer Flüchtlinge sagt. Sie nehmen einen Flüchtling von 40 Jahren und einen von 13 Jahren fest. Sie fesseln sie, schlagen sie und bedrohen sie mit dem Tod. Dann lassen sie sie laufen. (17.3.81)

FLMN durch Mexico und Frankreich anerkannt

Nach mehr als einem Jahr erbitterten Kampfes des FDR/FLMN - Zusammenschluß aller gesellschaftspolitisch wichtigen Gruppen El Salvadors - gegen die Militärjunta und die Oligarchie, die sich zum größten Teil mit ihrem Geld in die Vereinigten Staaten abgesetzt hat, ist jetzt zum ersten Mal auf Regierungsebene ein Erfolg zu verzeichnen. Mexico und Frankreich erkennen die Gruppe als repräsentativen Gesprächspartner im salvadoreanischen Bürgerkrieg an und wollen dies vor der UNC thematisieren.

Die Bedeutung der Anerkennung für die FLMN kann man nur dann richtig einschätzen, wenn man das über ein Jahr andauernde Bemühen des FDR/FLMN um internationale Anerkennung auf Regierungsebene in Betracht zieht. Forum für diese Bemühungen war in erster Linie die "Sozialistische Internationale". In dieser wiederum spielte die SPD eine übergeordnete Rolle. Der FDR/FLMN war durch den "Movimiento Nacional Revolucionario" (MNR, als Vollmitglied) präsent und vertrat die Interessen des Fronte.

Anfang des Jahres 1981 gefiel sich die SPD noch sehr in ihrer Rolle als Förderer "oppositioneller Gruppen" El Salvadors gegen Diktatur und Gewalt. Dies gipfelte in der Aussage: "Gleichzeitig bekundet sie ihre Solidarität mit dem Kampf, den die salvadoreanischen Patrioten in dieser Zeit für ihre Befreiung führen und gratuliert ihnen zum Fortschritt bei der Einigung aller revolutionären und demokratischen Kräfte" (Guatemala: la dura lucha por la libertad, CEGAL/Mai 80) unterschrieben u. a. von der SPD. Mit zunehmender Einigung dieser oben aufgeführten Kräfte zog sich die SPD jedoch von ihrer "Solidarität" zurück. Beim Nord an der FDR-Führung wollte man seine Empörung schon nicht mehr für die vereinten revolutionären und demokratischen Kräfte ausdrücken, sondern sprach nur noch von der Führung des MNR. Seinerzeit protestierten costaricanische Parlamentarier - trotz größerem Drucks der Vereinigten Staaten - im Namen aller betroffenen Gruppierungen.

Im Oktober 1980 gab die SI nochmals eine Solidaritätserklärung für den Kampf des salvadoreanischen Volkes heraus, die SPD setzte jedoch schon wieder auf eine Lösung durch Verhandlungen zwischen den "gemäßigten" Gruppen und dem Militär, obwohl gerade der so von der SPD unterstützte MNR in diesem Bemühen - während seiner Beteiligung an der Zivil-Militärjunta von Oktober 79 bis Anfang Januar 80 - vollkommen gescheitert war und bei seinem Rücktritt erklärt hatte, es sei unmöglich gegen den reaktionären Militärblock Reformen durchzusetzen; und das zu einem Zeitpunkt, als die Nordamerikaner noch Teile der reformwilligeren jungen Militärs und die zivilen Kräfte unterstützte!

Vom Bundeskanzler kamen die Worte, daß es Werte gäbe, für die man bereit sein müsse zu kämpfen. Wer definiert diese Werte, die Mehrheit des Volkes oder durch nichts legitimierte Regierungen? Ist für die SPD der vielbeschworene Volkswille nur in sozialistischen Ländern verteidigungswürdig oder ist es ein Wert, den sie auch verteidigt, wenn sie sich damit in Widerspruch zur US-Regierung setzt. Friedensfähig und glaubwürdig, das beansprucht die SPD für sich, für Zentralamerika scheint das mehr und mehr auf die französischen Sozialisten zu passen.

HONDURAS

Wahlen + Repression = »Stabilität«

Durch Wahlen am 29. November 1981 soll die honduranische Militärdiktatur Garcia Paz im Rahmen einer "demokratischen Öffnung" von einer zivilen Regierung abgelöst werden. Die innenpolitische Entwicklung wird aber zunehmend von der US-counter insurgency-Politik in Mittelamerika beeinflusst. Am 12.8. hat die US-Botschaft in Tegucigalpa die Anwesenheit von 21 "green beret" (Anti-Guerilla-Elite-truppe) bestätigt, die laut eigenen Angaben die Koordinierung honduranischer und salvadorianischer Armeeinheiten übernommen haben. (TAZ vom 24./25.8.81) Am 25.8. verbreitete AP die Mitteilung des Vorsitzenden des Wahlaufsichtskollegiums, "eine Reihe von Organisationen der Geschäftswelt und des politischen Lebens suchten die Streikkräfte zur Aufschiebung oder zur völligen Absage der Wahlen zu bewegen". Über die Hintergründe der "demokratischen Öffnung" hatten wir bereits in Heft 85 berichtet. Der folgende Beitrag unserer Honduras-Korrespondentin, abgefaßt im Juni, beleuchtet die Lage des Landes und seiner politischen Kräfte vor den geplanten Wahlen.

Die politische Lage in Honduras hat sich im zurückliegenden halben Jahr weiter "zentroamerikanisiert": Das Kernland des Isthmus wird zunehmend zum Austragungsort von Konflikten, die ihre Ursache in den (vor-)revolutionären Prozessen der drei Nachbarländer haben.

Beleg dafür ist zum einen die Instrumentalisierung von Honduras als Base der konterrevolutionären "Roll-back"-Strategie der USA gegenüber El Salvador und Nicaragua; zum anderen zeigen einige spektakuläre Aktionen und die Aufdeckung von für die salvadorianische Guerilla bestimmten Waffenlieferungen (s.u.), daß Honduras, trotz erheblicher Behinderungen, zumindest bis vor kurzem noch eine gewisse "Hinterland-Funktion" für die Befreiungskämpfer des Nachbarlandes erfüllt hat, und sogar in einigen Fällen zum Neben-Kriegsschauplatz geworden ist.

Konkrete Effekte der US-Strategie sind z.B. der verordnete Friedensschluß mit El Salvador Ende 1980 (vgl. LN. Dez. 1980), die permanente Zusammenarbeit der honduranischen Armee und Luftwaffe bei der Grenzüberwachung, wobei zehn eigens dazu beschaffene Hubschrauber unter Anleitung von amerikanischen Beratern eingesetzt werden. Dazu gehören weiterhin die Bedrohung und Verfolgung von Flüchtlingen, wobei routinemäßig salvadorianische Regierungseinheiten und Mitglieder von ORDEN auf honduranischem Territorium operieren.

Am 18. März fand nach Meldungen des honduranischen Solidaritätskomitees mit dem salvadorianischen Volk erneut ein Massaker im Grenzgebiet unter ähnlichen Umständen statt wie im Fall des Rio Sumpul im Mai vorigen Jahres.



Foto: Hondurensches Militär, die Reservearmee der salvadorianischen Junta

Wie es scheint, ist das Konzept, die Schaffung eines "Cordon Sanitaire" im Grenzgebiet, der das Durchdringen von Personen und Hilfsleistungen usw. verhindern soll, weitgehend aufgegangen. Bei mindestens zwei Gelegenheiten wurden -z.T. größere- für die FMLN bestimmte Waffenlieferungen entdeckt.

Mittelfristig ist von den USA die weitere Aufrüstung des honduranischen Militärs vorgesehen: Im März wurden im zuständigen Unterausschuß des nordamerikanischen Repräsentantenhauses die Vorschläge der -offiziellen- Militärhilfe für Lateinamerika im Haushaltsjahr 1982 eingebracht. Sowohl bei den Krediten für Waffenlieferungen (10 Mio. US-Dollar), als auch bei der Militärausbildung (0,75 Mio.) nimmt Honduras nach diesen Plänen den dritten (!) Platz unter allen lateinamerikanischen Ländern ein. In Wahrheit dürften die gesamten "Hilfsleistungen" aber noch erheblich höher liegen. Auch Honduras selbst vermehrt seine Anstrengungen auf diesem Gebiet: Der Militärhaushalt für 1981 wurde von 90 auf 100 Mio. Lempira (2L. = 1 Dollar) erhöht.

Zwei Ereignisse lösten im letzten halben Jahr heftige Spekulationen über den Beginn einer "Terrorismuswelle" auf der einen und Befürchtungen über eine bevorstehende Repressionswelle auf der anderen Seite aus: Im Dezember 1980 wurde in Tegucigalpa der Präsident der größten in Honduras operierenden Bank, Paul Vinelli, entführt und mehr als zwei Monate später gegen ein Lösegeld von 2,7 Mio. L. freigelassen.

Am 27. März wurde eine Maschine der honduranischen Fluggesellschaft TAN-SAHSA von einem Kommando zunächst nach Managua, später nach Panama entführt. Die Kidnapper erreichten schließlich die geforderte Freilassung des salvadorianischen Guerillaführers Facundo Guardado und neun weiteren Salvadoranern; letztere waren im Zusammenhang mit dem erwähnten Waffenschmuggel inhaftiert worden. Die honduranischen Militärs hatten bis dahin stets geleugnet, Guardado in ihrer Macht zu haben.

Beide Aktionen wurden mit ziemlicher Sicherheit zumindest mehrheitlich von Salvadoranern durchgeführt und scheinen in der Tat eine Verschärfung der Repression gegenüber Mitgliedern des FDR in Honduras, und die sich mit ihnen solidarisierten Honduraner, ausgelöst zu haben, abgesehen von der bereits in Gang befindlichen Verfolgung der Linken allgemein, auf die wir unten noch zurückkommen.

Krieg gegen Nicaragua?

Seit Februar war es an der Grenze zwischen Honduras und Nicaragua, insbesondere an deren südlichem Punkt nahe der Pazifikküste (Grenzübergangsstelle der Carretera Panamericana) häufiger zu bewaffneten Zwischenfällen zwischen Grenztruppen beider Länder gekommen, zusätzlich zu dem schon routinemäßigen Eindringen somozistischer Ex-Guardias nach Nicaragua.

Die Ursache bzw. Verantwortung konnten in keinem Fall einvernehmlich geklärt werden. Der Verdacht, daß es sich um Provokationen von honduranischer Seite handelt, wird durch verschiedene Indizien gestützt, so nicht zuletzt durch die gleichzeitig stattfindenden chauvinistischen Hetzkampagnen in den honduranischen Medien und aggressiven Verlautbarungen einiger Militärs, während die FSLN-Führung bei jeder Gelegenheit den Friedenswillen des nicaraguianischen Volkes betonte. In Honduras lief gleichzeitig das Gerücht um, eine Gruppe reaktionärer Militärs wolle einen Krieg mit Nicaragua als Aufhänger für einen Putsch gegen die provisorische Regierung unter General Policarpo Paz García benutzen, um den für den Herbst geplanten Übergang zu einer konstitutionellen Regierungsform zu verhindern.

Wie dem auch sei, fest steht, daß es unter den honduranischen Uniformierten und ihren politischen Verbündeten zweifellos Kräfte gibt, die nur zu gern gegen die sandinistische Revolution zu Felde ziehen, und Honduras in ein Kriegsabenteuer mit unabsehbaren Konsequenzen stürzen möchten. Es sind dieselben Kräfte, die seit der Präsenz der somozistischen Revanchisten in Honduras in engster Form mit diesen zusammenarbeiten.



Der Höhepunkt der Kriegsgefahr war Ende März/Anfang April erreicht. Welche konkreten Umstände schließlich zu ihrem Abflauen führten (das Zusammentreffen von General Paz mit dem Kommandanten des FSLN an der Grenze war sicher nur der Schlußpunkt), ist nicht genau auszumachen. Sicher spielt dabei eine Rolle, daß ein wichtiger Teil der herrschenden Klasse, insbesondere die Industriebourgeoisie und die sie repräsentierenden politischen Kräfte, in keiner Weise an einer kriegerischen Verwicklung interessiert sind. Der Kapitalistenverband COHEP (Consejo Hondureño de la Empresa Privada) drückte dies stellvertretend für viele aus, als er vor den unübersehbaren Folgen eines solchen Krieges für die soziale und ökonomische "Stabilität" im Lande warnte, die aus der Sicht dieser Kreise schon erheblich gefährdet erscheint. Außerdem kann angenommen werden, daß auch die Amerikaner momentan nicht an einem offenen militärischen Angriff auf Nicaragua mittels honduranischer Truppen interessiert sind, und sich eher auf andere Mechanismen verlassen.

Volksorganisationen zwischen Schwäche, Repression und neuem Aufschwung

Bereits Ende letzten Jahres waren deutlich die Konturen einer bisher in ihrer Form und in ihrem Umfang in den letzten 10 Jahren nicht gekannten Repressionskampagne abzusehen. Die Kette begann im Dezember mit der Inhaftierung und brutalen Folterung von Tomás Nativí, dem Präsidenten der im Sommer 1980 gegründeten URP (Unión Revolucionaria del Pueblo, - einer Abspaltung der kommunistischen Partei), sowie des Gewerkschaftsführers Paul Vindel aus La Ceiba. Beide überlebten die Gefangenschaft nur mit knapper Not.

Weiter ging es in den folgenden Monaten mit der Verfolgung von Gewerkschaftern, Schülern und Studenten, Führern von Stadtteilorganisationen und Bauerngruppen, Angehörigen linker Parteien, bis hin zu Priestern. So wurde z.B. der bekannte Pater Fausto Milla nach seiner Rückkehr aus México, wo er öffentlich die Komplizenschaft der honduranischen Militärs mit den salvadoranischen Völkermördern denunziert hatte, für mehrere Tage festgehalten.

Die Anlässe für die Verhaftungen und der Grad der dabei angewendeten Misshandlungen sind im einzelnen unterschiedlich. Zumeist werden die Betroffenen nach relativ kurzer Zeit, wenn auch erst auf öffentlichen Druck hin, freigelassen. Gemeinsames Grundmotiv der Repressionswelle ist die Absicht der Bedrohung und Einschüchterung der militantesten Elemente der Volksbewegungen, vor allem auf der Ebene der mittleren Kader, um einen Anstieg der Massenmobilisierung zu verhindern und die Möglichkeit der Herausbildung bewaffneter Flügel dieser Organisation im Keime zu ersticken.

Am brutalsten wird gegen die Salvadorianer und die sich mit ihnen solidarisierten Honduraner vorgegangen. Vorläufige Höhepunkte waren die Verhaftung einer Gruppe von Mitgliedern der salvadoranischen Basisgemeinden (in der Mehrheit Frauen) Mitte Mai in Tegucigalpa, sowie die nächtliche Entführung zweier Führungsmitglieder der URP am 10. Juni durch mehrere kapuzengetarnte Männer, wobei einer der beiden vermutlich umgebracht wurde. In solchen Fällen ist Folter die Regel und alle Habeas-Corpus-Gesuche bleiben erfolglos, selbst wenn sie vom Präsidenten des Obersten Gerichtshofes eingebracht werden.

Angesichts dieser Vorgänge wurde Anfang Juni der "Frente Patriótico contra la Represión" (Patriotische Front gegen die Repression) gegründet, unterstützt von allen wichtigen Organisationen der Linken. Die Front denunzierte die Verhaftung von mindestens 40 Menschen allein im Mai.



Wenn man einmal von den genannten Verfolgungen absieht, die nahezu alle Gruppierungen betreffen, so bildet das Panorama der Volksorganisationen derzeit ein widersprüchliches Bild. Während auf der einen Seite Schwäche, Zersplitterung und Demobilisierung vorherrschen, zeigen sich doch auf der anderen auch einige hoffnungsvolle Anzeichen, insbesondere Vereinigungstendenzen. Zu den Schattenseiten zählt die unklare Situation in der bei weitem größten Einzelgewerkschaft (SITRATERCO, Plantagenarbeiter der United Brands) nach einem von der linken Fraktion innerhalb der Gewerkschaft angeführten gescheiterten Streik im Oktober letzten Jahres. Zwar ist es der Gewerkschaftsrechten im Bündnis mit der Unternehmensleitung nicht geglückt, die linken Mitglieder aus dem Vorstand herauszudrängen; andererseits muß die Linke nach ihrer Niederlage jetzt sehr vorsichtig sein und zunächst versuchen, das erschütterte Vertrauen der Basis in die Führer wiederherzustellen. Eine vorläufige Niederlage mußten auch die demokratischen Kräfte hinnehmen, die die Arbeiterselbstverwaltung in Isletas, dem größten Betrieb des Agrarreformsektors, im Herbst vorigen Jahres wiederherstellen wollten. Isletas war nach einem bewaffneten Überfall seit 1977 durch eine reaktionäre Gruppe im Komplott mit Militärs und der Standard Fruit Company gewaltsam beherrscht und an den Rand des wirtschaftlichen Ruins getrieben worden. Grund für den Überfall war der enorme ökonomische und soziale Erfolg des selbstverwalteten Unternehmens (mit Millionenumsätzen) gewesen, der in den Augen der Betreffenden zu einem gefährlichen sozialpolitischen Sprengstoff zu werden drohte. Trotz des heroischen Kampfes der Isletas-Arbeiter (u.a. hielten sie einen fast zweimonatigen Streik durch), trotz der solidarischen Unterstützung durch andere Bauernorganisationen und zwischendurch errungener Teilerfolge mußte die neue, im September mehrheitlich gewählte Führung nach einem neuerlichen (para-)militärischen Überfall auf den Betrieb im Januar erneut den Anspruch auf Wiederherstellung demo-

kratischer Verhältnisse im Gesamtunternehmen fahrlassen und sich mit der Verwaltung nur eines Teils der Plantagen zufriedengeben - ständig bedroht durch gedungene Mörderbanden, die bereits zwei Tote und mehrere Verletzte auf dem Gewissen haben.

Anlässlich des Kampfes um Isletas wurde wieder einmal deutlich, wie schwach noch immer das im Herbst 1979 als großer Erfolg gefeierte Bündnis zwischen den Bauernorganisationen ist. Während sich einige Mitgliedsorganisationen des Frente de Unidad Nacional de Campesinos (FUNACAMH, Nationale Bauern-Einheitsfront), insbesondere die sozialchristlich orientierte UNC, die sozialistische UNCAH und die Empresas Asociativas vollauf mit Isletas solidarisierten, ließen sich die Mitgliederstärkste ANACH und der Genossenschaftsverband FECORAH auf einen Handel mit der Agrarreformbehörde ein, von dem sie sich einen staatlich garantierten Einfluß bei der Festlegung der neuen Organisationsform in Isletas versprechen.

Auch bei den im April/Mai neuerlich stattfindenden Landbesetzungen kam es -im Gegensatz zum Vorjahr- erst verspätet zu einem koordinierten Vorgehen der Organisationen. Sicher ist es aber nicht nur auf diese Uneinigkeit zurückzuführen, daß der Großteil der Bauerngruppen inzwischen wieder von dem besetzten Land vertrieben wurden und daß der Druck gegenüber der Reformbehörde INA zur Wiederaufnahme der Landverteilungen erfolglos blieb. Schon seit Jahren werden in Landfragen praktisch keine Zugeständnisse mehr gemacht.

Zu größeren Streikbewegungen ist es nach dem Streik der Krankenschwestern im November nicht mehr gekommen, und auch die Aufrufe zu Massenaktionen gegen die Verteuerung der Lebenshaltungskosten fanden kaum das erhoffte Echo. Dagegen finden laufend spontane und in der Regel erfolgreiche urbane Landbesetzungen statt, die von Bewohnern der überbezahlten und überfüllten Mietsquartiere organisiert werden, um einen Bauplatz für ihre Hütten zu erkämpfen. Gegenüber den "Pobladores" wird neuerdings weniger repressiv vorgegangen, vermutlich, um eine Politisierung dieser mit am stärksten radikalisierten Gruppen zu verhindern.

Ebenfalls zu den Lichtblicken auf der Szene gehören die weiterhin aktive Lehrer- und Schülerbewegung an den Oberschulen, die im Vorjahr durch Massenmobilisierungen das Versprechen des Staates erlangen hatten, es würden 20 bisher privat betriebene Oberschulen staatlich anerkannt, was einen Wegfall des Schulgeldes bedeutet (eine besonders unter dem Kleinbürgertum der Provinzstädte sehr populäre Forderung). Im März riefen dieselben Organisationen zu einem erneuten Streik und einem Marsch auf Tegucigalpa auf, um die verschleppte Einlösung des Versprechens zu erreichen. Die zunächst erfolgreich abgelaufene und von der Öffentlichkeit positiv aufgenommene Kampagne wurde durch die Explosion einer Bombe im Gebäude der Constituyente überschattet, die den beteiligten Organisationen zur Last gelegt wurde, zur Diskreditierung der gesamten Bewegung führte und schließlich zum Abbruch der Aktion zwang.

Der 25. Mai 1984 wird sicherlich als wichtiges Datum in die Geschichte der honduranischen Arbeiterbewegung eingehen. An diesem Tag wurde in San Pedro von den Delegierten von über 30 Einzelgewerkschaften eine neue Gewerkschaftsföderation gegründet, unter der Bezeichnung FUTH (Federación Unitaria de Trabajadores de Honduras). Sie stellt den Versuch dar, alle linksorientierten Arbeiterorganisationen, die bisher in verschiedenen Gewerkschaftszentralen organisiert waren, zusammenzufassen, um zu einer größeren gemeinsamen Schlagkraft zu kommen und einen sichtbaren Anziehungspunkt für die der Linken nahestehenden Bewegungen (nicht nur Ge-

werkschaften) bilden zu können. Ein Zeichen für die Ernsthaftigkeit dieses Einigungsversuchs stellt die Tatsache dar, daß sowohl die dem Partido Comunista (moskauorientiert) als auch die dem PC/ML (maoistisch) nahestehenden Organisationen in der FUTH vertreten sind.

Wie sich das Konzept einer eindeutig linken, revolutionären Föderation bewähren wird, ist noch abzuwarten. Bisher sind in der FUTH jedenfalls nur ein kleiner Teil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Bauern vertreten.

Ohne die Gewinnung mindestens einer der beiden stärksten Einzelgewerkschaften (der der Bananenarbeiter), wozu vorerst wenig Aussicht besteht, wird sie kaum die erhoffte Schlagkraft erreichen.

Dauerwahlkampf

Unterdessen basteln die Deputierten in der Verfassungsgebenden Versammlung weiterhin an der mittlerweile garantiert längsten Verfassung in der verfassungsreichen Geschichte des Landes, und verabschieden zwischendurch gelegentlich das eine oder andere Gesetz. Doch da die diesbezüglichen juristischen Geplänkel kaum die Kapazität und die Energien von Deputierten und Parteimaschinen absorbieren, befindet sich das Land bereits seit Herbst letzten Jahres wieder im Dauerwahlkampf, obwohl die Wahlen zum Nationalkongress erst für den 29. November 1981 angesetzt sind.

Auf Seiten der beiden traditionellen Parteien (Partido Liberal und Partido Nacional) wird der Wahlkampf in aller Heftigkeit und im "alten Stili" geführt, d.h. der einzige Inhalt der Kampagne besteht in emotionalen, fast mystischen Appellen an Kampfgeist und Treue der Mitglieder, persönlichen Beschimpfungen der Gegenseite (insb. gegenseitigen Vorwürfen, einen Wahlbetrug vorzubereiten) und einem Nichts an programmatischen Aussagen.

Die beiden "neuen" Parteien, PINU (Partido de Innovación y Unidad) und Christdemokraten (erstmalig zur Wahl zugelassen) versuchen angesichts dessen, mit Reformprogrammen Punkte zu sammeln. Gegenüber dem politischen Monopol der Oligarchieparteien (besonders fest verankert auf dem Land) wird es allerdings kurzfristig jede Alternative schwer haben. Über welche Anziehungskraft diese Fossilien noch immer verfügen, zeigte sich beispielhaft bei einer Massenversammlung von an die 100 000 Liberalen am 22. März in El Progreso - Dimensionen, von denen die Linke nur träumen kann ...

Um die vermutlich begrenzte Zahl der Aussteiger-Stimmen werden sich außer PINU und Christdemokraten nun wahrscheinlich auch noch der Frente Patriótico Hondureño (FPH) auf dem Weg über unabhängige Kandidaturen in einigen Departamenten bewerben. In der Patriotischen Front, die im Vorfeld der Wahlen am 20. April des Vorjahres gegründet worden war, damals erfolglos zum Wahlboykott aufgerufen hatte und seitdem fast von der politischen Bühne verschwunden war, sind nach dem Austritt der Christdemokraten jetzt nur noch die linken Parteien und Volksorganisationen zusammengeschlossen.

Ohne die Illusion eines großen Wahlerfolges zu hegen, verspricht sich die FPH von einer Teilnahme am Wahlkampf doch wenigstens das Ingangkommen einer breiteren Programm- und Strategiediskussion.

An potentiellen Wahlkampfthemen fehlt es derweilen beileibe nicht. Da sind die notorische Korruption, die immer schärfer werdende ökonomische Krise mit einem erstmals seit mehreren Jahren schrumpfenden Bruttoinlandsprodukt, wachsender Arbeitslosigkeit, Inflation, Erpressung durch das Benzinmonopol TEXACO, Kapitalflucht (nach

Schätzungen ca. 500 Mio. Lempiras), Auslandsverschuldung (allein über 1 Mrd. L. im öffentlichen Sektor), akute Zahlungsbilanzprobleme usw. Um den drohenden Devisen- und Staatsbankrott kurzfristig abzuwenden, erließ der Regierung im Schnellverfahren ein Gesetz zur Importbesteuerung, das prompt einen Handelskrieg mit den übrigen mittelamerikanischen Ländern auslöste und aller Wahrscheinlichkeit nach teilweise wieder zurückgenommen werden muß.

Trotz der sichtbaren Schwäche der Regierung, der drückenden ökonomischen Krise, und der deutlichen Beunruhigung der herrschenden Klasse, die ein Überspringen des revolutionären Funkens auf Honduras befürchtet, hat es die Linke aber bisher nicht geschafft, die Situation in ein einigendes, massenwirksames politisches Projekt umzumünzen und die einzeln und isoliert stattfindenden Klassenkämpfe auf eine neue Stufe zu heben. Oder, andersherum, die Massen sehen momentan keinen zündenden Anlaß und einleuchtendes Ziel, um auf die Strasse zu gehen. Es kam sogar soweit, daß der Unternehmerverband den Forderungen nach Erhöhung des Mindestlohns zuvorkam und von sich aus Erhöhungen anbot - die zerstörten Geschäfte und Fabriken in El Salvador vor Augen ...

Es fällt schwer, eine eindeutige Erklärung für die Schwäche, ja sogar das Zurückweichen der Linken in einigen Fällen zu finden. Allein mit der Repression ist dieser Lähmungszustand sicher nicht zu erklären, ebenso wenig mit den Nachwirkungen einer während der reformistischen Etappe der Militärregierung von einem Teil der Organisationen bewußt betriebenen Demobilisierung. Möglicherweise spielt die untergründige Angst vor einem Rechtsputsch eine Rolle, der den Organisationen grundsätzlich andere Kampfbedingungen aufzwingen würde. Nach der Meinung einiger Auguren ist jedoch ein solcher Putsch eher nach den Wahlen im November wahrscheinlich, dann nämlich, wenn sich die Unfähigkeit der siegreichen Partei (vermutlich eher die Liberalen als die Nationalisten) gegenüber den drängenden strukturellen Problemen herausstellen wird und das Volk begänne, seine Illusionen über die traditionellen politischen "Lösungs-" Mechanismen zu verlieren. - Nicht nur der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß außerdem nach wie vor Gerüchte über die Möglichkeit eines reformistischen Militärputsches zirkulieren.

DATEN ZU HONDURAS

Bevölkerung:	3,2 Mio (90% Mestizen, 7% Indios)
Regierung:	Militärjunta/"Chairman": Policarpo Paz García
Fläche:	115 000 m ² (2.-größtes Land Mittelamerikas)
Bodenschätze:	(erforscht) kaum
Energie:	40% Hydroenergie, 60% aus Öl-Importen (Betreiber der einzigen Raffinerie: Texaco)
Einkommen:	pro Kopf: ca. 250 US-Dollar pro Jahr
Einkommensverteilung:	Anteil an erwerbstätiger Bevölkerung : Anteil am Gesamteinkommen
Landarbeiter, Minifundistas,	
und mittlere Bauern	73,2 : 33,7
Familienbetriebe	20,9 : 19,0
mittelgroße Betriebe	4,5 : 12,3
Großgrundbesitzer	0,3 : 22,6
Haupt-Exportartikel:	Bananen, Holz, Kaffee, Fleisch
Alphabetisierungsquote:	50%

(Quellen: Country Report Deutsche Bank v. 7.12.79)

Stoppt den Atomexport!

In der letzten Zeit haben wir wiederholt über die deutschen Atomexporte nach Lateinamerika und die sich dagegen richtenden Initiativen in der BRD berichtet. (siehe: LN 69,75,91 und die Sondernummern "Das Deutsch-Brasilianische Bombengeschäft" und "Der Griff nach der Bombe - das deutsch - argentinische Atomgeschäft") Anti-Atom und Friedensgruppen aus dem Dreiecksland rufen jetzt zur Verhinderung der größten Atomexportmesse der Welt auf, der NUCLEX 81. Auszüge aus ihrem Aufruf, dem wir uns voll anschließen, drucken wir im folgenden ab.



Die NUCLEX, die bereits zum 6. Mal in den Hallen der Mustermesse Basel stattfinden soll, ist die bedeutendste internationale Messe der Atomindustrie. Die wichtigsten Firmen der ganzen Welt, die Atomtechnologie produzieren oder damit handeln, treffen sich hier, schliessen Verträge ab und propagieren den Ausbau der Atomenergie. Die Atomindustrie ist lebensbedrohend. Die "friedliche" Nutzung der Atomenergie zur Stromerzeugung in AKWs ist entstanden aus der Entwicklung der Atombombe im 2. Weltkrieg. Umgekehrt gilt: Wer über die friedliche Atomtechnologie verfügt, besitzt die technische Möglichkeit, die Bombe zu bauen (Israel, Südafrika, Indien..)

AKW - Die Sicherheits- und Abfallprobleme sind ungelöst. Die geringen Mengen von Radioaktivität, die auch im "Normalbetrieb" frei werden, führen langfristig zu vermehrten Leukämie- und Krebsfällen. Die Folgen größerer Unfälle, von Sabotage und Krieg sind unabsehbar. Deshalb nimmt die Tendenz zum Polizeistaat zu, denn ein vielfältiges Überwachungssystem wird nötig. Gegen die Atomprogramme aller Länder. Für eine Energiepolitik im Interesse der Betroffenen.

ATOMEXPORT: - AKW werden in die 3. Welt exportiert, und zwar in jene Länder, wo wegen der brutalen Regime der Widerstand am geringsten ist. Solche Großtechnologien sind keine Entwicklungshilfe, denn sie blähen nur die Zentren auf und verstärken die Abhängigkeit der 3. Welt von den Industrienationen. Exporte schaffen die Möglichkeit zum Atombombenbau. Für ein Verbot sämtlicher Exporte und Importe von Atomtechnologie.

ATOMWAFFEN: Mit den bereits produzierten Atomwaffen kann jeder Mensch 50 mal getötet werden. Die zusätzliche Stationierung von Atomwaffen in Europa würde die bestehende Kriegsgefahr erhöhen. Für eine weltweite Abrüstung. Keine Stationierung neuer Atomwaffen in Europa. Gegen die Herstellung der Neutronenbombe.

Folgende Gruppen haben beschlossen Gegenaktionen zu starten: NIX NUCLEX: ein Zusammenschluß aus Anti-AKW-Gruppen, Friedensgruppen, Frauengruppen usw., der für lokale Aktivitäten zuständig ist. ICC (Internationale Koordinationskonferenz der Anti-Atomenergie-Bewegung) zur Organisierung von internationalen Unterstützungsaktionen. ANC/Groß-Britannien wird zusammen mit Wissenschaftlern eine Gegenveranstaltung bestreiten.

statt finden wird folgendes:

25.Sept.: Tribunal zur Atomindustrie in der Schweiz

30.Sept.: Tribunal zu Atomwaffen

2.Okt.: Tribunal: "Die siamesischen Zwillinge"/ "Kein Bedarf an Atom-gefahren"/ "Atomexporte - für wen?"

3.Okt.: Große Demo und Rockkonzert

4.Okt.: 7te ICC-Konferenz

In der Woche der Nuclex finden verschiedene Behinderungsaktionen statt. Geplant ist auch eine Broschüre mit dem Titel: "Wir klagen an", die als Anklageschrift gegen die Atomindustrie fungieren soll. Es wäre gut, wenn Fall-Studien über folgende Themen vorliegen könnten: Uranabbau- Black Hills/ Tsuruga-Unfall/ La Hague-Müll Problem/ Argentin-ische und brasilianische Militärs- Sulzer und KWU/ Energie 3.Welt-A-Waffen usw.

Eine breite internationale Unterstützung und Mitarbeit wird erhofft und gewünscht. Inhaltlich soll sich die Anti-Nuclex-Aktion auf die von der ICC beschlossenen Forderungen stützen:

- Gegen die Atomwaffenproduktion in der ganzen Welt - für echte atomare Abrüstung auf der ganzen Welt;
- Gegen den Export und Import von Nukleartechnologie;
- Gegen weitere Milliarden Investitionen in die Atomenergie - für die Anwendung und Weiterentwicklung sicherer erneuerbarer Energieträger;
- Gegen die Erpressung mit Arbeitsplatzverlust - für Vollbeschäftigung und Recht auf Arbeit;
- Gegen eine Welt der Repression im Dienste des Profits.

Näheres über die

Anti- Nuclex- Aktivitäten

über:

ICC, Postfach 231 CH- Basel



Zeitschriftenschau

ILA-INFO Nr. 48, Juli 1981. ILA, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

SCHWERPUNKT: BRASILIEN - PT, Die neue Arbeiterpartei
KOLUMBIEN: ... die verschiedenen Basisaktivitäten vereinen (Interview). / Der Indianerrat der Cauca und die Regierung. / WAFFENEXPORTE (auch nach Lateinamerika) - Israels lukrativstes Geheimnis. / EL SALVADOR: Die Stimme der Revolution ertönt aus Morazan / CHILE: Hugo Riveros ermordet
LÄNDERNACHRICHTEN: Kurzberichte und aktuelle Ereignisse aus Brasilien, Chile, El Salvador, Gua temala, Guatemala/Mexico, Kuba, Nicaragua
Kein Atomexport nach Argentinien / ARGENTINIEN: Brigida Cabreda de Torres frei
Pharma-Kampagne / Nicaragua-Kaffee wird knapp / Gewaltfreier Widerstand / Medien und Dritte Welt: Cine Terz / Buchbesprechungen / Lateinamerika-Komitee München / BONN: Protest im Polizeigriff erstickt

BLÄTTER DES IZ3W Nr. 95, August 1981. iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg

THEMENSCHWERPUNKT RÜSTUNG: Die BRD - ein Waffenexportland? / Warum exportiert die BRD Waffen? / Sichern Waffenexporte Arbeitsplätze? / Ökonomische Auswirkungen von Rüstungsimporten / Militärausrüstung und Rüstungstendenzen in Lateinamerika
ENERGIE: Atomkraftwerke hier, um für die Dritte Welt Öl zu sparen?
MINDERHEITEN: Bangladesh - "Zivilisierung" eines Bergvolkes / NICARAGUA: Eine Revolution für die Bauern und Landarbeiter? / Nachrichten und Berichte zu Türkei und Sri Lanka

NICARAGUA AKTUELL Nr. 13. Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1

NICARAGUA: Eindrücke von E. Galeano / GUATEMALA: Repression und Widerstand, Wirtschaft / EL SALVADOR: Jüngste Entwicklung. Märtyrerdorf / IMPERIALISMUS: Reagans Politik in Zentralamerika / Solidaritätsarbeit

INFORMATIONSDIENST SÜDLICHES AFRIKA, issa, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

SCHWERPUNKTTHEMA: MILITÄRSTAAT SÜDAFRIKA
Südatlantikapakt? / SÜDAFRIKA: Militärstaat Südafrika / Militärischer Kampf / Söldner für Südafrika / Militärische Zusammenarbeit, z.B. Daimler Benz / Minensuchboote der BRD an Südafrika / MOSAMBIK: Politische Aspekte einer revolutionären Demokratie II
AKTIONEN: 20 Jahre "Republik Südafrika" in Bonn / AAB-Filmtage in Bonn / Tagungen: Südafrika-Symposium der F.Ebert-Stiftung Kamibiatagung der Ev. Akademie Bad Boll / Nachrichten / Rezension

PARAGUAY-RUNDBRIEF Nr. 31, August 1981. c/o Inge Gräfe, Sandbergstr. 45, 61 Darmstadt

Schlechte Nachrichten / SCHWERPUNKTTHEMA: Wie sie wurden, was sie sind - Campesinos in Paraguay / Presse-Echo / Ein Campesino erzählt / Zeitschriftenübersicht

ANTIIMPERIALISTISCHES INFORMATIONSBULLETIN Nr. 9, September 1981

Liebigstr. 46, 3550 Marburg
Pulverfaß Naher Osten / BOLIVIEN: Keine Ruhe unter der Junta / CHILE: Soziale Polarisierung unter der Junta - Offener Brief der Unidad Popular an Genscher / NICARAGUA: Erklärung revolutionärer Christen / GUATEMALA: Gespräche mit Widerstandskämpfern / SÜDAFRIKA: Interview mit Joe Jele: Die Reagan-Botha-Allianz / MALAWI: Die "Schweiz" Afrikas / TÜRKEI: Rückkehr zur Demokratie unter der Junta? Graue Wölfe in der BRD / Kampuchea-Lösungsvorschlag der indochinesischen Außenminister Afghanische Rebellen und die Aussicht auf Frieden / Die Entwicklungspolitik der Schweiz / Rückblick: Gründung der PAIGC vor 25 Jahren / Rezension, Infodienst, Kurzinformation / Kommentar: Vorschau auf den Gipfel von Cancun

LIEDERBUCH D R I T T E W E L T

Die "Aktion Selbstbesteuerung e.V." wird 1982 ein DRITTE-WELT-LIEDERBUCH herausgeben.

Unsere Bitte: Schickt uns Texte und Noten von Liedern, die Eurer Meinung nach geeignet sind. Also: Lieder aus der Dritten Welt (wenn's geht mit Übersetzungen), aber auch Lieder, die hier entstanden sind (z.B. neue Texte zu bekannten Melodien).

Schreibt bitte - wenn dies möglich ist - nähere Angaben dazu: Aus welchem Anlaß sind die Lieder entstanden, wo und wann wurden sie geschrieben, wer sind die Autoren ...

Schließlich wäre es eine große Hilfe, wenn die Lieder gleich druckfertig wären: DIN-A-4-Format (wir verkleinern dann auf DIN-A-5) und mit Karbonband geschrieben (muß aber nicht sein!)

Jeder Einsender von Liedtexten, Anregungen, Hinweisen usw. erhält von uns unaufgefordert das neue DRITTE-WELT-LIEDERBUCH nach Fertigstellung gratis zugeschickt. Einsendeschluß ist Mitte November.

Im November und Dezember finden zwei Seminare statt. Hier werden die Lieder "erprobt", ausgewählt und druckfertig gemacht.

Anfragen und Liedvorschläge an:

Andreas Schübler, c/o AKE Vlotho, Horstweg 11, Postfach 1109, 4973 Vlotho

EL PARCIAL 4: HONDURAS - el frágil baluarte centroamericano del imperialismo yanqui

ca. 140 Seiten, davon 126 S. Pressedokumentation. Preis: DM 8,-
Texte sind fast ausschließlich in spanischer Sprache. Gliederung:
Sozio-ökonomische Struktur / Die Wahlfarce der Militärdiktatur / Modernisierung und Counter-Insurgency-Training der Streitkräfte / Die Funktion Honduras' in der Mittelamerika-Strategie der USA / Die aktive Unterstützung des honduranischen Militärregimes für die christdemokratische Militärjunta in El Salvador und die nicaraguanischen Konterrevolutionäre / Der Import von Repressionstechnologie aus dem Cono Sur / Das Scheitern der Agrarreform / Die politischen, gewerkschaftlichen und politisch-militärischen Organisationen.
Bezug über Lateinamerikanachrichten

SITUATION UND KAMPF DER POLITISCHEN GEFANGENEN IN CHILE

Inhalt: Internationale Situation und imperialistische Offensive in Lateinamerika / Analyse der aktuellen Situation in Chile / Geschichte der politischen Gefangenen in Chile - Santiago / Kampfplattform der politischen Gefangenen / Interview mit einem ehemaligen politischen Gefangenen / Organisationsformen im Gefängnis / Kultur im Widerstand

33 S. Preis DM 3,-. Bei Abnahme von 10 Exemplaren DM 25,-
Bezugsadresse: Komitee für politische Gefangene in Chile
c/o M. Peining, Postfach 250167 4630 Bochum

Ich suche dringend Informationen über VORRATSSCHUTZ IN ENTWICKLUNGSLÄNDERN und Informationen aller Art über BANGLADESH.
Gerlinde Burgdorf, c/o Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1

ila - literatur

Römerstraße 88, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228 / 65 86 13

- Lateinamerika — Kirche zwischen Diktatur und Widerstand 186 S. 5,00 DM
- Wahlen in Lateinamerika — Ein Weg zur Demokratisierung? 100 S. 6,00 DM
- Etwas geben — viel nehmen. Entwicklungshelfer berichten 112 S. 6,00 DM
- Argentinien auf dem Weg zum Völkermord 238 S. 11,00 DM
- Unser Reichtum hat immer unsere Armut hervorgerufen. Über die Unterentwicklung in Bolivien 400 S. 12,00 DM
- Pressespiegel. Die wichtigsten Artikel der deutschsprachigen Presse (1980) zu:
 - Bolivien 75 S. 6,80 DM
 - Chile 110 S. 12,00 DM
 - Nicaragua 72 S. 5,00 DM
 - El Salvador 88 S. 6,00 DM
- Die peruanische Gewerkschaftsbewegung — von den Anfängen bis 1979 100 S. 6,00 DM
- Ecuador — Brasilien am Pazifik 112 S. 5,00 DM
- Soziale Kämpfe und Klassenstruktur in El Salvador 44 S. 3,00 DM
- Pacific Prison, 30-cm-LP 10,00 DM



Nähere Angaben und weitere Literatur zu Lateinamerika in der kostenlosen Materialliste erhältlich bei der ila

CHILE-DOKUMENTATION

- ist eine Zeitschrift des MIR (Bewegung der Revolutionären Linken, in Chile)
- bringt Informationen zu Chile und Lateinamerika, durch Nachrichten, Interviews, Berichte
- erscheint alle 2 Monate
- kostet 15,- DM im Jahr

Durch Euer Abonnement könnt Ihr den Widerstand in Lateinamerika sowohl finanziell als auch durch die Verbreitung dieser Informationen unterstützen. Probeexemplar beim Einsenden von DM 2,50 in Briefmarken

Bestelladresse: Gilberto Peña, Gablenberger Hauptstr. 56 Stuttgart 1

ZEITSCHRIFT FÜR NICARAGUA, EL SALVADOR UND MITTELAMERIKA

NA-Nr. 11, April 1981:

Reisebericht- Erwachsenenbildung- Auslandsverschuldung Nicaraguas- Frauen in El Salvador- Unabhängigkeit von Belize- Indioquerrilla in Guatemala- Kaffeeboykott- Material

NA-Nr. 12, Mai 1981:

Presseerklärung: Militärische Aggression gegen Nicaragua?- Somoza-Guardia in den USA- Gespräch mit Ex-CIA-Agent Philipp Agee: Mittelamerika, ein zweites Vietnam? Costa Rica- Cuba- Solidaritätsarbeit

Ich bestelle (bitte ankreuzen):

NA-Solidaritätsabo/s NA-Normalabo/s
(6Hefte, 20DM) (6Hefte, 12DM)

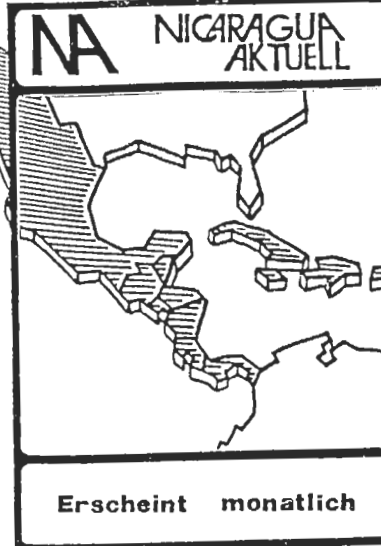
Name:

Adresse:

Datum, Unterschrift:

Bitte ausfüllen und senden an:

MAGAZIN VERLAG
KÖNIGSWEG 7
2300 KIEL 1



STRATEGIEN DES IMPERIALISMUS IN ZENTRALAMERIKA

Analysen - Informationen - Dokumente kommentiert und zusammengestellt von Heinz Dieterich
128 Seiten, broschiert, DM 10,-

Die reformistische Strategie des Imperialismus - Das Dissensdokument
Zur Rolle der internationalen Christdemokratie in der Vernichtungsstrategie des US-Imperialismus
Die Sicht der Opfer

Zu beziehen bei:
Verlag 2000, Postfach 591, 605 Offenbach 4

CIA GEGEN EL SALVADOR

Der Bericht des Ex-Agenten Philip Agee über die Praktiken der CIA in Lateinamerika
Herausgegeben von Warner Poelchau
224 Seiten, DM 14,80
Konkret Literatur-Verlag
im Buchhandel

Informationszentrum für Guyana und die Karibik

GRENADA DOKUMENTATION

Presseauschnitte (viele in Englisch) zu:
Basisinformation
Der Sturz des Gairy-Regimes
Die Politik des New-Jewel-Movements und Grenadas Entwicklung seit März 1979
Internationale Reaktionen und US-Destabilisierungspolitik

Zu beziehen bei:

M. Ernst / U. Reichel
Krochmannstr. 6
2 Hamburg 60